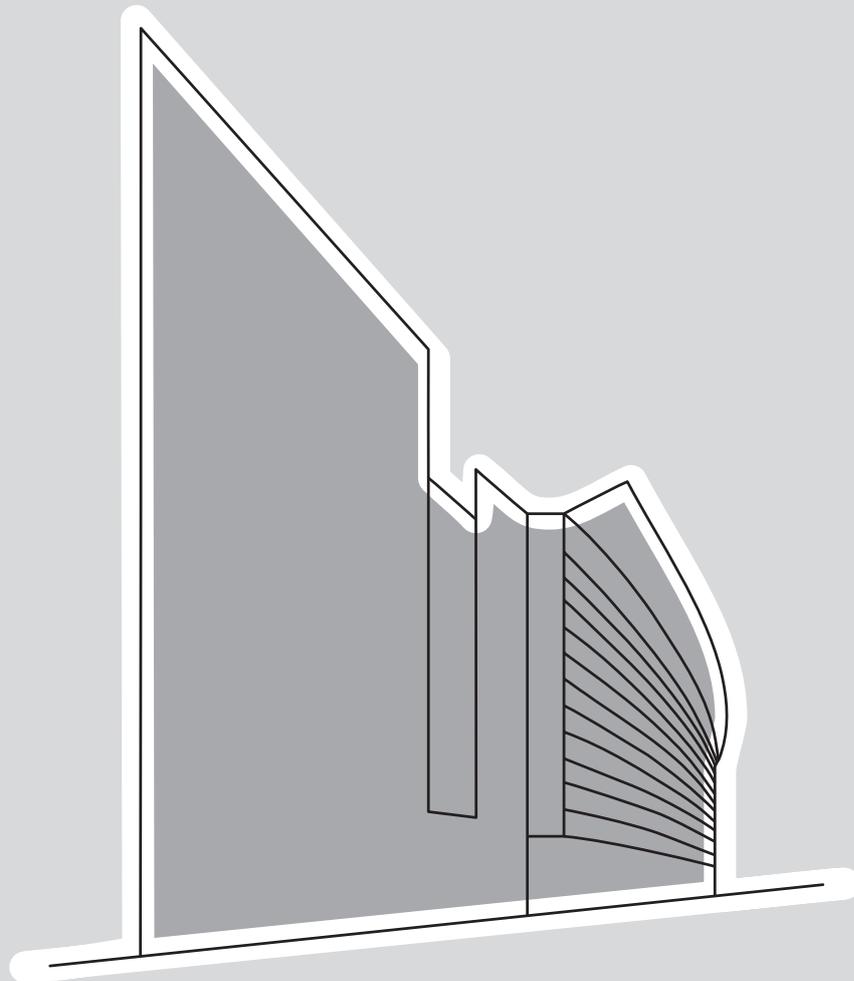


Geschäftsbericht 2012



Geschäftsbericht 2012

Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG
Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG



Inhalt

Gemeinsamer Lagebericht	4
Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG	9
Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG	73
Beiräte, Bezirksdirektionen Gruppe öffentlicher Versicherer	111

Gemeinsamer Lagebericht

Gesamtwirtschaftliche Situation

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Deutschlands war im Jahr 2012 von der Sogwirkung der europäischen Rezession und der damit einhergehenden Finanz- und Vertrauenskrise geprägt. Nach kräftigem Ansteigen des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes (BIP) in den beiden vorangegangenen Jahren (2010 um 4,2 % und 2011 um 3,0 %), verflachte sich die Entwicklung des Wirtschaftswachstums in 2012 mit jahresdurchschnittlich +0,7 %. Während es sich in den beiden Vorjahren um einen Aufholprozess nach der weltweiten Wirtschaftskrise 2009 handelte, lag der Fokus der deutschen Wirtschaft in 2012 darauf, sich in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld als widerstandsfähig zu behaupten und der allgemeinen europäischen Rezession zu trotzen. Innerhalb der europäischen Union ist die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland noch immer erheblich kräftiger, gleichwohl der weltweite Konjunkturabschwung, die schwelende Euro-Schuldenkrise sowie die schwache Nachfrage aus Nachbarländern wie Frankreich und den Niederlanden die deutsche Wirtschaft belasten.

Der deutsche Arbeitsmarkt zeigte sich im Jahr 2012 in einer weiterhin guten Grundverfassung. Die Arbeitslosenquote sank im Vergleich zu 2011 nochmals um 0,3 %-Punkte auf den historischen Tiefstand von 6,8 %. In Ostdeutschland war die Quote mit 10,7 % deutlich höher als im Westen mit 5,9 %.

Die Verbraucherpreise in Deutschland stiegen im Jahresdurchschnitt um 2,0 % gegenüber dem Vorjahr (2011: 2,3 %). Die Jahresteuersatzrate wurde vorwiegend durch die überdurchschnittliche Preisentwicklung der Energieprodukte (+5,7 %) sowie im Nahrungsmittelbereich (+3,2 %) geprägt. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte stieg um 2,3 %. Nach Abzug der Inflationsrate bleibt für 2012 jedoch kaum noch ein realer Kaufkraftzuwachs.

Die Konsumausgaben der Privatverbraucher stiegen in 2012 preisbereinigt um 0,8 % an. Die Konsumausgaben des Staates verzeichnen ebenfalls einen Zuwachs in Höhe von +1,0 %. Die Investitionen wiederum konnten erstmals seit 2009 keinen positiven Beitrag zum Wirtschaftswachstum liefern – sie gingen in 2012 um insgesamt -2,1 % zurück.

Mit verhaltenem Optimismus waren die deutschen Exporteure ins Jahr 2012 gestartet. Angesichts eines schwierigen außenwirtschaftlichen Umfelds erwies sich der Außenhandel jedoch als sehr robust. Deutschland exportierte preisbereinigt insgesamt 4,1 % mehr Waren und Dienstleistungen als in 2011. Demgegenüber steht ein Anstieg des Importes um lediglich 2,3 %. Der Außenbeitrag (Differenz zwischen

Export und Import) zählte somit auch in 2012 wieder zu den Wachstumstreibern des Bruttoinlandsproduktes.

Geld- und Kapitalmärkte

Insbesondere die ersten Monate des Jahres 2012 waren von einer weiteren Verschärfung der europäischen Finanz- und Vertrauenskrise geprägt. Aufgrund weiter steigender Risikoprämien für Staatsanleihen der südlichen Peripherie bzw. eingeschränkter Refinanzierungsmöglichkeiten dieser Staaten war die Europäische Zentralbank (EZB) im Sommer 2012 zu außergewöhnlichen Maßnahmen gezwungen und erklärte die Rettung des Euro als oberstes Ziel. In diesem Zusammenhang wurde der uneingeschränkte Ankauf von europäischen Staatsanleihen angekündigt, in Ergebnis dessen sich die Marktsituation insgesamt beruhigte und deutliche Rückgänge der Risikoprämien verzeichnet werden konnten.

Als weitere Maßnahme senkte die EZB im Juli 2012 den Leitzins erstmals seit Gründung der Währungsunion auf unter ein Prozent. Die EZB begründete die Leitzinssenkung auf historische 0,75 % mit nachlassendem Preisdruck und einer Eintrübung der konjunkturellen Erwartungen für die Euro-Zone.

Für die Entwicklung des Deutschen Aktienindex (DAX) war das Geschäftsjahr 2012 ein sehr gutes Jahr. Die Rettungsmilliarden der Europäischen Zentralbank (EZB) verdarben den Sparern aus Ertragssicht zwar konventionelle Geldanlagen wie Tages- und Festgeld, den Aktien jedoch verhalfen sie zu einer Renaissance. In Zeiten historisch niedriger Sparzinsen war die Nachfrage nach Unternehmenswerten wieder hoch. Der DAX erreichte in 2012 sein größtes Jahresplus seit 2003. Der Leitindex legte auf Jahressicht ein Kursplus von rd. 30 % zu.

Der Wechselkurs zum Dollar hielt sich knapp unter dem Vorjahresniveau. Im Februar 2012 wurde der höchste Kurs mit 1,35 US-Dollar für einen Euro erreicht, im Juli 2012 lag er dafür bei nur knapp 1,21 US-Dollar. Zum Ende des Jahres holte der Währungskurs bis auf 1,32 US-Dollar auf. Dieser Aufwärtstrend bestand auch gegenüber dem japanischen Yen und dem britischen Pfund.

Situation der deutschen Versicherer

Das Jahr 2012 hatte für die Versicherungswirtschaft zwei Seiten – während es in der Schaden- und Unfallversicherung eine Reihe erfreulicher Entwicklungen gab, musste sich die Lebensversicherung mit den schwierigen Rahmenbedingungen einer Niedrigzinsphase auseinandersetzen. Im Vergleich zu den Versicherungsbranchen in anderen europäischen Ländern, hat sich die deutsche Versicherungswirtschaft jedoch souverän entwickelt.

Auch in Zeiten der Bankenkrisen und Rezessionen zeigt sich die Nachfrage nach Versicherungsschutz beständig. Sowohl die Ertragslage der Branche als auch die Beschäftigtenzahl im Versicherungssektor blieben weitgehend stabil. Die deutschen Versicherer verzeichnen spartenübergreifend einen Anstieg der Beitragseinnahmen um 1,5 %.

Durch eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes vom 1. März 2011 sollen nach dem Geschlecht differenzierte Versicherungsprämien seit dem 21. Dezember 2012 nicht mehr angeboten werden, sondern nur noch Versicherungsverträge, die auf einer Unisex-Kalkulation basieren. Die Übertragung dieser für Europa geltenden Vorschrift in deutsches Recht ist per 1. März 2013 mit Verabschiedung des SEPA-Begleitgesetzes durch den Deutschen Bundesrat erfolgt, sodass alle in Deutschland tätigen Versicherer ausschließlich Unisex-Tarife anbieten können.

In Deutschland erfolgt die Umsetzung von Solvency II über eine Novellierung des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG-Novelle), die angesichts der Verzögerung in der europäischen Gesetzgebung ebenfalls noch nicht beschlossen ist. Um zu analysieren, wie sich die geplanten Regelungen auf die Versicherer auswirken könnten, haben die europäischen Versicherungsaufsichter in den vergangenen Jahren bereits fünf Testläufe durchgeführt (Quantitative Impact Studies, QIS). Die deutsche Versicherungswirtschaft hat sich in 2012 dazu entschlossen, einen sechsten freiwilligen Test (QIS6) für den deutschen Markt durchzuführen. Für Anfang 2013 ist ein weiterer europäischer Test (LTGA) vorgesehen.

Situation der deutschen Lebensversicherer

In der Wahrnehmung der deutschen Politik und der Medien schien die Versicherungswirtschaft, speziell die Sparte der Lebensversicherung in 2012 im Krisenmodus angekommen. Das Kapitalanlagemanagement eines Versicherungsunternehmens ist erfolgreich, wenn bei größtmöglicher Sicherheit eine möglichst hohe Rendite erzielt werden kann.

Dies war im vergangenen Jahr jedoch nur unter erschwerten Bedingungen möglich. Die anhaltende Niedrigzinssituation, höhere Ausfallrisiken, Volatilitäten und stärkere Ungewissheit stellten die Versicherer vor eine große Herausforderung. Aus Sicht deutscher Versicherungsunternehmen jedoch war und bleibt die Lebensversicherung, auch mit sinkender Überschussbeteiligung aufgrund der Niedrigzinssituation, ein für den Kunden attraktives Produkt.

Die Versicherungsverträge erreichten im vergangenen Geschäftsjahr eine Gesamtverzinsung, die weit über dem lag, was andere sichere Kapitalmarktprodukte anbieten konnten. Die meist rein renditeorientierten Produktvergleiche der Medien vernachlässigen die eigentlichen Versicherungsleistungen und schwächen das Ansehen der Lebensversicherer trotz ihrer herausragenden Rolle im gesamten Altersvorsorgesystem Deutschlands.

Die gebuchten Brutto-Beiträge stiegen gegenüber dem Vorjahr um 0,8 % auf 83,84 Mrd. EUR. Dabei entfallen auf laufende Beiträge 61,65 Mrd. EUR (+0,9 %). Nach einem starken Rückgang des Einmalbeitragsgeschäftes in 2011 um fast 17 % wurde in 2012 wieder ein leichter Zuwachs um 0,6 % erreicht. Auf Einmalbeiträge entfallen im vergangenen Geschäftsjahr 22,19 Mrd. EUR der gebuchten Brutto-Beiträge.

Situation der deutschen Schaden- und Unfallversicherung

Die Schaden- und Unfallversicherer erhöhen in 2012 ihre Beitragseinnahmen um rd. 3,5 %. Damit erreichen sie das kräftigste Wachstum seit 1994. Entscheidend für die steigenden Beitragseinnahmen ist, dass alle Versicherungszweige in 2012 wuchsen.

Andererseits erreichen auch die Leistungszahlungen der Schaden- und Unfallversicherer in 2012 ein Rekordniveau. Allein in der Sachversicherung steigen die Ausgaben um fast 10 % gegenüber dem Vorjahr. Die Schaden-Kosten-Quote, die die Einnahmen und Ausgaben nach Schadenabwicklung und Abzug aller Verwaltungskosten wiedergibt, bleibt in 2012 somit auf Vorjahresniveau (rd. 98 %).

Der Klimawandel bleibt ein bedeutendes Thema unserer Zeit. Auch in Deutschland häufen sich Wetterextreme wie Überschwemmungen durch Hochwasser und Starkregen. In einigen Bundesländern haben Versicherungsunternehmen gemeinsam mit den jeweiligen Landesregierungen und Verbraucherschützern Kampagnen gestartet, um die Bürger auf die Notwendigkeit eines Elementarschutzes hinzuwei-

Gemeinsamer Lagebericht

sen. Seit April 2012 können sich Mieter, Hausbesitzer und Unternehmer in einem bundesweit einmaligen Pilotprojekt im Internet darüber informieren, wie stark ihr Gebäude durch Hochwasser gefährdet ist. Der Freistaat Sachsen und der Gesamtverband für die deutsche Versicherungswirtschaft haben dafür gemeinsam die Internetseite www.zuers-public.de freigeschaltet.

Sparkassen-Versicherung Sachsen

Das Geschäftsjahr 2012 war für die Sparkassen-Versicherung Sachsen ein insgesamt gutes Jahr. Die gebuchten Bruttobeiträge von 524,8 Mio. EUR liegen zwar leicht unter dem Ergebnis von 2011, allerdings war das vorangegangene Geschäftsjahr aus vertrieblicher Sicht in allen Bereichen erfolgreich.

Sehr erfreulich ist die Fortsetzung des Wachstumspfades im Privatkundengeschäft der Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG (+6 %) sowie bei den laufenden Beitragseinnahmen der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG (+5 %). Das erwartungsgemäß geringere Einmalbeitragsgeschäft sowie das geringere gewerbliche Geschäft infolge von stark forcierten Sanierungsmaßnahmen führten aber insgesamt zu einem Rückgang von rund 1 %.

Die Schadenbilanz der Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung war im Jahr 2012 von Großschadenereignissen, vor allem im Bereich der Feuerversicherung geprägt. Allein die zu verzeichnenden Großbrände verursachten eine Erhöhung der Gesamtschadenquote um 16 %-Punkte. Die in 2012 erfasste Häufung von Feuerschäden gelten hinsichtlich Schadenhäufigkeit und Schadenhöhe als 100-jährige Ereignisse.

In 2012 blieben wetterbedingte Elementarschadenereignisse von wesentlicher Bedeutung für den Schadenaufwand aus. Die Aktivitäten zur Erfüllung ihres öffentlichen Auftrags zum Schutz von Wohn- und Geschäftseigentum wurden aber uneingeschränkt fortgesetzt. Die Sparkassen-Versicherung Sachsen erarbeitete gemeinsam mit dem Freistaat Sachsen und anderen im Geschäftsgebiet tätigen Versicherungsunternehmen eine gemeinschaftliche Kampagne zur Sensibilisierung der sächsischen Bevölkerung für die Absicherung von Wohn- und Geschäftseigentum gegen Elementarschadenrisiken.

Entsprechend der laut europäischer Rechtssprechung geltenden Vorgabe, wonach das Geschlecht seit 21. Dezember 2012 nicht mehr zu unterschiedlichen Versicherungsbeiträgen und -leistungen führen darf, wurden sowohl in der Lebens- als auch

der Schadenversicherung die Kundentarife entsprechend neu entwickelt und vertriebliche Ansatzpunkte entwickelt.

In der bundesweiten KUBUS-Kundenzufriedenheitsbefragung 2012 konnte die Sparkassen-Versicherung Sachsen das hervorragende Vorjahresergebnis bestätigen und erhielt erneut das bestmögliche Gütesiegel "Betreuungsqualität - Hervorragend". Damit zählt das Unternehmen weiterhin zu den TOP 5 am deutschen Markt.

Um unseren Kunden als Qualitäts-Marktführer in allen Außendienst-Agenturen eine einheitlich hohe Service- und Beratungsqualität garantieren zu können, wurde ein Konzept zur Erlangung eines internen Qualitätssiegels entwickelt und ergänzt somit die Qualitäts- und Serviceoffensive der Sparkassen. Zur Erlangung des Qualitätssiegels stellt sich die Außendienstorganisation einem freiwilligen Zertifizierungsverfahren. Bis zum Ende des Jahres 2012 wurden bereits 85 % der Außendienst-Agenturen der Sparkassen-Versicherung Sachsen mit dem Qualitätssiegel ausgezeichnet. In 2013 soll allen 60 Agenturen die Einhaltung hoher Qualitäts- und Servicestandards bescheinigt sein.

Die Sparkassen-Versicherung Sachsen verbindet ihre Kompetenz im Versicherungsgeschäft auch mit der Verantwortung für die Gemeinschaft. Durch ein breites gesellschaftliches Engagement in Kunst und Kultur, Sport und Sozialem stärken und fördern wir die Lebensqualität in Sachsen. Auch die Ergebnisse der jüngsten Image-Kampagne „Kunden werben Kunden“ bestätigen alle Erkenntnisse der Marktforschung: Unseren Kunden ist die regionale Verwurzelung von Unternehmen wichtig.

Im 20. Jahr der Sparkassen-Versicherung Sachsen hat sich das Unternehmen sehr intensiv mit der Neujustierung des bisherigen Strategiekompasses auseinander gesetzt. Die Strategiefelder Kunden, Wachstum, Ertrag und Mitarbeiter bilden das Fundament der Strategie 20+. Mit der strategischen Weichenstellung für die nächsten Jahre werden nicht nur bereits erreichte Ziele weiterentwickelt, sondern auch auf die Veränderung wesentlicher Rahmenbedingungen in der Versicherungsbranche und der sich verändernden Marktstellung der Sparkassen-Versicherung Sachsen reagiert. So beanspruchen wir die Marktführerschaft in Sachsen und stellen unser Handeln unter die Oberziele Nachhaltigkeit, Sicherheit und Stabilität. Auf dieser Basis soll die Erfolgsgeschichte des Unternehmens fortgeschrieben werden.

Zusammenarbeit mit Verbundpartnern

Serviceversicherer und Mitglied der sächsischen Sparkassen-Finanzgruppe – diese beiden Begriffe bilden die entscheidenden Leitplanken für den Anspruch der Sparkassen-Versicherung Sachsen.

Die deutsche Sparkassen-Finanzgruppe ist mit rund 600 Unternehmen dezentral im Markt tätig. Sie bietet mit einem flächendeckenden Netz von Geschäftsstellen moderne Finanzdienstleistungen in allen Regionen an. Der Markterfolg der Sparkassen-Finanzgruppe ist das Ergebnis der Verbindung von Größe und dezentraler Aufgabenorientierung, die in bundesweit über 20.000 Geschäftsstellen der Sparkassen, Landesbanken, Landesbausparkassen, Deka, öffentlichen Versicherer und weiterer Verbundpartner wahrgenommen wird.

Vom ersten Tag an ist die Geschichte der Sparkassen-Versicherung Sachsen auch die Geschichte des engen Verbundes mit den sächsischen Sparkassen. Durch ihr Engagement gemeinsam mit der SV Sparkassenversicherung und der Versicherungskammer Bayern wurde kurz nach der Wende die Gründung des Unternehmens möglich. Bis heute stehen sie als Wegbegleiter vertrauensvoll und unterstützend zur Seite. Auch in 2012 trugen die sächsischen Sparkassen mit hervorragenden Vertriebsleistungen maßgeblich zum Unternehmenserfolg bei.

Wir danken unseren Verbundpartnern, insbesondere den sächsischen Sparkassen für die vertriebliche Unterstützung im zurückliegenden Jahr. Aufbauend auf die neue Unternehmensstrategie „20+“ wollen wir auch in den kommenden Jahren in enger Zusammenarbeit an diesen Erfolg anknüpfen.

Mitarbeiter

Zum 31.12.2012 waren in der Unternehmensgruppe 874 Mitarbeiter beschäftigt. Davon entfallen 421 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf den Innendienst und 414 auf den Außendienst. Damit hat sich die Anzahl der Außendienstmitarbeiterinnen und -mitarbeiter erneut leicht rückläufig entwickelt.

per 31.12.	2012	2011	2010	2009	2008
Innendienst	421	412	398	400	406
Außendienst	414	421	437	418	414
Auszubildende	39	49	54	60	80
Gesamt	874	882	889	878	900

Ebenfalls weiter zurückgegangen ist die Anzahl der im Unternehmen beschäftigten Auszubildenden und Studenten (Berufsakademie). Aufgrund der aktuellen demografischen Entwicklung wird es von Jahr zu Jahr schwieriger Schülerinnen und Schüler für eine Ausbildung in Sachsen zu begeistern. Vor diesem Hintergrund sind wir sehr stolz, dass wiederholt eine unserer Auszubildenden als Sachsens beste Kauffrau für Versicherungen und Finanzen 2012 ausgezeichnet wurde.

Dank des Vorstands

Im Jahr 2012 blicken wir auf 20 Jahre erfolgreiches Marktbestehen zurück und sagen – DANKE!

Bei unseren Kunden und Geschäftspartnern bedanken wir uns für das entgegengebrachte Vertrauen in unsere Arbeit und unsere Produkte. Dies bildet die Basis für unseren Erfolg.

Besonders bedanken wir uns bei den sächsischen Sparkassen und ihren engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Weiterhin bedanken wir uns beim Betriebsrat und der Interessenvertretung des selbständigen Außendienstes für die konstruktive Zusammenarbeit und das entgegengebrachte Vertrauen. Unser ganz besonderer Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sparkassen-Versicherung Sachsen. Mithilfe ihres Engagements, ihres Sachverstandes und den gesetzten Impulsen und Rückmeldungen konnten wir das zurückliegende herausfordernde Geschäftsjahr erfolgreich beenden.

Gestärkt gehen wir die vor uns liegenden anspruchsvollen Aufgaben an. Den Schwung und die Begeisterung, die die Sparkassen-Versicherung Sachsen in den letzten 20 Jahren getragen haben, wollen wir mitnehmen und uns dauerhaft erfolgreich am Markt positionieren.

Prognosebericht

Die Sparkassen-Versicherung Sachsen konnte sich 2012 gut behaupten und ist für die Herausforderungen der Zukunft gut aufgestellt.

Wir erwarten auch in den kommenden beiden Jahren eine marktüberdurchschnittliche Beitragsentwicklung.

Die S.V. Holding AG rechnet mit einer attraktiven Ausschüttung ihrer Tochtergesellschaften und mit einem normalen Verlauf der übrigen Geschäftstätigkeit.

Inhalt

Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG

Aufsichtsrat	11
Vorstand	11
Lagebericht	12
Versicherungsarten	25
Bewegung des Bestandes	26
Gewinnverwendungsvorschlag	28
Bilanz	30
Gewinn- und Verlustrechnung	34
Anhang	36
Bestätigungsvermerk	51
Bericht des Aufsichtsrats	52
Überschussverteilung	53

Aufsichtsrat	Joachim Hoof	Vorsitzender des Vorstands der Ostsächsischen Sparkasse Dresden, Dresden Vorsitzender
	Ulrich-Bernd Wolff von der Sahl	Vorsitzender des Vorstands der SV Sparkassenversicherung, Stuttgart stv. Vorsitzender
	Yvonne Adam	Vertreterin der Arbeitnehmer, Dresden
	Frank Hillme	Vertreter der Arbeitnehmer, Dresden ab 30.05.2012
	Ayad Jabbour	Vertreter der Arbeitnehmer, Dresden bis 30.05.2012
	Hans Perry	Vorsitzender des Vorstands der Erzgebirgssparkasse, Annaberg-Buchholz
	Jörg Plate	Vertreter der Arbeitnehmer, Dresden
	Reingard Pöhnitzsch	Vorsitzende des Vorstands der Kreissparkasse Döbeln, Döbeln
	Friedrich Schubring-Giese	Vorsitzender des Vorstands der Versicherungskammer Bayern i.R., München
	Dr. Michael Völter	Mitglied des Vorstands der SV Sparkassenversicherung, Stuttgart
Vorstand	Gerhard Müller	Vorsitzender
	Hans-Jürgen Büdenbender	
	Friedrich Scholl	

Lagebericht

Überblick

Das Unternehmen konnte sich im 20. Geschäftsjahr trotz eines schwierigen Marktumfeldes gut behaupten. Bei den gebuchten laufenden Beiträgen konnte eine erfreuliche Steigerung von 4,8 % erreicht werden. Bei der Neugeschäftsentwicklung wurde ein gutes Ergebnis erzielt, allerdings konnte nicht an das hervorragende Vorjahresniveau angeknüpft werden. Der Versicherungsbestand nahm weiter zu und hat die Marke von 10 Mrd. EUR in der Summe überschritten.

Bei der Kostenquote konnte das sehr gute Vorjahresniveau gehalten werden. Das Unternehmen zählt seit Jahren zu einem der kostengünstigsten Serviceversicherer.

Beiträge

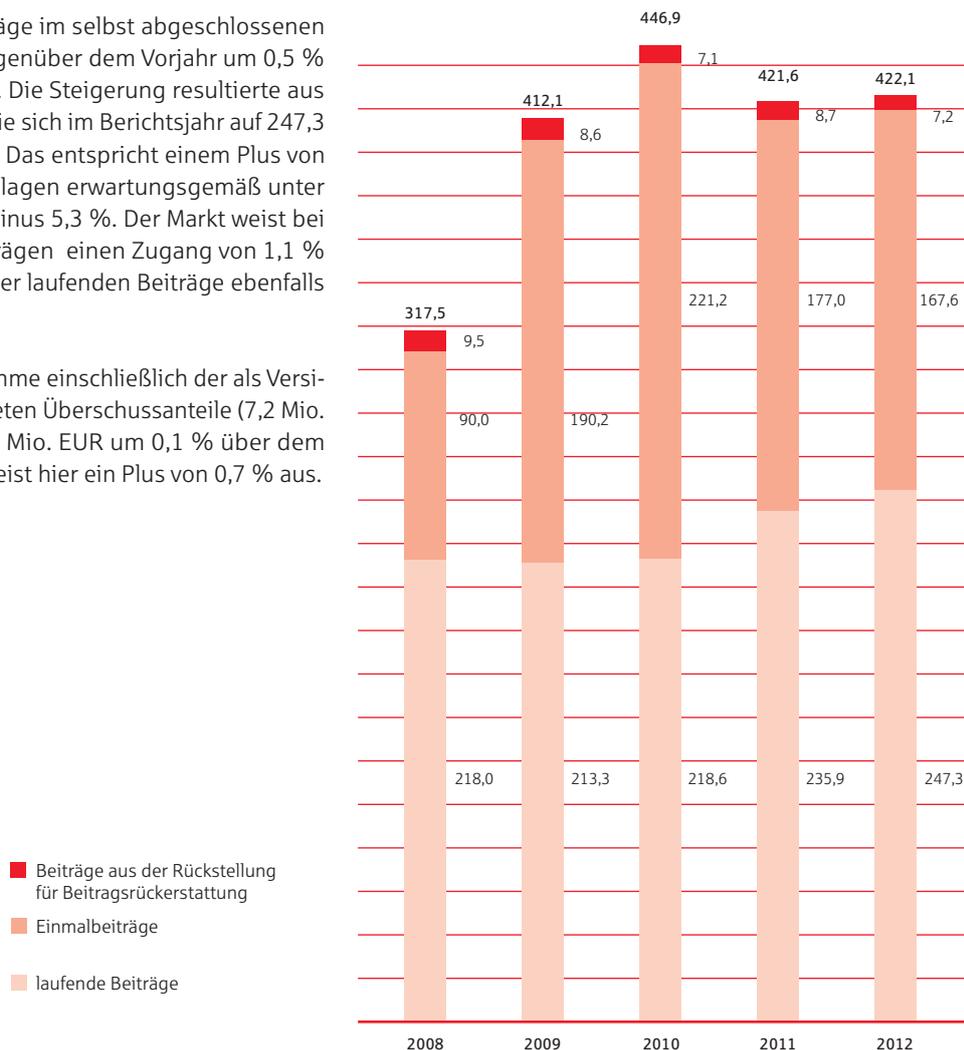
Die gebuchten Bruttobeiträge im selbst abgeschlossenen Geschäft erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 0,5 % auf 414,5 (412,5) Mio. EUR. Die Steigerung resultierte aus den laufenden Beiträgen, die sich im Berichtsjahr auf 247,3 (235,9) Mio. EUR erhöhten. Das entspricht einem Plus von 4,8 %. Die Einmalbeiträge lagen erwartungsgemäß unter dem Vorjahresniveau bei Minus 5,3 %. Der Markt weist bei den gebuchten Bruttobeiträgen einen Zugang von 1,1 % aus, wobei sich der Anteil der laufenden Beiträge ebenfalls um 1,1 % erhöhte.

Die gesamte Beitragseinnahme einschließlich der als Versicherungsbeiträge verwendeten Überschussanteile (7,2 Mio. EUR) lag mit 422,1 (421,6) Mio. EUR um 0,1 % über dem Vorjahreswert. Der Markt weist hier ein Plus von 0,7 % aus.

Das seit mehreren Jahren anhaltende niedrige Zinsniveau der Kapitalmärkte setzte sich auch in 2012 fort. In den Kapitalanlagen erfolgte ein deutlicher Risikoabbau. Aufgrund von ausgebliebenen größeren Abschreibungen sowie zusätzlich durchgeführter Reservehebung konnte ein deutlich besseres Kapitalanlageergebnis im Vergleich zum Vorjahr erzielt werden.

Alle von der Gesellschaft betriebenen Lebensversicherungsarten sind auf Seite 25 aufgeführt.

Beitragseinnahmen in Mio. EUR



Bestand

Am Jahresende bestanden 517 419 (497 480) Lebensversicherungsverträge mit einer Versicherungssumme von 10 187,1 (9 586,5) Mio. EUR und einem laufenden Jahresbeitrag von 253,2 (241,8) Mio. EUR. Die Zuwachsraten betragen bei der Stückzahl 4,0 %, der Versicherungssumme 6,3 % und beim laufenden Beitrag 4,7 %. Die Bestandsstruktur zeigt einen Trend hin zu mehr Risikoversicherungen. Der summenmäßige Anteil von Kapital- und Rentenversicherungen am Gesamtbestand belief sich auf 65,6 %.

Der Bestand setzte sich wie folgt zusammen:

	31.12.2012		31.12.2011	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Kapitalbildende Versicherung	1 700,2	16,7	1 670,0	17,4
Risikoversicherung	3 284,7	32,2	2 930,7	30,6
Rentenversicherung	4 985,5	48,9	4 772,8	49,8
Fondsgebundene Lebensversicherung	216,7	2,1	213,0	2,2
	10 187,1	100,0	9 586,5	100,0

Die Stornoquote, d.h. das Verhältnis von Rückkäufen, Umwandlungen in beitragsfreie Versicherungen und sonstigen vorzeitigen Abgängen bezogen auf den mittleren Bestand der laufenden Beiträge, lag bei 5,8 (6,4) %. Bezogen auf die Versicherungssumme betrug die Stornoquote wie im Vorjahr 4,9 %.

Lagebericht

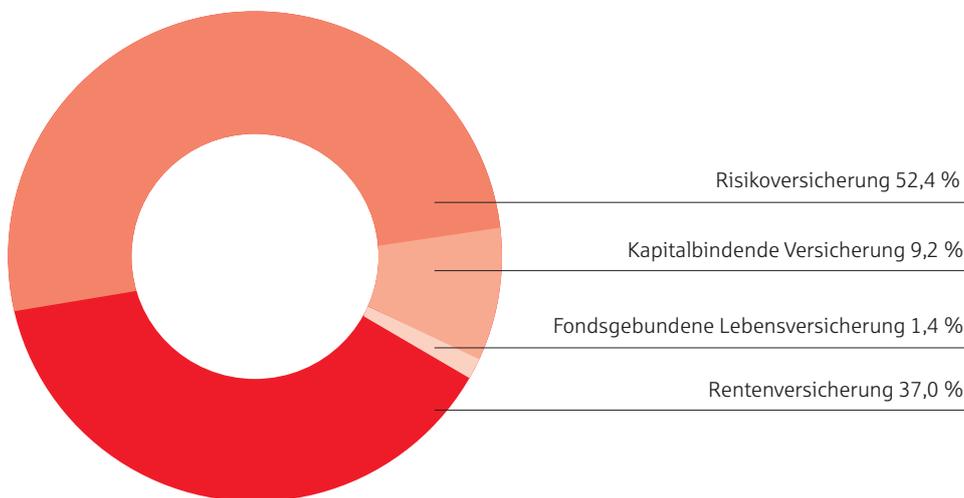
Neugeschäft

Im Berichtszeitraum wurde ein Neuzugang von 57 756 (63 867) Verträgen mit einer Versicherungssumme von 1 512,1 (1 597,4) Mio. EUR, einem laufenden Beitrag von 28,9 (38,2) Mio. EUR und einem Einmalbeitrag von 165,5 (173,8) Mio. EUR erzielt. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Veränderung bei den Verträgen von -9,6 %, bei der Versicherungssumme von -5,3 %, beim laufenden Beitrag von -24,3 % und bei den Einmalbeiträgen von -4,8 %. Im Geschäftsjahr wurde die statistische Erfassung der Zu- und Abgänge von Saldenversicherungen geändert. Aus Vergleichbarkeitsgründen wurden die Vorjahreszahlen beim Neuzugang und beim Abgang entsprechend angepasst.

Der Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) weist für den Markt beim Neuzugang eine Veränderung in der Stückzahl von -4,7 %, der versicherten Summe von +2,3 %, beim laufenden Beitrag von -3,2 % und beim Einmalbeitrag von +1,2 % gegenüber dem Vorjahr aus.

Die Beitragssumme des Neugeschäfts betrug im Geschäftsjahr 829,3 (893,8) Mio. EUR, das entspricht einem Rückgang um 7,2 %.

Struktur des Neugeschäfts (nach Versicherungssumme)



Abgänge

Der Abgang belief sich auf 37 879 (42 661) Verträge mit einer Versicherungssumme von 925,8 (965,9) Mio. EUR und einem laufenden Jahresbeitrag von 20,1 (21,5) Mio. EUR. Auf Abläufe entfielen 17 676 (22 263) Verträge mit einer Versicherungssumme von 407,2 (470,3) Mio. EUR und einem laufenden Jahresbeitrag von 4,8 (5,4) Mio. EUR. Durch Todesfälle war ein Abgang von 2 367 (2 067) Verträgen mit

einer Versicherungssumme von 27,4 (24,1) Mio. EUR und einem laufenden Jahresbeitrag von 0,7 (0,6) Mio. EUR zu verzeichnen. Zu vorzeitigem Abgang kam es bei 17 836 (18 331) Verträgen mit einer Versicherungssumme von 491,2 (471,5) Mio. EUR und einem laufenden Jahresbeitrag von 14,6 (15,5) Mio. EUR.

Leistungen

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 507,9 (417,6) Mio. EUR an Leistungen erbracht. Davon entfielen 260,0 (337,1) Mio. EUR auf unmittelbare Auszahlungen an die Versicherten oder Bezugsberechtigten. Im Einzelnen wurden an Ablaufleistungen 152,2 (247,7) Mio. EUR aufgewandt. Auf Todesfälle entfielen 26,1 (21,4) Mio. EUR und auf Rentenzahlungen 31,0 (21,9) Mio. EUR. Für Rückkäufe wurden 50,7 (46,1) Mio. EUR ausgezahlt. Auf Rückstellungen für künftige Leistungsverpflichtungen entfielen 247,9 (80,5) Mio. EUR. Die Deckungsrückstellung ist um 224,2 Mio. EUR auf 2 817,8 (2 593,6) Mio. EUR gestiegen.

Versicherungsleistungen in Mio. EUR



Kosten

Für das gesamte Geschäft entstanden Abschlussaufwendungen in Höhe von 44,6 (51,0) Mio. EUR. Die auf die Beitragssumme des Neugeschäfts bezogene Abschlusskostenquote verbesserte sich auf 5,4 (5,7) %.

Die Verwaltungsaufwendungen beliefen sich auf 7,0 (6,9) Mio. EUR. Der Verwaltungskostensatz lag wie im Vorjahr bei 1,7 % der gebuchten Bruttobeiträge.

In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft

Im Berichtsjahr wurde in geringem Umfang in Rückdeckung übernommenes Geschäft gezeichnet. Die gebuchten Bruttobeiträge beliefen sich auf 0,4 Mio. EUR.

Lagebericht

Kapitalanlagebestand

Entwicklung der einzelnen Anlagearten:

	31.12.2012		31.12.2011		Veränderung Mio. EUR
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	0,9	-	0,8	-	0,1
Beteiligungen	3,2	0,1	3,3	0,1	-0,1
Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	238,2	8,0	237,4	8,6	0,8
Festverzinsliche Wertpapiere	1 156,3	38,7	1 101,0	39,8	55,3
Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	6,4	0,2	7,3	0,3	-0,9
Namensschuldschreibungen	580,9	19,4	468,1	16,9	112,8
Schuldscheinforderungen und Darlehen	916,3	30,7	829,6	30,0	86,7
Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	2,8	0,1	3,0	0,1	-0,2
übrige Ausleihungen	20,5	0,7	20,5	0,7	-
Einlagen bei Kreditinstituten	11,5	0,4	47,5	1,7	-36,0
Andere Kapitalanlagen	50,0	1,7	50,0	1,8	-
	2 987,0	100,0	2 768,5	100,0	218,5

Der Bestand an Kapitalanlagen ist gegenüber dem Vorjahr um 7,9 % auf 2 987,0 Mio. EUR angewachsen. Der Anstieg setzte sich im Wesentlichen aus Zugängen in Höhe von 1 124,5 Mio. EUR und Abgängen in Höhe von 904,2 Mio. EUR zusammen. Es erfolgte eine Zuschreibung bei Beteiligungen und Grundstücken in Höhe von 0,1 Mio. EUR sowie außerplanmäßige Abschreibungen auf Beteiligungen in Höhe von insgesamt 1,9 Mio. EUR. Aktien wurden im Berichtsjahr sowohl direkt als auch indirekt in Investmentanteilen nur in geringem Umfang gehalten. Der Beitrag dieser zum Nettoergebnis war somit unwesentlich.

Bruttoneuanlagen

In den Kapitalanlagen erfolgte ein deutlicher Risikoabbau. Der Anteil der Kapitalanlagen mit erhöhtem Risiko wurde schrittweise veräußert. Die Wiederanlage erfolgte ausschließlich in Kapitalanlagen mit einem Rating von mindestens AA-. Daraus ergab sich eine Bruttoneuanlagequote von 40,6 % des Bestandes (1 124,5 Mio. EUR). Der größte Teil der Brutto-

neuanlagen floss dabei mit 770,7 Mio. EUR in Inhaberschuldschreibungen und Schuldscheinforderungen.

In den Bruttoneuanlagen enthalten sind auch Zugänge in Investmentanteilen in Höhe von 238,2 TEUR. Dies geht einher mit Abgängen in Investmentanteilen in Höhe von 237,5 TEUR. Diese Umschichtung spiegelt die Neuaufgabe eines Masterfonds wider, welcher nun das gesamte Engagement in Investment-Sondervermögen bündelt.

Ergebnis aus Kapitalanlagen

Die eigentliche laufende Durchschnittsverzinsung sank im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 % auf 3,7 %. Eine geringere Durchschnittsverzinsung trotz Kapitalanzuwachses folgt aus dem anhaltenden Niedrigzinsumfeld und der Spreadengung auf den Kapitalmärkten. Die Umschichtung in Kapitalanlagen besserer Bonität führt aufgrund geringerer Risikozuschläge künftig tendenziell zu einer sinkenden Durchschnittsverzinsung. Unter Berücksichtigung der teilweisen

Nachzahlung der Erträge zweier nachrangiger Wertpapiere beträgt die laufende Durchschnittsverzinsung – berechnet nach der vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft empfohlenen Methode – 3,9 %.

Die laufenden Erträge stiegen im Berichtsjahr leicht um 5,3 Mio. EUR auf 114,8 Mio. EUR.

Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen stieg um 63,3 Mio. EUR auf 149,0 Mio. EUR (+74,0 %). Dadurch ergibt sich eine Erhöhung der Nettoverzinsung von 3,1 % im Vorjahr auf 5,2 % im Berichtsjahr. Zur Finanzierung der Zinszusatzreserve, der Bewertungsreservenbeteiligung und zur Stärkung des Unternehmens wurden Reserven gehoben. Begünstigt wurde die Entwicklung außerdem durch geringere Abschreibungen als im Vorjahr. Im Durchschnitt der letzten drei Jahre gesehen, ergibt sich für den Betrachtungszeitraum eine Nettoverzinsung von 4,5 %.

Eigenmittel

Das wirtschaftliche Eigenkapital beträgt 46,2 (44,7) Mio. EUR. Im Verhältnis zur Deckungsrückstellung beträgt die Eigenkapitalquote 1,7 (1,8) %.

Die Eigenmittel überstiegen die Solvabilitätsspanne um 50,9 (42,0) % bzw. 64,1 (48,4) Mio. EUR.

Jahresergebnis

Der Jahresüberschuss beträgt 1 500 TEUR. Nach Zuführung von 75 TEUR in die gesetzliche Rücklage ergibt sich ein Bilanzgewinn von 1 425 TEUR, über dessen Verwendung die Hauptversammlung beschließt. Der Gewinnverwendungsvorschlag ist auf Seite 28 aufgeführt.

Verbundene Unternehmen

Das Aktienkapital der Gesellschaft hält zu 99,84 % die S.V. Holding AG, Dresden, und zu 0,16 % die Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG, Dresden. Die Gesellschaft ist entsprechend den §§ 15 ff. AktG mit der S.V. Holding AG, Dresden, sowie der Beteiligungsgesellschaft der Sparkassen des Freistaates Sachsen mbH, Berlin, die ihrerseits 51 % der Anteile der S.V. Holding AG hält, verbunden. Die restlichen 49 % des Aktienkapitals besitzt die BSÖ Beteiligungsgesellschaft mbH, München. Diese wiederum wird von der Bayern-Versicherung Lebensversicherung Akti-

engesellschaft, München, und der SV Sparkassenversicherung Lebensversicherung AG, Stuttgart, gehalten.

Weiter ist sie mit der Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG, Dresden, deren Aktienkapital sich zu 100 % im Besitz der S.V. Holding AG befindet, nach den §§ 15 ff. AktG verbunden.

Nach den Vorschriften des § 312 AktG erstellte der Vorstand einen Bericht über die Beziehungen der Gesellschaft zu verbundenen Unternehmen. Dieser schließt mit der Erklärung: „Die Gesellschaft erhielt bei jedem im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung. Dieser Beurteilung liegen die Umstände zugrunde, die uns im Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bekannt waren. Berichtspflichtige Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse der mit der Gesellschaft verbundenen Unternehmen wurden weder getroffen noch unterlassen.“

Vermittlungsgeschäft

Für die Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG, Dresden, wurden Schaden- und Unfallversicherungen vermittelt. Über die S.V. Holding AG bestehen weitere Landesdirektionsverträge mit der Union Krankenversicherung AG, Saarbrücken, zur privaten Krankenversicherung, mit der ÖRAG Rechtsschutz-Versicherungs-AG, Düsseldorf, zur Rechtsschutzversicherung, mit der S-PensionsManagement GmbH, Düsseldorf, zur betrieblichen Altersvorsorge, mit der SV Sparkassenversicherung Gebäudeversicherung AG, Stuttgart, zur Transport- und technischen Versicherung, mit der Union Reiseversicherung AG, Düsseldorf, zur Reise-Versicherung, mit dem Bayerischen Versicherungsverband VersicherungsAG, München, zur Kautions- und Bürgschaftversicherung sowie Haftpflichtversicherung Heilwesen, mit der Cardif Allgemeine Versicherung, Stuttgart, und der ProTect Versicherung AG, Düsseldorf, zur Arbeitslosenversicherung.

Risiken und Chancen der zukünftigen Entwicklung

Allgemeine Einschätzung

Insbesondere für Versicherungsunternehmen als Risikoträger besitzt der Umgang mit Risiken einen hohen Stellenwert. Dies gilt sowohl für Risiken aus den Bereichen Versicherungstechnik und Kapitalanlage als auch für alle anderen Risiken der strategischen und operativen Unternehmensführung. Das Risikomanagementsystem der Sparkassen-Versicherung

Lagebericht

Sachsen trägt insofern wesentlich zum langfristigen Unternehmenserfolg bei und dient zur Vermeidung von negativen Auswirkungen der Risikoexponierung auf die Wirtschafts-, Finanz- und Ertragslage.

Das ursprünglich aufgrund des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementierte Risikomanagementsystem wird seit der Veröffentlichung des BaFin Rundschreibens 3/2009 „Aufsichtsrechtliche Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk [VA])“ kontinuierlich hin zu Solvency II weiterentwickelt. Die Vorschriften der Solvency II-Rahmenrichtlinie (Ebene 1), aus Durchführungsbestimmungen der EU-Kommission (Ebene 2) sowie Leitlinien von EIOPA (Ebene 3) und insbesondere die ausstehende nationale Umsetzung im Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) werden weitere spürbare Auswirkungen auf die Gestaltung des Risikomanagementsystems haben. Ungeachtet dessen verfügt das Unternehmen bereits heute über ein umfangreiches Kontroll-, Berichts- und Meldewesen.

Die Aufgaben und Verantwortlichkeiten aller handelnden Personen sind eindeutig in einer Verantwortungsmatrix definiert. Die Verantwortung für den Aufbau von Risikopositionen und deren Überwachung/Kontrolle sind strikt getrennt und werden zusätzlich durch flankierende Maßnahmen abgesichert. Die Vorgaben zur allgemeinen sowie strategischen Risikohandhabung und -steuerung sind in einer Risikostrategie dokumentiert und werden einmal jährlich kritisch analysiert (Strategieaudit). Grundsätzlich verfolgt die Sparkassen-Versicherung Sachsen einen primär dezentral ausgerichteten Risikomanagementansatz, bei dem die Risikoidentifikation und -bewertung sowie die Umsetzung von Maßnahmen zur Risikobegrenzung überwiegend den operativen Funktionseinheiten obliegt. Ergänzend dazu erfolgt die unternehmensweite Aggregation der Risiken zentral durch die unabhängige Risikocontrollingfunktion (URCF). Die URCF wird durch das Zentrale Risikomanagement bzw. das Risikocontrolling wahrgenommen. Das Zentrale Risikomanagement verantwortet darüber hinaus die Weiterentwicklung des unternehmensweiten Risikomanagementsystems, die Steuerung und Koordination des gesamten Risikomanagementprozesses (Risikokontrollprozess, vierteljährliche Risikoinventuren) sowie die interne und externe Risikoberichterstattung. Weiterhin fördert das Zentrale Risikomanagement die Risikokultur in der Sparkassen-Versicherung Sachsen.

Das oberste Berichts- und Entscheidungsgremium im Zusammenhang mit dem Risikomanagementsystem bzw. der Risikosituation der Sparkassen-Versicherung Sachsen ist das Risikokomitee. Die Entscheidungskompetenz liegt dabei ausschließlich bei den Mitgliedern des Vorstandes und ist

nicht delegierbar. Die sonstigen Mitglieder sind so zusammengestellt, dass alle wesentlichen Funktionen unter Solvency II abgebildet werden und der Gesamtvorstand alle Risikomanagementfragen durch Beratung und Entscheidungsvorbereitung mit Verantwortlichen der höchsten Führungsebene diskutieren kann. Im Rahmen der Sitzungen des Risikokomitees erfolgt gegenüber dem Gesamtvorstand turnusmäßig die Berichterstattung zum Risikomanagementprozess, zum Risikocontrollingmodell, zu Kapitalanlagen und zum Kapitalanlagerisikomanagement gemäß dem BaFin Rundschreiben 4/2011. Bei der Festlegung von Methoden und Prozessen zur Risikobewertung und -überwachung (Risikocontrollingmodell) wird das Risikokomitee operativ vom Steuerungskreis Leben unterstützt. Der Steuerungskreis ist u.a. für den Aufbau, die Pflege sowie die Anpassung an Unternehmensspezifika zuständig. Dieses Gremium besitzt diesbezüglich aber keine Entscheidungskompetenz, sondern spricht ausschließlich Empfehlungen an das Risikokomitee aus.

Der Zusammenhang zwischen den finanziellen Ressourcen und der aktuellen Risikosituation wird monatlich mehrdimensional hinsichtlich einer bilanzwirtschaftlichen, einer betriebswirtschaftlichen und einer aufsichtsrechtlichen Perspektive herausgearbeitet. Für die Ableitung der Risikoeergebnisse werden drei Szenarien (Plan-, Risiko-, Extrem-Szenario) zugrunde gelegt. Das vollumfängliche Gesamtbild der jeweils aktuellen Risikosituation liefert der jährliche Risikobericht gemäß § 64a Abs. 1 Satz 4 Nr. 3 Buchstabe d VAG. Eine Ausfertigung dieses Berichts wird der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) gemäß § 55c VAG vorgelegt. Ergänzende Analysen und Informationen erhält der Gesamtvorstand in deutlich höherer Frequenz im Risikokomitee bzw. in einer Vorstandssitzung. Ein zentraler Bericht an den Gesamtvorstand ist u.a. der Monatsbericht aus dem Unternehmenscontrolling. Auf Basis der vorgenannten Berichte unterrichtet der Gesamtvorstand den Aufsichtsrat vierteljährlich über das Risikoportfolio und im Rahmen der Aufsichtsratssitzungen über den aktuellen Stand des Risikomanagementsystems.

Weitere wichtige Bestandteile des Risikomanagementsystems der Sparkassen-Versicherung Sachsen sind das Interne Kontrollsystem (IKS), die Compliance-Organisation und das Business Continuity Managementsystem (BCM). Die Einhaltung aller einschlägigen gesetzlichen und sonstigen Vorschriften (z.B. interne Vereinbarungen, Arbeitsanweisungen und Richtlinien) wird durch einen Compliance-Beauftragten koordiniert. Der Compliance-Beauftragte ist Mitglied des Risikokomitees. Eine Compliance Richtlinie regelt diesbezüglich verbindliche Verhaltensgrundsätze für die Mitarbeiter. Das etablierte BCM besteht u.a. aus einem Notfallstab, einer Notfallbeauftragten

sowie einem standardisierten Alarmierungsvorgehen. BCM Pläne stellen sicher, dass die notwendigen Ressourcen für die kritischsten Geschäftsprozesse (Mitarbeiter, Räumlichkeiten, Externe Dienstleister, IT-Anwendungen, Dokumente) zeitgerecht zur Verfügung stehen.

Die evolutionäre Weiterentwicklung des bestehenden Risikomanagementsystems ist auch in 2013 und den Folgejahren auf die Erfüllung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen fokussiert. Vor diesem Hintergrund hat die Sparkassen-Versicherung Sachsen in den letzten Jahren zahlreiche Aktivitäten unternommen. Gemäß MaRisk (VA) wurden u.a. Prozesse implementiert, um die Risiken neuer Kapitalmarkt-, Versicherungs- und Rückversicherungsprodukte vorab auf ihre Auswirkung auf das Gesamtrisikoprofil zu untersuchen. Die unternehmensspezifischen Untersuchungsdesigns sind getrennt nach Kapitalmarkt-, Versicherungs- und Rückversicherungsprodukten definiert. Insgesamt hat die BaFin dem Unternehmen im Juli 2012 einen guten Umsetzungsstand bezüglich MaRisk (VA) bescheinigt.

In 2013 liegt der Hauptfokus der Aktivitäten auf der praktischen Erprobung des implementierten Risikocontrollingmodells und des daraus abgeleiteten Limitsystems. Ziel ist es, neben den aufsichtsrechtlich geforderten Risikobegrenzungen auch ein System vorzuhalten, das bei strategischen Fragestellungen wichtige Entscheidungshilfen geben kann. Darauf aufbauend richtet die Sparkassen-Versicherung Sachsen das Management der Kapitalanlagen anhand einer Strategischen Asset Allokation (SAA) konsequent an der Risikotragfähigkeit des Unternehmens aus. Zur fristgerechten Implementierung des operativen Betriebs zur Solvabilitätsberechnung im Standardansatz gemäß Säule I von Solvency II und zur Offenlegung gemäß Säule III von Solvency II wird die Standardsoftware SOLVARA von der Steria Mummert ISS GmbH im Rahmen eines Einführungsprojektes im Einklang mit der Entwicklung von Solvency II implementiert. Im Zusammenhang mit dem Own Risk and Solvency Assessment (ORSA) gemäß Solvency II wird die bisherige Unternehmensplanung zur unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung hinsichtlich Solvency II bezogener Kennzahlen erweitert. Um darüber hinaus bestmöglich auf die quantitativen Anforderungen der Zukunft vorbereitet zu sein, nimmt die Sparkassen-Versicherung Sachsen an den quantitativen Auswirkungsstudien zu Solvency II teil. Über Arbeitsgruppen, Erfahrungsaustausche mit den Aktionärsversicherern und Informationsveranstaltungen (GDV, BaFin, sonstige Anbieter) stellt die Sparkassen-Versicherung Sachsen zudem laufend einen Know-how-Aufbau und eine Orientierung an Best Practice Lösungen sicher.

Das Risikomanagementsystem der Sparkassen-Versicherung

Sachsen wird turnusmäßig durch interne und externe Stellen überprüft. Die Aufgabe der Internen Revision ist es dabei, durch systematische und zielgerichtete Prüfungsleistungen zu bewerten, ob die Tätigkeiten des Risikomanagements ordnungsgemäß erfolgen. Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung hat der Wirtschaftsprüfer das Risikofrüherkennungssystem nach § 91 Abs. 2 AktG geprüft. Sowohl bei der jährlichen Prüfung der Internen Revision als auch bei der Jahresabschlussprüfung durch den Wirtschaftsprüfer gab es keine wesentlichen Beanstandungen.

Der unternehmensinterne Risikobegriff bezieht sich nicht nur auf die Nichterreichung explizit formulierter Ziele, sondern auch darauf, dass sich implizit ergebende Chancen nicht realisiert werden können. Die Sparkassen-Versicherung Sachsen betrachtet demnach sowohl Risiken als auch Chancen. Zur besseren Einschätzung der Chancen verweisen wir an dieser Stelle auf die nachfolgenden Ausführungen im Ausblick sowie den Prognosebericht. Bis auf die weiterhin unsichere Entwicklung auf den Kapitalmärkten sind aus heutiger Sicht keine Entwicklungen erkennbar, aus denen sich eine nachhaltige Beeinträchtigung der Wirtschafts-, Finanz- und Ertragslage ableiten lässt. Die jeweiligen Risiken sind bekannt und werden bewusst gesteuert. Die Risikosituation der Kapitalanlagen ist maßgeblich von der der Kapitalmarktsituation geprägt. Investitionen in höchste Qualitäten versetzen die Sparkassen-Versicherung Sachsen in die Lage, den aufsichtsrechtlichen Anforderungen jederzeit nachkommen zu können. Somit sieht sich die Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG (SLS) in der Lage, alle Verpflichtungen aus den bestehenden Verträgen dauerhaft zu erfüllen.

Den Empfehlungen des Deutschen Standardisierungsrates zur Risikoberichterstattung von Versicherungsunternehmen (DRS 5-20) folgend, stellt sich die Risikosituation der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG im Detail wie folgt dar:

Versicherungstechnische Risiken

Unser Portefeuille ist in den einzelnen Versicherungsarten ausgewogen, wobei die Rentenversicherungen dominieren. Es gibt klare Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten für die Bearbeitung von Versicherungsverträgen. Versicherungstechnische Risiken im Bereich der Lebensversicherung können durch wesentliche Änderungen der biometrischen Risiken, wie beispielsweise Sterblichkeit oder Berufsunfähigkeit, entstehen. Der Lebensversicherungsvertrag sieht – im Unterschied zu Schaden-/ Unfallversicherungsverträgen – während der gesamten Vertragslaufzeit nur eingeschränkte Beitragsanpassungsmöglichkeiten bei geänderter Risikosituation vor.

Lagebericht

a) Biometrisches Risiko

Da sich eine merkliche Veränderung der biometrischen Risiken normalerweise über einen langen Zeitraum erstreckt, könnte insbesondere bei Verträgen mit langer Vertragslaufzeit eine Finanzierungslücke für die Erfüllung der garantierten Leistungen entstehen. Daher wird regelmäßig die Angemessenheit der verwendeten Rechnungsgrundlagen überprüft. Die Einschätzung des Risikos der Berufsunfähigkeit wurde von der Deutschen Aktuarvereinigung (DAV) überprüft. Als Kernaussage enthält der DAV-Fachgrundsatz vom 05.12.2012 die Feststellung, dass die Tafel DAV 1997 I weiterhin als Reservierungsgrundlage ausreichend ist. Für den Bestand an Berufsunfähigkeitsversicherungen der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG sind keine Anhaltspunkte erkennbar, die andere als die von der DAV festgestellten Schlussfolgerungen in Bezug auf die Deckungsrückstellungsberechnung zulassen.

Die Beurteilung des Langleblichkeitsrisikos ist für die Deckungsrückstellung in der Rentenversicherung von besonderer Bedeutung. Bei laufenden Rentenversicherungen wurde in den letzten Jahren eine zunehmende Verringerung der Sicherheitsmargen hinsichtlich der für die Rückstellungsberechnungen verwendeten Sterbetafeln beobachtet. Unter Anwendung der seitens der DAV veröffentlichten Hinweise und Richtlinien zur ausreichenden Reservierung aller Verpflichtungen aus laufenden oder anwartschaftlichen Erlebensfallleistungen wird eine Zusatzrückstellung nach den jeweils neusten Erkenntnissen berechnet und zu Lasten des Jahresergebnisses in die Deckungsrückstellung eingestellt. Damit gehen die neuesten Sterblichkeitsentwicklungen in die Berechnung der Zuführungen zur Deckungsrückstellung ein. Gemäß den DAV-Hinweisen und unseren eigenen Beobachtungen wird mit großer Wahrscheinlichkeit auch zukünftig die Notwendigkeit weiterer Zuführungen bestehen. Unser verantwortlicher Aktuar stellt durch diese Maßnahmen sowohl bei der Tarifkalkulation als auch bei der Reservierung aller Risiken durch die Verwendung vorsichtiger biometrischer Rechnungsgrundlagen sicher, dass eine dauernde Erfüllbarkeit der Verpflichtungen gegenüber unseren Kunden nach allen derzeitigen Erkenntnissen jederzeit gewährleistet ist.

Mit der Umsetzung des Unisex-Urteils des EuGH dürfen ab dem 21.12.2012 nur noch Tarife nach Unisexkalkulation abgeschlossen werden. Die Übertragung dieser für Europa geltenden Vorschrift in deutsches Recht ist per 01. März 2013 mit Verabschiedung des SEPA-Begleitgesetzes durch den Deutschen Bundesrat erfolgt, sodass alle in Deutschland tätigen Versicherer ausschließlich Unisex-Tarife anbieten können. Wir haben bereits ab dem 13.09.2012 Unisex-Tarife angeboten, wobei diese nur den Kunden zugänglich gemacht

wurden, für die sie im Vergleich zu geschlechtsspezifisch kalkulierten Tarifen günstiger waren. Dadurch wurde zum 31.12.2012 systematisch die einkalkulierte Mischung an Männern und Frauen in einzelnen Tarifen unterlaufen. Die Deckungsrückstellung wurde für dieses temporär falsche Mischungsverhältnis erhöht. Im Laufe diesen und der nächsten Jahre wird sich in den Tarifen eine normale Mischung ergeben, die Zusatzrückstellung wird dann sukzessive wieder freigesetzt.

Bei der Bestimmung der versicherungstechnischen Zusatzrückstellungen für Erlebensfallleistungen (Rentennachreservierung) und für Lebensversicherungen mit eingeschränkter Risikoprüfung sowie für Teile der Zinszusatzreserve haben wir angemessene Stornowahrscheinlichkeiten berücksichtigt.

b) Rechtliches Risiko

Im Bereich der Versicherungsbedingungen bleibt der Blick der Öffentlichkeit weiterhin kritisch auf die Transparenz der Bedingungen und Kundeninformationen gerichtet. Das betrifft insbesondere auch das im Juli 2012 gegen einen Lebensversicherer ergangene Urteil des BGH zu Stornoabschlägen und Mindestrückkaufswerten. In unseren verwendeten Versicherungsbedingungen haben wir im betroffenen Zeitraum ähnliche und z.T. gleichlautende Klauseln eingesetzt. Daher sehen wir es als notwendig an, vorsichtshalber Rückstellungen für an uns herantragbare Ansprüche zu stellen. Bei aktiven, beitragsfrei gestellten Verträgen werden wir eine Bestandskorrektur vornehmen. Für die im Einzelnen notwendigen Auszahlungen für rückwirkend erhobene Ansprüche aus gekündigten Verträgen haben wir eine auf Erfahrungswerten basierende Rückstellung gebildet. Weitere konkrete Aspekte oder richtungweisende Urteile haben sich auch im vergangenen Jahr nicht ergeben. Laufende Gerichtsverfahren wie z.B. weitere Entscheidungen zu Mindestrückkaufswerten können noch Auswirkungen zeigen. Dabei ist nicht auszuschließen, dass sie in den laufenden Versicherungsbestand eingreifen.

Auswirkungen auf die Produktgestaltung durch Solvency II werden weiterhin stark in der gesamten Branche diskutiert. Immer häufiger wird die heutige Kapitalgarantie als Geschäftsmodell in Frage gestellt. Wir befassen uns auf verschiedenen Ebenen ausführlich mit entsprechenden Alternativen.

c) Zinsgarantierisiko

Das Zinsgarantierisiko in der Lebensversicherung besteht darin, dass die gegenüber den Versicherungsnehmern abgegebenen Garantien über die Verzinsung ihrer Verträge nicht erfüllt werden können. Unsere derzeitigen Maßnahmen sind nach allen bestehenden Erfahrungen so festgelegt, dass alle langfristigen Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen erfüllt werden können. Die Kapitalmärkte bewegen sich im Bereich der festverzinslichen Papiere nach den Turbulenzen der Vorjahre auf einem anhaltend niedrigen Niveau. Im Laufe des Jahres 2012 wurden an die Versicherungsnehmer Bewertungsreserven im Umfang von 4,5 Mio. Euro, überwiegend aus dem Bereich der festverzinslichen Wertpapiere, ausgeschüttet. Die zum Jahresende vorgesehene sachgerechte Differenzierung der auszuschüttenden Bewertungsreserven wurde immer noch nicht geregelt und ist auch für 2013 nicht mehr zu erwarten.

Durch den weiteren Ausbau unseres Risikomanagements im Bereich der Aktiva und Passiva werden die Rahmenbedingungen des Kapitalmarktes laufend beobachtet. Unsere laufenden über mehrere Jahre gehenden Planungsrechnungen bestätigen, dass die durchschnittliche Mindestverzinsung der zugeordneten Kapitalanlagen die Garantieverzinsung der versicherungstechnischen Passiva übersteigt. Der durchschnittliche Garantiezins des Bestandes lag mit 2,90 % der Deckungsrückstellung deutlich um 0,1 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert. Die notwendige Garantieverzinsung konnte durch die Kapitalerträge erwirtschaftet werden. Der derzeit gültige Rechnungszinssatz für das Neugeschäft beträgt seit 01.01.2012 1,75 %. Dadurch erfolgt mittel- bis langfristig eine weitere laufende Entlastung des Zinsrisikos.

Neben den unternehmensinternen Verhältnissen hat die Änderung der DeckRV Anfang März 2011 die Bedingungen für den Aufbau einer Zinszusatzreserve festgelegt. Durch den so für 2012 bestimmten Vergleichszins in Höhe von 3,64 % musste per 31.12.2012 für den Teilbestand mit einem Garantiezins von 4 % eine Zusatzrückstellung von 22,3 Mio. Euro gestellt werden. Die Finanzierung des Betrages erfolgte im Wesentlichen durch die Hebung von Aktivreserven und eine Anpassung der Zuführung zur RfB für das Jahr 2013.

Die anhaltende Niedrigzinsphase impliziert einen weiteren Ausbau der Zinszusatzreserve mit steigenden Beträgen in den nächsten Jahren. Die dafür aus heutiger Sicht des Kapitalmarktes und seiner Entwicklung notwendigen Beträge sind in die laufende Unternehmensplanung eingeflossen. Eine weitere Senkung des Zinsniveaus könnte hier weitere Risiken für die gesamte Branche ergeben.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Am Bilanzstichtag bestanden gegenüber Versicherungsnehmern und -vermittlern geringe Forderungen mit mehr als 90 Tage zurückliegendem Fälligkeitszeitpunkt. Zur Abdeckung des allgemeinen Ausfallrisikos wurden entsprechende Wertberichtigungen gebildet. Die Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft werden als nicht bestandsgefährdend eingestuft.

Risiken aus Kapitalanlagen

Einer der wesentlichen Erfolgsfaktoren eines Lebensversicherungsunternehmens ist das Management von Kapitalanlagerisiken. Daher messen wir diesem Bereich unserer Geschäftstätigkeit eine hohe Bedeutung bei. Im Bereich der Kapitalanlagen können Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken auftreten.

a) Marktrisiken

Marktrisiken können durch ungünstige Entwicklungen bei Zinsen oder Kursen von Wertpapieren entstehen. Um ein mögliches Risikovolumen ermitteln zu können, analysieren wir in regelmäßigen Abständen verschiedene Szenarien von Kursentwicklungen bei Aktien sowie Zinsänderungen.

Zur Überprüfung der Marktrisiken sind Stresstests entsprechend R01/2004 in der von der BaFin für 2012 vorgegebenen Form durchgeführt worden. Die Stresstests wurden bestanden. Es besteht deshalb nach heutigen Erkenntnissen keine Gefährdung der Garantien aus den eingegangenen Verpflichtungen durch das Kapitalmarktrisiko. Eine laufende Überprüfung und Aktualisierung der Risikoeinschätzung ist sichergestellt.

b) Kreditrisiken

Kreditrisiken können eintreten, wenn ein Schuldner insolvent wird. Um das Kreditrisiko zu minimieren, erfolgen die Investitionen breit gestreut und vornehmlich nur in fundamental erstklassigen Werten. Die Kapitalanlagen sind überwiegend in Anlagen des besseren Investmentgrade-Bereichs investiert. Nachfolgende Tabelle gibt die Aufteilung der Kapitalanlagen des Gesamtbestandes nach Rating wieder.

Lagebericht

Rating	Mio. EUR	in %
AAA	1 414,9	47,4
AA	812,0	27,2
A	259,0	8,6
BBB	276,7	9,3
High Yields	88,8	3,0
ohne Rating	135,6	4,5
Summe	2 987,0	100,0

Die Anlagen ohne Rating umfassen die strategischen Beteiligungen, die Hypothekendarlehen, die Immobilien sowie einzelne Anlagen des Masterfonds.

Von der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG werden Nachrangpapiere im Kapitalanlagebestand gehalten. Wir gehen derzeit davon aus, dass keine Nachträge ausfallen werden.

Staatsanleihen der Peripherie-Staaten hält die Gesellschaft im Umfang von 35,7 Mio. EUR.

Land	Buchwert Mio. EUR	Zeitwert Mio. EUR	Anteil am Gesamtbestand in %
Portugal	4,6	3,3	0,2
Italien	21,2	20,7	0,7
Irland	9,9	10,3	0,3
Summe	35,7	34,3	1,2

Die Politiker Europas bringen ihren Willen zum Erhalt der Eurozone entschlossen zum Ausdruck. Um im zukünftigen Umfeld zwischen den wirtschaftlichen Großmächten USA, China und generell der Emerging Markets bestehen zu können, ist ein enger politischer und wirtschaftlicher Verbund unverzichtbar. Erste Anzeichen von Genesung sind bei Irland und Portugal zu erkennen. Griechenland und Zypern werden wohl auf Jahre Empfänger von Transferleistungen bleiben. In Spanien scheinen die ergriffenen Maßnahmen erste Erfolge zu zeigen. Italien ist historisch eine starke Wirtschaftsnation mit breiter Basis. Dennoch sorgt die politische Komponente in beiden Ländern immer wieder für große Unruhe und Verunsicherung an den Kapitalmärkten.

Vor diesem Hintergrund hat die Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG die Bestände in Wertpapie-

ren der Peripherie-Staaten nahezu halbiert. Im Segment der Staatsanleihen wurde der Bestand gegenüber dem Vorjahr um 70 % reduziert. Die Staatsanleihen der Hellenischen Republik wurden Anfang des Jahres vollständig veräußert. Die vorhandenen Risikopositionen stufen wir als beherrschbar ein. Für den verbleibenden Teil der Pfandbriefe und Anleihen besteht aus unserer Sicht keine Gefahr einer dauernden Wertminderung.

Auch wenn die Anzeichen für eine langsame Rückkehr der Kapitalmärkte zur Normalität aufgrund der weltwirtschaftlichen Entwicklung wachsen, zeugen einige Rückschläge nach wie vor von der vorhandenen Unsicherheit auf Seiten der Investoren. Die Risikoprämien befinden sich trotz der jüngsten Einengungen noch immer auf einem Niveau deutlich oberhalb des Niveaus vor Ausbruch der Krise. Das Zinsniveau ist anhaltend niedrig. Die erwartete moderate Erholung der Märkte wird von den meisten Marktteilnehmern als volatiler Trend prognostiziert. Starke Zinsanstiege werden als unwahrscheinlicher als eine längere Phase japanischer Verhältnisse angesehen.

c) Liquiditätsrisiken

Zur Vermeidung von Liquiditätsrisiken wird die Fälligkeitsstruktur der Kapitalanlagen nach den Bedürfnissen der Passivseite ausgerichtet, wobei die Wahrung der strukturellen Liquidität der nächsten Jahre von besonderem Gewicht ist. Die kurzfristige Liquidität wird mittels einer Liquiditätsplanung gesteuert, die alle prognostizierten Zahlungsströme des laufenden Jahres erfasst. Um unerwarteten Liquiditätsanforderungen – auch in erheblichem Ausmaß – begegnen zu können, ist stets ein Teil der Kapitalanlagen in hochliquiden Anlagen investiert, die jederzeit schnell und ohne größere Kursrisiken veräußert werden können.

Operationale Risiken

Operationale Risiken können im Zusammenhang mit unzulänglichen oder fehlgeschlagenen internen Prozessen auftreten. Insbesondere können solche Risiken aus mitarbeiter- und systembedingten oder aber externen Vorfälle entstehen. Unter operationalen Risiken fassen wir z.B. die Störung beziehungsweise den Ausfall des Verwaltungsgebäudes, von technischen Systemen bzw. der Informationstechnik (siehe BCM) wie auch dolose Handlungen (siehe Compliance Richtlinie) und Bearbeitungsfehler zusammen. Das operationale Risiko umfasst auch Rechtsrisiken, jedoch nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken. Die gesetzgeberischen Aktivitäten sowie die aktuelle Rechtsprechung werden laufend beobachtet und stellen eine zeitnahe Reaktion auf unternehmensspezifische Veränderungen und die unmittelbare Anwendung sicher.

Das wesentliche Instrument der Sparkassen-Versicherung Sachsen zur Begrenzung der operationalen Risiken ist das Interne Kontrollsystem (IKS). Durch Funktionstrennungen in den Arbeitsabläufen, Abstimmungs- und Plausibilitätsprüfungen sowie hierarchisch abgestufte Vollmachten und Berechtigungen wird sichergestellt, dass mögliche Risiken im Rahmen der operativen Tätigkeiten der Funktionseinheiten vermieden bzw. auf ein akzeptables Maß reduziert werden. Die Führungskräfte der Sparkassen-Versicherung Sachsen sind gehalten, neben der Beschreibung der risikobehafteten Geschäftsprozesse und der dazugehörigen Kontrollmaßnahmen auch die Auswirkung auf Wirtschaftlichkeit, Daten und Compliance zu bewerten. Die Nettorisiken nach Wirkung der Kontrollmaßnahmen sind zu überwachen und ab einem definierten Schadenerwartungswert ist das Zentrale Risikomanagement zu informieren. Die Wirksamkeit und Funktionsfähigkeit des Internen Kontrollsystems wird planmäßig und fortlaufend durch die Interne Revision überwacht. Durch zusätzliche Sensibilisierungsmaßnahmen konnte in 2012 eine ausreichende Berücksichtigung der Kontrollen bei bereichsübergreifenden Prozessen einschließlich der Kontrollen an den Schnittstellen sowie eine effiziente Vollständigkeitsprüfung erreicht werden. Mit der Implementierung eines IKS Tools wird die Steuerung und Dokumentation des Internen Kontrollsystems in 2013 eine zusätzliche Weiterentwicklung erfahren.

Die Sparkassen-Versicherung Sachsen misst der Informationssicherheit größte Bedeutung bei. Daher existieren für die Sicherheit und Stabilität der IT-Systeme umfassende Zugangskontrollen und Schutzvorkehrungen, die die Anforderungen nach dem BSI-Grundschutz abdecken. Im Focus stehen die Maßnahmen für schutzbedürftige Daten durch den Einsatz von entsprechenden Technologien der technischen Infrastruktur, Notfall- und Vorsorgepläne sowie organisatorische und personelle Maßnahmen. Auch das gemeinsame Rechenzentrum – Gesellschaft für angewandte Versicherungs-Informatik mbH (GAVI) – hat zahlreiche organisatorische und technische Maßnahmen ergriffen, um den Sicherheitsanforderungen im Betrieb der IT-Systeme gerecht zu werden und den Ausfall der Technik zu vermeiden. Das sind vor allem:

- Investitionen in die Gebäudeinfrastruktur zur Verbesserung von Brandschutz, Klimatisierung und Energieversorgung
- Räumliche Trennung von Produktions- und Back-up-Systemen in Rechenzentren mit 10 km Abstand
- Regelmäßige Überwachung der Sicherheitseinrichtungen und kontinuierliche Sicherheits- und Qualitätsprüfungen
- Vorhalten von Notfallregelungen und regelmäßige Notfall-Übungen

Die Sparkassen-Versicherung Sachsen verwendet die IT-Anwendungslandschaft der SV Sparkassenversicherung Holding AG, Stuttgart. In gemeinsamen Gremien werden die strategische Weiterentwicklung der Systeme und die Beauftragung des gemeinsamen IT-Dienstleisters – SV Informatik GmbH (SVI) – abgestimmt. Damit und durch konsequente Projektsteuerung sowie durch Überprüfung der Projektfortschritte werden finanzielle, technische und fachliche Störungen weitestgehend vermieden. Die zu erbringenden Dienstleistungen der SVI sind vertraglich vereinbart. Bis Ende 2014 soll das gemeinsame Rechenzentrum GaVI entflochten werden, so dass die heutigen Gesellschafter SV Sparkassenversicherung, Provinzial NordWest und Versicherungskammer Bayern eigene Rechenzentren-Lösungen realisieren. Die Federführung für alle Aktivitäten, die im Zusammenhang mit der Entflechtung für die Sparkassen-Versicherung Sachsen geregelt werden müssen (Funktionsaufteilung und -übergabe, technische Entflechtung, neue Vertragsbeziehungen) übernimmt die SVI als Generalauftragnehmer der Sparkassen-Versicherung Sachsen. In regelmäßigen Kundengesprächen werden der aktuelle Status sowie eventuelle Risiken besprochen und überwacht. Derzeit bestehen keine nennenswerten Risiken.

Zusammenfassende Darstellung der Risikoabfrage

Für die Sparkassen-Versicherung Sachsen sind keine Entwicklungen erkennbar, die die Finanzlage wesentlich beeinträchtigen können. Zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Geschäftsberichtes sind keine Risiken bekannt, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden.

Vorgänge nach dem Bilanzstichtag

Sonstige Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Ablauf des Berichtsjahres nicht ergeben.

Ausblick

Die Geschäftsentwicklung in der Lebensversicherung wird 2013 auch weiterhin durch die Wettbewerbssituation im Vergleich zu anderen Anlageformen geprägt sein. Zwar ist für 2012 für die Lebensversicherung ein marktweiter Rückgang der Überschussbeteiligung zu verzeichnen, angesichts der anhaltenden niedrigen Zinsen für als sicher geltende alternative Anlagen (Bundesanleihen) dürfte aber auch die aktuelle Gesamtverzinsung in der Lebensversicherung weiterhin durchaus wettbewerbsfähig erscheinen. Selbst das neue Niveau des Garantiezinses von 1,75 % erhält im aktuellen Konkurrenzumfeld eine ungeahnte Attraktivität.

Lagebericht

Traditionell gestützt wird die Lebensversicherungsnachfrage durch die weiter zunehmende Bedeutung der kapitalgedeckten Altersvorsorge. Die private Altersvorsorge verankert sich durch die anhaltenden politischen Diskussionen immer mehr im Bewusstsein der Bevölkerung. Die gesetzliche Rente wird nach heutigen Erkenntnissen für einen Großteil der Bevölkerung nur eine Grundsicherung darstellen. Die demografische Entwicklung zeigt, dass der Anteil der Menschen über 60 Jahren an der Gesamtbevölkerung stetig zunimmt. Themenstellungen wie die Pflege im Alter oder Absicherung der Kosten für Beerdigungen werden dadurch zunehmend akut. Auch hier werden die Sozialleistungen nur einen Bruchteil der Kosten auffangen können.

Der Verlauf des Einmalbeitragsgeschäfts scheint sich marktweit allmählich zu stabilisieren. Nach der außerordentlichen Expansion in 2009 und 2010 gingen die Einmalbeiträge in 2011 um 17 % zurück und 2012 sind sie um knapp 1 % gestiegen. Es ist daher davon auszugehen, dass sich das Einmalbeitragsvolumen im Jahr 2013 auf dem Niveau von 2012 einpendeln wird.

Für die Lebensversicherung insgesamt geht der GDV daher von einer stabilen Beitragsentwicklung aus (+/- 0 %).

Bei der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG sehen wir weiterhin Chancen, die regional starke Position im Bereich der privaten und betrieblichen Vorsorge und Vermögensbildung weiter auszubauen. Für die kommenden zwei Jahre liegt der Schwerpunkt in der Lebensversicherung insbesondere im Ausbau des sogenannten biometrischen Geschäfts (Risikoversicherung und Berufsunfähigkeitsversicherungen) und der fondsgebundenen Lebens- und Rentenversicherung. Durch optimal auf diese Segmente abgestimmte Vertriebskonzepte wollen wir unsere Marktanteile weiter ausbauen.

Im gesamten Lebensversicherungsmarkt werden zwischenzeitlich deutlich gestiegene Vertragsabläufe und damit gestiegene Versicherungsleistungen verzeichnet. Insofern liegt der vertriebliche Fokus der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG noch mehr in der Ablaufberatung und der Nutzung der steigenden Ablaufpotentiale. Dazu wurde das Vertriebskonzept zur Ablaufberatung konsequent weiterentwickelt, um die Marktpotentiale in Sachsen auch in Zukunft optimal für unser Haus zu nutzen. Die marktweite Absenkung der Gewinnbeteiligung wird nur geringe Auswirkungen auf das Neugeschäft entfalten. Unsere Produkte werden in hohem Maße nicht nur aus Renditegesichtspunkten nachgefragt. Ausschlaggebend ist eher die staatliche Förderung der Vorsorge durch Steuerersparnisse und Zulagen. Auch

Geldleistungen im Todesfall werden stark nachgefragt. Zudem ist die abgesenkte Zinsüberschussbeteiligung im derzeitigen Marktzinsumfeld immer noch sehr attraktiv.

Entscheidend für die Beitragseinnahmen wird auch weiterhin die Entwicklung im Bereich der Einmalbeiträge sein. Derzeit gehen wir für die kommenden beiden Jahre von einem ähnlichen Niveau wie 2012 aus. Bei den laufenden Beiträgen erwarten wir – aufbauend auf der marktüberdurchschnittlichen Entwicklung im Jahr 2012 – auch für 2013/2014 Zuwächse. Für die Beitragsentwicklung insgesamt gehen wir damit für die nächsten zwei Jahre von einem weiteren Beitragszuwachs aus.

Bei einer stabilen Kostenentwicklung und mit Hilfe von Prozessoptimierungen erwarten wir bis 2014 weiterhin eine marktunterdurchschnittliche Entwicklung bei den Kostenquoten.

Die derzeitige Niedrigzinsphase wirkt sich aufgrund der langen Laufzeiten in den Kapitalanlagen derzeit noch marginal auf die laufende Durchschnittsverzinsung der Kapitalanlagen aus. Allerdings soll der 2012 eingeleitete Abbau von Risiken in den Kapitalanlagen fortgesetzt werden, sodass mit Renditeabschlägen zu rechnen ist. Wir gehen daher davon aus, dass die Durchschnittsverzinsung in den nächsten zwei Jahren geringer als in 2012 ausfallen wird. Für die Nettoverzinsung gehen wir nach dem durch Reservehebungen bedingten Anstieg in 2012 sowie den Effekten aus dem Risikoabbau von einem Rückgang aus.

Aufgrund der anhaltend niedrigen Zinsen an den Kapitalmärkten musste die Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG auch 2012 eine Zinszusatzreserve bilden. Für die Jahre 2013/2014 gehen wir von einer weiteren deutlichen Zuführung zur Rückstellung aus.

Eine spürbare Ergebnisbelastung wird auch in 2013 die Auszahlung von Bewertungsreserven bedeuten, solange der unter Gleichbehandlungsgesichtspunkten erforderliche Abzug des Sicherungsbedarfes gesetzlich nicht umgesetzt wird.

Diese Aussagen stehen allerdings unter dem Vorbehalt, dass die Geschäftsentwicklung in den nächsten zwei Jahren nicht von nachteiligen rechtlichen oder steuerlichen Neuregelungen sowie außergewöhnlichen Kapitalmarktentwicklungen – insbesondere bei Staatsanleihen – beeinflusst wird.

Versicherungsarten

Einzelversicherungen

- Kapitalversicherung
- Vermögensbildungsversicherung
- Risikoversicherung
- Risikoversicherung mit Beitragsrückgewähr
- Renten- und Pensionsversicherung
- Rentenversicherung nach dem Altersvermögensgesetz (AVmG)
- Berufsunfähigkeitsversicherung
- Fondsgebundene Lebensversicherung
- Fondsgebundene Rentenversicherung

Kollektivversicherungen

- Kapitalversicherung
- Risikoversicherung
- Risikoversicherung mit Beitragsrückgewähr
- Bausparrisikoversicherung
- Restkreditversicherung
- Saldenversicherung
- Renten- und Pensionsversicherung
- Rentenversicherung nach dem Altersvermögensgesetz (AVmG)
- Berufsunfähigkeitsversicherung

Zusatzversicherungen

- Unfall-Zusatzversicherung
- Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung
- Risiko-Zusatzversicherung
- Hinterbliebenenrenten-Zusatzversicherung

Bewegung des Bestandes an Lebensversicherungen

A. Bewegung des Bestandes an selbst abgeschlossenen Lebensversicherungen im Geschäftsjahr 2012

	Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft			Einzelversicherungen Kapitalversicherungen (einschl. Vermögensbildungs- versicherungen) ohne Risikoversicherungen und sonstige Lebensversicherungen		
	(nur Haupt- versicherungen)	(Haupt- und Zusatz- versicherungen)	(nur Haupt- versicherungen)	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR	
	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR	Einmalbeitrag in TEUR	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	497 480	241 784		9 586 468	104 112	51 173
II. Zugang während des Geschäftsjahres						
1. Neuzugang						
a) eingelöste Versicherungsscheine	57 756	23 724	143 407	1 413 755	15 233	4 093
b) Erhöhungen der Versicherungssumme (ohne Pos. 2)	-	5 212	22 074	98 351	-	432
2. Erhöhungen der Versicherungssumme durch Überschussanteile				11 241		
3. Übriger Zugang	62	2 524	-	3 134	-	-
4. Gesamter Zugang	57 818	31 460	165 481	1 526 481	15 233	4 525
III. Abgang während des Geschäftsjahres						
1. Tod, Berufsunfähigkeit, etc.	2 367	713		27 383	950	378
2. Ablauf der Versicherung/Beitragszahlung	17 676	4 756		407 274	1 426	1 317
3. Rückkauf u. Umwandlung in beitragsfreie Versicherungen	13 029	11 686		277 586	2 198	1 422
4. Sonstiger vorzeitiger Abgang	4 792	2 750		209 681	1 476	617
5. Übriger Abgang	15	181		3 911	-	-
6. Gesamter Abgang	37 879	20 086		925 835	6 050	3 734
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	517 419	253 158		10 187 114	113 295	51 964

Bei Saldenversicherungen gab es 2012 eine Änderung im Ausweis von eingelösten Versicherungsscheinen und Abläufen. Daher fallen II.1a) und III.2 bei Kollektivversicherungen

B. Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen Lebensversicherungen (ohne Zusatzversicherungen)

	Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft		Einzelversicherungen Kapitalversicherungen (einschl. Vermögensbildungs- versicherungen) ohne Risikoversicherungen und sonstige Lebensversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe in TEUR
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	497 480	9 586 468	104 112	1 340 108
davon beitragsfrei	(173 426)	(1 978 272)	(12 355)	(103 722)
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	517 419	10 187 114	113 295	1 367 268
davon beitragsfrei	(181 451)	(2 086 967)	(18 121)	(138 699)

C. Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen Zusatzversicherungen

	Zusatzversicherungen insgesamt		Unfall-Zusatzversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe in TEUR
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	31 401	856 238	1 038	25 508
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	31 585	852 014	942	23 169

D. Bestand an in Rückdeckung übernommenen Lebensversicherungen

1. Versicherungssumme am Anfang des Geschäftsjahres:	78 423 TEUR
2. Versicherungssumme am Ende des Geschäftsjahres:	79 012 TEUR

Einzelversicherungen Risikoversicherungen		Einzelversicherungen Rentenversicherungen (einschl. Berufsunfähigkeits- und Pflegerentenversicherungen) ohne sonstige Lebensversicherungen		Einzelversicherungen Sonstige Lebensversicherungen		Kollektivversicherungen	
Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR
27 701	16 411	280 384	150 753	9 636	5 753	75 647	17 694
5 466	4 334	17 405	13 018	715	640	18 937	1 639
-	69	-	4 199	-	116	-	396
-	-	49	-	1	-	12	2 524
5 466	4 403	17 454	17 217	716	756	18 949	4 559
46	38	1 163	268	20	3	188	26
767	355	7 235	2 179	11	90	8 237	815
376	375	7 350	8 355	688	550	2 417	984
765	371	1 602	1 442	3	-	946	320
-	-	-	-	-	-	15	181
1 954	1 139	17 350	12 244	722	643	11 803	2 326
31 213	19 675	280 488	155 726	9 630	5 866	82 793	19 927

bezogen auf Beitrag und Versicherungssumme niedriger als in den Vorjahren.

Einzelversicherungen Risikoversicherungen		Einzelversicherungen Rentenversicherungen (einschl. Berufsunfähigkeits- und Pflegerentenversicherungen) ohne sonstige Lebensversicherungen		Einzelversicherungen Sonstige Lebensversicherungen		Kollektivversicherungen	
Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme in TEUR	Anzahl der Versicherungen	12fache Jahresrente in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in TEUR
27 701	2 189 105	280 384	4 722 197	9 636	213 029	75 647	1 122 029
(1 222)	(26 753)	(112 233)	(1 145 089)	(3 869)	(43 318)	(43 747)	(659 390)
31 213	2 532 481	280 488	4 917 684	9 630	216 733	82 793	1 152 948
(1 376)	(30 061)	(113 912)	(1 207 248)	(3 835)	(43 192)	(44 207)	(667 767)

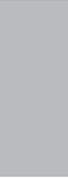
Berufsunfähigkeits- oder Invaliditäts-Zusatzversicherungen		Risiko- und Zeitrenten-Zusatzversicherungen		Sonstige Zusatzversicherungen	
Anzahl der Versicherungen	12fache Jahresrente in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in TEUR
27 519	687 908	2 270	129 907	574	12 915
27 276	670 903	2 799	143 752	568	14 190

Jahresüberschuss und Gewinnverwendungsvorschlag

	EUR
Gesamtüberschuss	45 584 716,13
Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung	44 084 716,13
Jahresüberschuss	1 500 000,00
Einstellung in die gesetzliche Rücklage	75 000,00
Bilanzgewinn	1 425 000,00

Der Hauptversammlung wird folgende Gewinnverwendung vorgeschlagen:

Einstellung in andere Gewinnrücklagen	1 425 000,00
---------------------------------------	--------------



Bilanz zum 31. Dezember 2012

Aktiva

	EUR	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände					
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				416 558,00	223
B. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			913 446,74		814
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		74 000,00			74
2. Beteiligungen		3 119 545,12			3 228
			3 193 545,12		3 302
III. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		238 211 018,53			237 471
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		1 156 326 225,33			1 101 001
3. Hypotheken-, Grund- und Rentenschuldforderungen		6 411 973,65			7 310
4. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuld- verschreibungen	580 909 480,27				468 092
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	916 291 253,59				829 559
c) Darlehen und Vorauszahl- ungen auf Versicherungs- scheine	2 805 262,05				2 998
d) übrige Ausleihungen	20 472 788,86	1 520 478 784,77			20 473
5. Einlagen bei Kreditinstituten		11 500 000,00			47 500
6. Andere Kapitalanlagen		50 000 000,00			50 000
			2 982 928 002,28		2 764 404
				2 987 034 994,14	2 768 520

	EUR	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
C. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen				90 486 011,70	79 925
D. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer					
a) fällige Ansprüche	3 072 290,91				3 383
b) noch nicht fällige Ansprüche	30 427 672,00	33 499 962,91			29 056
2. Versicherungsvermittler		8 363 739,72			7 911
			41 863 702,63		40 350
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft			3 152 101,06		4 102
III. Sonstige Forderungen davon verbundenen Unternehmen: EUR 1 798 161,09 (1 207 563,89)			4 401 333,31		3 410
				49 417 137,00	47 862
E. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen und Vorräte			3 381 310,46		3 642
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			10 906 318,45		4 717
III. Andere Vermögensgegenstände			6 935 777,84		12 497
				21 223 406,75	20 856
F. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			46 994 899,46		32 261
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			101 820,41		190
				47 096 719,87	32 451
				3 195 674 827,46	2 949 837

Bilanz zum 31. Dezember 2012

Passiva

	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital		31 188 804,75		31 189
II. Kapitalrücklage		650 773,13		651
III. Gewinnrücklagen				
1. gesetzliche Rücklage	1 052 707,18			977
2. andere Gewinnrücklagen	11 853 728,25	12 906 435,43		11 189
IV. Bilanzgewinn		1 425 000,00		665
			46 171 013,31	44 671
B. Nachrangige Verbindlichkeiten			26 000 000,00	26 000
C. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	23 387 267,00			22 678
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	316 816,00	23 070 451,00		321
II. Deckungsrückstellung		2 727 303 124,00		2 513 690
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	7 944 966,00			6 778
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	2 030 604,00	5 914 362,00		2 571
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		135 792 118,60		113 940
			2 892 080 055,60	2 654 194
D. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird			90 486 011,17	79 925
E. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		11 298 049,00		10 143
II. Steuerrückstellungen		1 353 365,00		1 002
III. Sonstige Rückstellungen		8 238 449,35		13 962
			20 889 863,35	25 107
F. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			618 936,00	512

	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
G. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber				
1. Versicherungsnehmern	107 596 203,41			106 175
2. Versicherungsvermittlern	7 153 544,67			10 142
		114 749 748,08		116 317
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		222 900,00		29
III. Sonstige Verbindlichkeiten				
davon:				
aus Steuern: EUR 819 904,88 (713 457,13)				
verbundene Unternehmen:				
EUR 2 366 709,17 (1 601 914,89)		4 456 299,95		3 082
			119 428 948,03	119 428
			3 195 674 827,46	2 949 837

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten C. II. und D. der Passiva eingestellten Deckungsrückstellungen unter Beachtung des § 341f HGB sowie der aufgrund des § 65 Absatz 1 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden sind; für den Altbestand im Sinne des § 11c VAG und Artikel 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG ist die Deckungsrückstellung nach den genehmigten bzw. zur Genehmigung eingereichten Geschäftsplänen berechnet worden.

Dresden, den 14. März 2013

Der Verantwortliche Aktuar
Karsten Domke

Ich bestätige gemäß § 73 VAG, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Dresden, den 21. März 2013

Der Treuhänder
Ulrich Franzen

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

Gesamtes Versicherungsgeschäft

	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	414 900 235,64			412 890
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	9 091 722,55			8 072
		405 808 513,09		404 818
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	- 709 597,00			-6 429
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	- 3 795,75			321
		- 713 392,75		-6 108
			405 095 120,34	398 710
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			7 167 569,00	8 709
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		25 000,00		-
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücks- gleichen Rechten und Bauten einschließ- lich der Bauten auf fremden Grundstücken	58 088,05			52
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	114 680 248,76			109 401
		114 738 336,81		109 453
c) Erträge aus Zuschreibungen		112 516,55		18
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		89 086 541,76		255
			203 962 395,12	109 726
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			14 748 603,79	7 179
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			1 499 859,18	10 518
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	230 591 272,56			309 202
bb) Anteil der Rückversicherer	2 331 710,00			2 545
		228 259 562,56		306 657
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	1 167 104,00			-1 207
bb) Anteil der Rückversicherer	540 702,00			258
		1 707 806,00		- 949
			229 967 368,56	305 708
7. Veränderung der sonstigen versicherungs- technischen Netto-Rückstellungen			224 174 228,66	107 294

	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		44 084 716,13		11 376
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen	44 583 300,97			51 001
b) Verwaltungsaufwendungen	7 043 602,69			6 888
c) davon ab:		51 626 903,66		57 889
erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		5 425 400,03		9 155
		46 201 503,63		48 734
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		2 590 600,00		2 414
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		1 922 031,83		20 971
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		50 471 762,64		709
		54 984 394,47		24 094
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen		5 944 813,61		17 473
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung		19 265 517,49		12 970
13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung		7 851 004,88		7 193
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		29 914 862,52		28 932
2. Sonstige Aufwendungen		34 817 171,12		34 800
		-4 902 308,60		-5 868
3. Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit		2 948 696,28		1 325
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		1 415 518,67		593
5. Sonstige Steuern davon Organschaftsumlage EUR 21 851,95 (25 248,82)		33 177,61		32
		1 448 696,28		625
6. Jahresüberschuss		1 500 000,00		700
7. Einstellung in Gewinnrücklagen in die gesetzliche Rücklage		75 000,00		35
8. Bilanzgewinn		1 425 000,00		665

Anhang

Grundlagen der Rechnungslegung

Der Jahresabschluss und der Lagebericht wurden entsprechend den Vorschriften des HGB, des AktG, des VAG und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) in der zum 31.12.2012 geltenden Fassung aufgestellt.

Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ermittlungsmethoden

Aktiva

Die immateriellen Vermögensgegenstände wurden zu Anschaffungskosten und gemäß ihrer Nutzungsdauer um planmäßig lineare Abschreibungen reduziert bilanziert.

Grundstücke und Bauten wurden mit den Anschaffungskosten bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige und eventuelle außerplanmäßige Abschreibungen, bilanziert. Der Zeitwert der Grundstücke wurde entweder nach dem von der Aufsichtsbehörde empfohlenen vereinfachten Ertragswertverfahren für die Bestimmung von Anrechnungswerten im Sicherungsvermögen ermittelt oder durch ein Gutachten nachgewiesen.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wurden mit den um Abschreibungen verminderten Anschaffungskosten aktiviert. Die Ermittlung der Zeitwerte erfolgte in zwei Fällen durch Anwendung der Equity-Methode. Für eine Beteiligung fand ein externes Wertgutachten Verwendung, bei den übrigen Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen wurde der Zeitwert mit den Anschaffungskosten angesetzt.

Investmentanteile, andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und Inhaberschuldverschreibungen sind mit den um Abschreibungen verminderten Anschaffungskosten aktiviert worden. Ihr Zeitwert wurde mit den zum Abschlussstichtag ermittelten Wertpapierkursen angesetzt. Am Bilanzstichtag erfolgte die Bewertung der im Umlaufvermögen befindlichen Wertpapiere nach dem strengen Niederstwertprinzip. Die im Anlagevermögen befindlichen Wertpapiere wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Bei den auf fremde Währung lautenden Wertpapieren und Anteilen wurden alle Geschäftsvorgänge in der Originalwährung erfasst und zum jeweiligen Tageskurs (Devisenkassamittelkurs) in Euro umgerechnet. Zum Bilanzstichtag wurden die Forderungen und Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von einem Jahr oder weniger mit dem Devisenkassakurs umgerechnet.

Die Gewinne und Verluste aus der Umrechnung sind gemäß § 256a HGB erfolgswirksam erfasst worden.

Grundsichforderungen, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen, Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine, übrige Ausleihungen sowie Einlagen bei Kreditinstituten wurden mit den um Abschreibungen verminderten Anschaffungskosten aktiviert. Die Zeitwerte wurden durch die Barwertmethode bestimmt und gegebenenfalls um bonitätsabhängige Spreads angepasst.

Zero-Inhaberschuldverschreibungen, Zero-Namensschuldverschreibungen und Zero-Schuldscheindarlehen wurden mit ihren Anschaffungskosten zuzüglich der jeweils auf Grund der kapitalabhängigen Effektivverzinsung ermittelten Zinsforderung aktiviert. Die Zeitwerte wurden durch die Barwertmethode bestimmt und gegebenenfalls um bonitätsabhängige Spreads angepasst.

Andere Kapitalanlagen sind mit den Anschaffungskosten aktiviert. Der Zeitwert wurde mit dem Barwertverfahren ermittelt, angepasst um bonitätsabhängige Spreads.

Im Zuge der Gesetzesänderung des § 341 c HGB wurde im Geschäftsjahr 2011 von Nennwertbilanzierung auf Bilanzierung zu fortgeführten Anschaffungskosten umgestellt. Bei allen Rentenpapieren wurden Agio- und Disagioträge durch Amortisationen mit der Effektivzinsmethode auf die Laufzeit verteilt.

Die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice wurden gemäß § 341 d HGB mit dem Zeitwert unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Vorsicht bewertet.

Wegen des allgemeinen Zahlungsausfallrisikos wurden die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer und Versicherungsvermittler pauschal wertberichtigt. Außerdem erfolgten bei Forderungen gegenüber ausgeschiedenen Vermittlern Einzelwertberichtigungen.

Die Bewertung der Betriebs- und Geschäftsausstattung erfolgte zu den Anschaffungskosten, vermindert um steuerlich zulässige Abschreibungen.

Sonstige Aktivposten wurden mit den Nominalwerten ausgewiesen.

Passiva

Die Beitragsüberträge wurden für jede einzelne Versicherung exakt nach der Zahlweise und dem jeweiligen Fälligkeitstermin ermittelt. Die nicht übertragbaren periodenabhängigen Kosten und rechnungsmäßigen Inkassokosten wurden abgesetzt.

Die Deckungsrückstellung für das selbst abgeschlossene Geschäft einschließlich der darin enthaltenen Überschussbeteiligung und die Forderungen an Versicherungsnehmer (Aktiva D.I.1.b) sind mit Ausnahme der fondsgebundenen Lebensversicherung für jede Versicherung einzelvertraglich, prospektiv und mit implizit angesetzten Kosten berechnet. Bei der fondsgebundenen Lebensversicherung wurde die Deckungsrückstellung retrospektiv berechnet. Verwaltungskostenrückstellungen wurden für fondsgebundene Rentenversicherungen mit Bindung an ein Garantiezertifikat gebildet. Die Deckungsrückstellung der fondsgebundenen Lebensversicherung entspricht dem Wert der Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice. Die in der Bilanz unter den Posten C. II. und D. der Passiva eingestellten Deckungsrückstellungen sind unter Beachtung von § 341f HGB sowie der aufgrund § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden. Für die Zinszusatzreserve wurde der Deckungsrückstellung ein Betrag in Höhe von 17 314 TEUR zugeführt, per 31.12.2012 beträgt die gesamte Zinszusatzreserve innerhalb der Deckungsrückstellung 22 473 TEUR. Darüber hinaus enthält die Deckungsrückstellung pauschale Beträge zur Anpassung der Deckungsrückstellung an aktuelle Rechnungsgrundlagen, für kapitalbildende Versicherungen mit eingeschränkter Gesundheitsprüfung, für die notwendige Auffüllung der Deckungsrückstellung aufgrund des BGH-Urteils vom 25.07.2012 und die Nichteinhaltung des einkalkulierten Geschlechtermix bei den Unisexstarifen. Die Rechnungsgrundlagen wurden für Rentenversicherungen aktualisiert. Die Anpassung erfolgte entsprechend den seit 2004 veröffentlichten DAV-Richtlinien und der Verlautbarung der BaFin für den Altbestand nach dem Ergänzungsgeschäftsplan. Bei den Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen bis Tarifwerk 1994 ist Grundlage für die Aktualisierung der Rechnungsgrundlagen das BAV-Rundschreiben aus VerBAV 12/98 sowie der genehmigte Geschäftsplan für den Altbestand. Bei kapitalbildenden Versicherungen mit eingeschränkter Gesundheitsprüfung wurde eine Rückstellung aus noch nicht verbrauchten Risikobeiträgen gebildet. Insgesamt sind somit 17 573 TEUR in der Deckungsrückstellung enthalten.

Für die wesentlichen Teilbestände des Altbestandes wurden - bei Kapitalversicherungen die Sterbetafeln 1986 mit einem Rechnungszins von 3,5 % und einem Zillmersatz von 35 ‰ der Versicherungssumme

- bei Rentenversicherungen die Sterbetafeln 1987R mit einem Rechnungszins von 3,5 % und einem Zillmersatz von 35 % der Jahresrente sowie für die Berechnungen zur Ermittlung der Auffüllungsbeträge die DAV-Sterbetafeln 1994R mit einem Rechnungszins von 4 % und die DAV-Sterbetafel 2004R B8, bei laufender Rentenzahlung DAV-Sterbetafel 2004R B20, mit unternehmensindividuell bestimmten Werten für Storno- und Kapitalabfindungswahrscheinlichkeit als Rechnungsgrundlagen verwendet.

Den Berechnungen für die wesentlichen Teilbestände des Neubestandes liegen

- bei Kapitalversicherungen die DAV-Sterbetafeln 1994T sowie ein Rechnungszins von 4 %, 3,25 %, 2,75 %, 2,25 % bzw. 1,75 % und ein Zillmersatz von 40 ‰ der Beitragssumme
- bei Rentenversicherungen – abgeschlossen bis einschließlich Juli 2004 – die DAV-Sterbetafeln 1994R mit einem Rechnungszins von 4 %, 3,25 % bzw. 2,75 % und einem Zillmersatz von 40 ‰ der Beitragssumme sowie für die Berechnungen zur Ermittlung der Auffüllungsbeträge die DAV-Sterbetafeln 2004R B8, bei laufender Rentenzahlung DAV-Sterbetafel 2004R B20, mit unternehmensindividuell bestimmten Werten für Storno- und Kapitalabfindungswahrscheinlichkeit
- bei Rentenversicherungen – abgeschlossen ab August 2004 – die DAV-Sterbetafel 2004R mit einem Rechnungszins von 2,75 %, 2,25 % bzw. 1,75 % und einem Zillmersatz von 40 ‰ der Beitragssumme
- bei Rentenversicherungen nach AVmG – abgeschlossen ab Januar 2006 – die Unisex-Sterbetafel (abgeleitet aus der DAV-Sterbetafel 2004R) mit einem Rechnungszins von 2,75 %, 2,25 % bzw. 1,75 % und einem Zillmersatz von 9 ‰ der Beitragssumme in den ersten 5 Versicherungsjahren zugrunde.

Für die Berechnung der Zinszusatzreserve wurde ein Referenzzins von 3,64 % verwendet.

Die von uns eingesetzten biometrischen Rechnungsgrundlagen sind von der DAV hergeleitet worden und tragen den Erfordernissen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) Rechnung. Nähere Hinweise über die Herleitung dieser biometrischen Rechnungsgrundlagen finden sich in den Blättern der Deutschen Gesellschaft für Versicherungs- und Finanzmathematik e.V. (DGVFM), zu beziehen über den Springer Verlag Berlin/Heidelberg (www.springerlink.com). Weitere, nicht in den Blättern der DGVFM veröffentlichte Hinweise finden sich unter www.aktuar.de.

Anhang

Bei der Berechnung der Bonus- und Verwaltungskostenrückstellungen im Altbestand sowie im Neubestand liegen die gleichen Rechnungsgrundlagen vor wie bei der zugehörigen Hauptversicherung. Die Bildung einer Verwaltungskostenrückstellung war beim Bonus nicht erforderlich.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurde für jeden bis zum Abschlussstichtag eingetretenen und bis zum Zeitpunkt der Bestandsfeststellung bekannt gewordenen Versicherungsfall einzeln in Höhe der zu erwartenden Leistung angesetzt. Für jeden Versicherungsfall, der bis zum Abschlussstichtag eingetreten, jedoch erst nach der Bestandsfeststellung bekannt geworden ist, wurde in Höhe der unter Risiko stehenden Summe eine Spätschadenrückstellung gebildet. Für unbekannte Spätschäden wurde ein Pauschalzuschlag auf der Grundlage der eingetretenen Vorjahresspätschäden berücksichtigt. Die Rückstellung für Regulierungsaufwendungen wurde entsprechend dem BMF-Erlass vom 02.02.1973 mit 1 % der in Frage kommenden Rückstellungen gebildet.

Das in Rückdeckung übernommene Geschäft wurde nach Vorgabe des Vorversicherers bilanziert.

Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Geschäft wurden entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen ermittelt.

Bei Pensionsrückstellungen erfolgte die Bewertung der Vorsorgeverpflichtungen nach § 253 Abs. 1 und 2 HGB mit dem Teilwertverfahren bzw. der PUC-Methode und der Deferred Compensation mit dem Anwartschaftsbarwertverfahren unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck und einem Zinssatz von 5,05 %. Bei gehaltsabhängigen Pensionszusagen wurde eine erwartete Gehaltssteigerung von 3,0 % sowie eine Rentendynamik von 1,5 % zugrunde gelegt.

Die Rückstellung für zu erwartende Verpflichtungen aus Altersteilzeitvereinbarungen wurde unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck auf der Grundlage des IDW-RS HFA 3 für geregelte Fälle mit einem Zinssatz von 3,81 % und für unregelte Fälle von 4,1 % sowie einem Entgeltrend von 2,0 % p.a. gebildet. Die durchschnittliche Restlaufzeit der Verpflichtungen des Bestandes von zwei Jahren wurde berücksichtigt. Die Altersteilzeitrückstellung wurde mit Vermögensgegenständen, die ausschließlich der Erfüllung dieser Schuld dienen und dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind, gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet. Die entsprechenden Wertpapiere wurden gemäß § 253 Absatz 1 HGB mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet.

Die Bewertung des Verpflichtungsumfangs für Dienstjubiläen wurde im Rahmen des § 253 Abs. 1 und 2 HGB mit der PUC-Methode unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck und einem Zinssatz von 5,05 % vorgenommen. Es wurde eine Fluktuation von 5,3 %, eine erwartete Gehaltssteigerung von 2,0 % und eine Regelaltersgrenze von 67 Jahren zugrunde gelegt.

Die sonstigen Rückstellungen wurden nach dem voraussichtlichen Bedarf gebildet.

Verbindlichkeiten wurden mit ihren Rückzahlungsbeträgen angesetzt.

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Gegenüber einem Unternehmen, mit dem ein Beteiligungsverhältnis besteht, ergaben sich Nachschussverpflichtungen in Höhe von 1 336 TEUR. Aufgrund der derzeitigen wirtschaftlichen Lage des Beteiligungsunternehmens wird das Risiko der Inanspruchnahme aus der Nachschussverpflichtung als gering eingestuft.

Gegenüber einem Unternehmen bestehen Verpflichtungen aus nicht eingezahltem Stammkapital in Höhe von 420 TEUR.

Die Gesellschaft ist gemäß §§ 124 ff. VAG Mitglied des Sicherungsfonds für die Lebensversicherer. Der Sicherungsfonds kann Sonderbeiträge in Höhe von 1 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen erheben; dies entspricht einer Verpflichtung von 3 699 TEUR.

Zusätzlich hat sich die Gesellschaft verpflichtet, dem Sicherungsfonds oder alternativ der Protektor Lebensversicherungs-AG finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, sofern die Mittel des Sicherungsfonds bei einem Sanierungsfall nicht ausreichen. Die Verpflichtung beträgt 1 % der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen unter Anrechnung der zu diesem Zeitpunkt bereits an den Sicherungsfonds geleisteten Beiträge. Unter Einschluss der oben genannten Einzahlungsverpflichtungen aus den Beitragszahlungen an den Sicherungsfonds beträgt die Gesamtverpflichtung zum Bilanzstichtag 33 025 TEUR. Die Inanspruchnahme ist von einem Sanierungsfall abhängig. Derzeit ist kein Konkurs einer Lebensversicherung bekannt. Deshalb wird die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme als gering eingestuft.

Die Gesellschaft hat aufgrund der Neuregelung des Versicherungsvermittlerrechts für ihre gewerbsmäßig tätigen Versicherungsvermittler mit einer uneingeschränkten Haftungsübernahme einen Gruppenvertrag zur Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung abgeschlossen. Dieser bezieht sich auf die

Grunddeckung Außendienst:

- auf die Grunddeckung von 1,13 Mio. EUR für Vermögensschäden; Gesamtleistung für alle Versicherungsfälle eines Jahres beträgt das Doppelte dieser Versicherungssumme (2,26 Mio. EUR)
- Für die Vermittlung von Finanzdienstleistungen steht eine separate Versicherungssumme von 200 TEUR, begrenzt auf 400 TEUR je Versicherungsjahr, zur Verfügung.

erweiterte Deckung Außendienst:

- auf einen erweiterten Versicherungsschutz von 4 Mio. EUR für Vermögensschäden im Anschluss an 1,3 Mio. EUR für Vermögensschäden aus der Grunddeckung; die Gesamtleistung für alle Versicherungsfälle eines Jahres beträgt das Doppelte dieser Versicherungssumme (8 Mio. EUR); dieser Versicherungsschutz gilt für alle im Firmenkundengeschäft tätigen selbständigen Vermittler und deren im Firmenkundengeschäft tätigen selbständigen Außendienstmitarbeiter.

Grunddeckung nebenberufliche Vermittler Innendienst:

- auf die Grunddeckung von 1,13 Mio. EUR für Vermögensschäden; Gesamtleistung für alle Versicherungsfälle eines Jahres beträgt das Doppelte dieser Versicherungssumme (2,26 Mio. EUR)

Latente Steuern

Latente Steuern werden nicht ausgewiesen, da der bestehende Aktivüberhang unter Ausnutzung des Wahlrechts des § 274 HGB bilanziell nicht angesetzt wird. Die aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus Unterschieden zwischen handelsrechtlicher und steuerlicher Bewertung der Pensionsrückstellungen, der steuerlichen Nichtanerkennung von handelsrechtlicher Abschreibungen auf Kapitalanlagen sowie Differenzen zwischen handelsrechtlich und steuerlich zu erfassenden Erträgen aus Fondsanlagen.

Nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte

Die Gesellschaft least selbst genutzte Teile des Verwaltungsgebäudes An der Flutrinne 12 in Dresden zur Durchführung des laufenden Geschäftsbetriebes. Aus diesem Vertrag werden keine Risiken erwartet.

Anhang

Entwicklung der Aktivposten A, B I bis III im Geschäftsjahr 2012

	Bilanzwerte Vorjahr TEUR	Zugänge TEUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	223	349
B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	815	-
B II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	74	-
2. Beteiligungen	3 228	1 800
3. Summe B II.	3 302	1 800
B III. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	237 472	238 211
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1 101 001	518 343
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	7 310	1
4. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	468 092	112 951
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	829 559	252 435
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	2 997	788
d) übrige Ausleihungen	20 473	-
5. Einlagen bei Kreditinstituten	47 500	-
6. Andere Kapitalanlagen	50 000	-
7. Summe B III.	2 764 404	1 122 729
Insgesamt	2 768 744	1 124 878

Umbuchungen	Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr
TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
-	-	-	155	417
-	-	107	8	914
-	-	-	-	74
-	-	5	1 914	3 119
-	-	5	1 914	3 193
-	237 472	-	-	238 211
-	463 018	-	-	1 156 326
-	899	-	-	6 412
-	134	-	-	580 909
-	165 702	-	-	916 292
-	980	-	-	2 805
-	-	-	-	20 473
-	36 000	-	-	11 500
-	-	-	-	50 000
-	904 205	-	-	2 982 928
-	904 205	112	2 077	2 987 452

Anhang

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen (Angaben gemäß § 285 Nr. 11 HGB)

Anteile an verbundenen Unternehmen	Anteil %	Geschäftsjahr	Eigenkapital EUR	Jahresergebnis EUR
S-FinanzManagement Leipzig GmbH, Leipzig	50,0	2011	25 000	2 537
S-Mobil GmbH, Dresden	49,0	2011	100 000	39 295
SIV Mittelsachsen GmbH, Freiberg	5,0	2011	250 000	597 639

Beteiligungen	Anteil %
Protektor Lebensversicherungs-AG, Mannheim	0,15
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Sachsen mbH	4,93
UBB Vermögensverwaltungs GmbH	5,00
Beteiligungsgesellschaft für betriebliche Altersversorgung der öffentlichen Versicherer mbH, Düsseldorf	2,60
BVS BetriebsVorsorge Service GmbH, München	3,70

Zeitwerte der Kapitalanlagen

	fortgeführte Anschaffungskosten TEUR	Zeitwert TEUR	Bewertungs- differenz TEUR
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	914	1 009	95
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	74	74	-
2. Beteiligungen	3 119	3 119	-
III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	238 211	239 261	1 050
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1 156 326	1 317 950	161 624
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	6 412	7 095	683
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	580 909	651 651	70 742
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	916 292	993 483	77 191
c) Darlehen und Vorauszahlungen Versicherungsscheine	2 805	4 246	1 441
d) übrige Ausleihungen	20 473	19 108	- 1 365
5. Einlagen bei Kreditinstituten	11 500	11 500	-
6. Andere Kapitalanlagen	50 000	53 298	3 298
Insgesamt	2 987 035	3 301 794	314 759

Der Zeitwert der zu fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesenen Kapitalanlagen betrug 3 301 794 TEUR (stille Reserven: 314 759 TEUR).

In den Lasten der zu Anschaffungskosten ausgewiesenen Kapitalanlagen enthalten sind nicht vorgenommene Abschreibungen in Höhe von 42 039 TEUR. Diese teilen sich wie folgt auf:

	Buchwert TEUR	nicht vorgenommene Abschreibungen TEUR
andere festverzinsliche Wertpapiere	144 858	13 646
sonstige Ausleihungen	271 715	28 393
Insgesamt	416 573	42 039

Bei den anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie den sonstigen Ausleihungen wird von einer Bedienung des Nominalwerts zur Fälligkeit ausgegangen, da 12 166 TEUR der nicht vorgenommenen Abschreibungen auf Staats- und Kommunalanleihen entfallen. Weitere 9 742 TEUR entfallen auf Pfandbriefe. 3 059 TEUR der nicht vorgenommenen Abschreibungen bestehen bei Kreditinstituten mit einem Mindestrating von A-. Weitere 7 723 TEUR stehen auf Wertpapieren der S-Finanzgruppe, welche durch die Institutssicherung zusätzliche Sicherheiten bietet.

Ab dem 01.09.2012 werden die Investitionen in Investmentfonds in einem Masterfonds gebündelt. Dieser ist in drei Segmente aufgeteilt. Hierfür wurde das Rentensegment auf weltweit börsengehandelte Rententitel höchster Bonität ausgerichtet. Das Aktiensegment bildet passiv weltweit börsengehandelte Aktien ab. Die Immobilien-Spezialfonds wurden in den Masterfonds nach bisheriger Zusammensetzung übernommen. Alle drei Segmente schlossen das Jahr mit stillen Reserven ab.

Auf Aktien bestanden weder im Direktbestand noch innerhalb von Investmentanteilen stille Lasten.

	Buchwert TEUR	Reserven TEUR	Ausschüttung TEUR
Rentensegment	119 088	51	1 098
Aktiensegment	34 220	420	-
Immobiliensegment	84 668	579	661

Die Rücknahme der Anteile der Immobilienfonds SEB Europe REI (20,0 Mio. EUR) und AIK Retail Germany Plus (10,0 Mio. EUR) ist jederzeit zum Monatsende möglich.

Währungsreserven

Zum Bilanzstichtag befanden sich mit Buchwert 46,9 Mio. EUR Öffentliche Pfandbriefe in dänischen Kronen (DKK) im Bestand. Darauf bestanden stille Lasten aus Fremdwährungen in Höhe von 65,7 TEUR.

Anhang

Nicht zum Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente

Bilanzposition	Struktur	Buchwert TEUR	Zeitwert TEUR
B.III.2.	Floater	10 000	10 570
	Floater mit Kündigungsrecht	4 992	5 012
B.III.4.a	Floater	100 000	97 926
B.III.4.b	Floater	20 000	17 704
	Floater mit Kündigungsrecht	10 000	9 892

Die Ermittlung der maßgebenden Bewertungsreserven, welche nach § 153 VVG in die Überschussbeteiligung einzubeziehen sind, wurde monatlich jeweils zum 2. Arbeitstag durchgeführt. Die Bewertungsreserven werden dem Versicherungsvertrag nach einem verursachungsorientierten Verfahren anteilig rechnerisch zugeordnet. Bei Beendigung des Vertrages, spätestens zu Beginn der Rentenzahlung, wird der dem Vertrag für diesen Zeitpunkt aktuell zugeordnete Betrag der Bewertungsreserven zur Hälfte zugeteilt und zur Erhöhung der Versicherungsleistung verwendet.

Um im Jahr 2012 zum Schutz des Gesamtbestandes die Auszahlung unerwartet hoher Bewertungsreserven zu vermeiden, wurde innerhalb des Beschlusses zur Gewinndeklaration festgelegt, dass ein Teil der Beteiligung der Versicherungsnehmer an den Bewertungsreserven in Form einer Sockelbeteiligung erfolgt. Die Sockelbeteiligung an Bewertungsreserven ist an die Schlussüberschussbeteiligung gekoppelt und betrug im Jahr 2012 60% der Schlussüberschussanteile.

Staatsanleihen in Peripherie-Staaten

	Buchwert TEUR	Zeitwert TEUR
Portugal	4 582	3 355
Italien	21 171	20 723
Irland	9 938	10 258
Insgesamt	35 691	34 336

Das politische Bemühen, die Schuldenkrise der EU-Staaten nachhaltig beherrschbar zu machen, ist nach wie vor vorhanden. Sowohl der ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) als auch der EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität) stellen geeignete Mittel dar, die europäische Schuldenkrise nachhaltig überwinden zu können. Im Rahmen der Risikoreduktion der Kapitalanlagen wurde der Bestand in Peripherie-staaten auf 35 691 TEUR (118 667 TEUR) abgebaut.

Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern
von Lebensversicherungspolice

Bezeichnung des Fonds	Bilanzwert EUR	Stück
DekaFonds	178 883,63	2 433
AriDeka	33 843,32	665
Deka Bund + Finanz 1-3 TF	195 151,23	4 586
Deka-EuropaBond TF	79 082,34	1 881
WestInvest InterSelect	33 340,41	707
Deka-Zielfonds 2050-2054	13 674,37	417
Deka-Zielfonds 2015-2019	115 701,93	2 545
Deka-Zielfonds 2020-2024	113 601,37	2 644
Deka-Zielfonds 2025-2029	146 763,45	3 440
Deka-Zielfonds 2030-2034	173 051,65	3 793
Deka-GlobalChampions TF	42 165,33	435
Deka-Zielfonds 2035-2039	71 529,21	2 125
Deka-Zielfonds 2040-2044	99 474,14	2 968
Deka-Zielfonds 2045-2049	20 403,50	609
Deka-Europa DiscountStrategie CF	1 873,36	18
DekaLux-MidCap TF (A)	5 348,10	120
DekaStruktur: 2 ErtragPlus	2 269 968,98	51 380
DekaStruktur: 2 Wachstum	5 425 598,30	136 872
DekaStruktur: 2 Chance	7 254 529,81	219 701
DekaStruktur: 2 ChancePlus	37 725 109,95	1 265 943
IFM AktienfondsSelekt	87 523,41	1 524
WestLB Mellon Compass Fund-Global E.M.Fund	44 675,07	4 371
Deka-Global ConvergenceRenten CF	3 545,07	76
Deka-Commodities TF (A)	77 779,89	1 090
Deka-GeldmarktPlan TF	36 290,20	37
DekaStruktur: V ErtragPlus	471 647,19	5 162
DekaStruktur: V Wachstum	917 585,00	10 319
DekaStruktur: V Chance	873 864,10	10 766
DekaStruktur: V ChancePlus	13 376 259,79	150 380
Deka-TopGarant 2018-2021	367 801,76	3 597
Deka-TopGarant 2022-2025	352 750,41	3 710
Deka-TopGarant 2026-2029	309 033,84	3 379
Deka-TopGarant 2030-2033	307 344,30	3 694
Deka-TopGarant 2034-2037	121 182,51	1 551
Deka-TopGarant 2038-2041	84 007,96	1 125
Deka-TopGarant 2042-2045	76 181,59	1 045
Deka-TopGarant 2046-2049	45 797,13	590
Deka-TopGarant 2050-2053	61 290,80	814
Rainbow Certificate (01.12.2008/2020)	4 579 736,50	36 350
Millenium Certificate (01.12.2009/2021)	4 191 276,30	42 170
Millenium Certificate (01.10.2010/2015)	634 365,00	6 350
Millenium Certificate (01.12.2010/2022)	9 466 979,50	91 850

Anhang

Andere Vermögensgegenstände

Hierbei handelt es sich um vorausgezahlte Versicherungsleistungen.

Aktive Rechnungsabgrenzung

Die sonstige Rechnungsabgrenzung beinhaltet vorausgezahlte Aufwendungen, die das Folgejahr betreffen.

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital beträgt 31 189 TEUR. Es ist eingeteilt in 61 000 auf den Namen lautende Stückaktien. Das Aktienkapital hält mit 99,84 % die S.V. Holding AG, Dresden. Die restlichen Anteile hält die Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG.

Die Mitteilung nach § 20 AktG ist der Gesellschaft ordnungsgemäß zugegangen.

Deckungsrückstellung

Gliederung der Deckungsrückstellung	Sterbetafel	Zinssatz in %	Zillmersatz in ‰ bis zu	Anteil an der Rückstellung in %
Kapitalbildende Versicherung	ADST 86	3,5	35 der Versicherungssumme	2,2
	DAV 94T	4,0	40 der Beitragssumme	6,0
	DAV 94T	3,25	40 der Beitragssumme	4,1
	DAV 94T	2,75	40 der Beitragssumme	3,6
	DAV 94T	2,25	40 der Beitragssumme	2,7
	DAV 94T	1,75	40 der Beitragssumme	1,2
	SVS-ST13Tuni	1,75	40 der Beitragssumme	0,1
	Rentenversicherung	ADST 87R	3,5	35 der zehnfachen Jahresrente
DAV 94R		4,0	40 der Beitragssumme	12,6
DAV 94R		3,25	40 der Beitragssumme	15,5
DAV 94R		2,75	40 der Beitragssumme	2,2
DAV 2004R		2,75	40 der Beitragssumme	12,4
DAV 2004R		2,25	40 der Beitragssumme	25,3
DAV 2004R		1,75	40 der Beitragssumme	3,2
SVS-ST13Runi		1,75	40 der Beitragssumme	0,6
SVS-ST06Runi		2,75	9 der Beitragssumme in den ersten 5 Versicherungsjahren	1,8
SVS-ST07Runi		2,75	9 der Beitragssumme in den ersten 5 Versicherungsjahren	2,7
SVS-ST06Runi		1,75	9 der Beitragssumme in den ersten 5 Versicherungsjahren	0,1
Summe				96,9

Gesetzliche Rücklage

	TEUR
Bilanzwert Vorjahr	978
Einstellung aus dem Jahresüberschuss des Geschäftsjahres	75
Bilanzwert Geschäftsjahr	1 053

Nachrangige Verbindlichkeiten

Die S.V. Holding AG, Dresden, hat der Gesellschaft in 2006 zur Stärkung der Kapitalausstattung ein Nachrangdarlehen in Höhe von 26 000 TEUR gewährt. Das Darlehen hat eine Laufzeit bis 2016.

Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

	TEUR
Bilanzwert Vorjahr	113 940
Zuführung	44 085
Entnahme für die Versicherungsnehmer	22 233
Bilanzwert Geschäftsjahr	135 792

Von dem zum 31.12.2012 ausgewiesenen Betrag der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entfallen gemäß § 28 Abs. 8 RechVersV auf

	TEUR
a) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	14 094
b) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlussüberschussanteile und Schlusszahlungen	801
c) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge für die Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven	2 254
d) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge zur Beteiligung an Bewertungsreserven, jedoch ohne Beträge nach Buchstabe c	446
e) den Teil des Schlussüberschussanteilfonds, der für die Finanzierung von Schlussüberschussanteilen und Schlusszahlungen zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach Buchstabe b	5 733
f) den Teil des Schlussüberschussanteilfonds, der für die Finanzierung der Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach Buchstabe c	52 370
g) den ungebundenen Teil	60 094

Die Berechnungen für den Schlussüberschussanteilfonds sind prospektiv und einzelvertraglich durchgeführt worden.

Für den Altbestand im Sinne des § 11c VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG wurde der Schlussüberschussanteilfonds als Barwert des erreichten Anspruchs auf den Schlussüberschussanteil am Ende des Geschäftsjahres unter Berücksichtigung der Ausscheidewahrscheinlichkeiten der jeweiligen Hauptversicherung und einem Gesamtdiskontsatz von 5,0 % berechnet. Der Schlussüberschussanteilfonds des Neubestandes wurde nach dem in § 28 RechVersV beschriebenen Verfahren mit einem Gesamtdiskontsatz von 5,0 % berechnet. Der darin enthaltene eigentliche Zinssatz erfüllt die Bedingungen des § 28 RechVersV.

Die Überschussanteile für die Versicherten sind auf den Seiten 53 – 71 dargestellt. Ebenso sind dort die Beträge zur Auffüllung der einzelvertraglich gebildeten Zusatzrückstellung für die Rentenversicherungen enthalten.

Anhang

Sonstige Rückstellungen

Hier sind u.a. Provisionsrückstellungen in Höhe von 3 861 TEUR, Rückstellungen für Erfolgsbeteiligungen mit 2 103 TEUR und für Altersteilzeitverpflichtungen mit 620 TEUR enthalten.

Rückstellungen für Altersteilzeit

	TEUR
Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände	353
Beizulegender Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände	353
Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden	973
Gebildete Rückstellungen für Altersteilzeit	620

Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern

Hier sind u.a. die den Versicherungsnehmern gutgeschriebenen Überschussanteile mit 62 965 TEUR enthalten, die bis zur Fälligkeit der Versicherungsleistung verzinslich angesammelt werden.

Sonstige Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren existieren nicht.

Beiträge

Gebuchte Bruttobeiträge des selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäfts	2012 TEUR	2011 TEUR
Einzelversicherungen laufende Beiträge	227 279	218 653
Einmalbeiträge	163 218	172 051
Kollektivversicherungen laufende Beiträge	20 009	17 234
Einmalbeiträge	4 036	4 608
	414 542	412 546
mit Gewinnbeteiligung bei denen das Kapitalanlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird	408 403	406 461
	6 139	6 085
	414 542	412 546

In Rückdeckung gegebenes Versicherungsgeschäft

	2012 TEUR	2011 TEUR
Anteile der Rückversicherer an		
verdienten Bruttobeiträgen	9 095	7 751
Brutto-Aufwendungen für Versicherungsfälle	1 791	2 288
Brutto-Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	5 425	9 155
Rückversicherungssaldo zu unseren Gunsten (-)/ zu unseren Lasten (+)	1 879	- 3 692

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	2012 TEUR	2011 TEUR
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	30 310	35 251
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	781	738
3. Löhne und Gehälter	14 880	15 601
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	2 395	2 318
5. Aufwendungen für Altersversorgung	453	1 958
6. Aufwendungen insgesamt	48 819	55 866

Anhang

Sonstige Angaben

Im Laufe des Geschäftsjahres waren durchschnittlich 277 Innendienst-Mitarbeiter und 418 Außendienst-Mitarbeiter angestellt.

Für das Berichtsjahr hat der Vorstand von der Gesellschaft 1 148 TEUR bezogen. Die Aufsichtsratsvergütungen betragen 81 TEUR.

Aufsichtsrat und Vorstand sind auf Seite 11 aufgeführt.

Der Jahresabschluss der Gesellschaft wird in den Konzernabschluss der Sachsen-Finanzgruppe, Leipzig, einbezogen. Dieser wird im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Für das Geschäftsjahr wurden vom Abschlussprüfer 121 TEUR für Abschlussprüfungsleistungen, 4 TEUR für Steuerberatungsleistungen und 33 TEUR für sonstige Leistungen berechnet.

Dresden, den 19. April 2013

Sparkassen-Versicherung Sachsen
Lebensversicherung AG



Gerhard Müller Hans-Jürgen Büdenbender Friedrich Scholl

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung Aktiengesellschaft, Dresden, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und

rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Stuttgart, den 22. April 2013

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Roland Oppermann
Wirtschaftsprüfer

Rüdiger Hildebrandt
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung der Gesellschaft ständig überwacht und sich über deren Lage und Entwicklung durch mündliche und schriftliche Berichte des Vorstands unterrichten lassen.

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012 sind durch die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, geprüft und mit den ordnungsgemäß geführten Büchern, den gesetzlichen Vorschriften und der Satzung in Übereinstimmung befunden worden. Der Aufsichtsrat hat von dem Prüfungsbericht, aufgrund dessen der Abschluss mit dem gesetzlichen Bestätigungsvermerk versehen wurde, Kenntnis genommen und erhebt keine Einwendungen.

Der Verantwortliche Aktuar hat an der Sitzung des Aufsichtsrats über die Feststellung des Jahresabschlusses teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse seines Erläuterungsberichts zur versicherungsmathematischen Bestätigung berichtet. Der Aufsichtsrat erhebt gegen den Bericht des Verantwortlichen Aktuars keine Einwendungen.

Der Aufsichtsrat billigt den Jahresabschluss und den Lagebericht des Vorstands. Er ist mit dem Vorschlag des Vorstands über die Verwendung des Bilanzgewinns einverstanden

und empfiehlt der Hauptversammlung, entsprechend zu beschließen.

Der Jahresabschluss ist hiermit festgestellt.

Dem Aufsichtsrat hat der Bericht des Vorstands über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen nach § 312 AktG vorgelegen. Beanstandungen haben sich nicht ergeben.

Die KPMG AG hat diesen Bericht ebenfalls geprüft und folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Aufsichtsrat hat zu dem Ergebnis der Prüfung der KPMG AG keine Anmerkungen und erhebt keine Einwendungen gegen die im Lagebericht des Vorstands enthaltene Schlussklärung.

Dresden, den 28. Mai 2013

Der Aufsichtsrat

Joachim Hoof
Vorsitzender

Überschussverteilung

Überschussanteile für die Versicherten im Jahr 2013

Für das im Geschäftsjahr 2013 beginnende bzw. endende Versicherungsjahr werden die nachstehend aufgeführten Überschussanteile vergütet. Dabei werden die genannten Schlussüberschussanteile für alle bis zum 31.12.2013 eintretenden Leistungsfälle gewährt.

Die Vergleichszahlen des Vorjahres 2012 werden nur dann – in Klammern () – genannt, wenn sie von den Zahlen des Geschäftsjahres 2013 abweichen.

Die laufende Gesamtverzinsung, die wir unseren Versicherungsnehmern in Anbetracht der Entwicklung an den Finanzmärkten bieten können, beträgt bei laufender Beitragszahlung 3,05 (3,40) %. Für Versicherungen gegen Einmalbeitrag nach den Tarifwerken ab 1994 beläuft sich die laufende Gesamtverzinsung auf maximal 2,8 %.

Im Tarifwerk 1992 gilt abweichend davon geschäftsplanmäßig eine laufende Gesamtverzinsung von generell 3,50 %.

Seit Beginn des Jahres 2008 beteiligen wir unsere Kunden gemäß § 153 VVG an den Bewertungsreserven. Bei Vertragsbeendigung, d. h. bei Ablauf des Vertrages, Tod oder Rückkauf, bei aufgeschobenen Rentenversicherungen spätestens zu Beginn der Rentenzahlung, wird eine Beteiligung an den Bewertungsreserven gemäß § 153 VVG gewährt. Die Bewertungsreserven werden zeitnah zum Fälligkeitstermin ermittelt. Bewertungsreserven schwanken sehr stark; sie können positiv oder negativ sein. Negative Bewertungsreserven gehen nicht zu Lasten unserer Kunden. Fondsgebundene Versicherungen erhalten gemäß VVG grundsätzlich keine Beteiligung an den Bewertungsreserven. Im Jahr 2013 wird eine Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven gewährt.

1 Einzel- und Gruppen-Kapital-Versicherungen (ohne Risikoversicherungen) und Vermögensbildungsversicherungen

1.1 Laufende Überschussanteile

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Überschussanteil ausgeschüttet, der sich aus Zins-, Risiko- und Kostenüberschussanteilen zusammensetzt. Dabei wird der Risiko- und Kostenüberschussanteil bei Vorliegen von negativen Kapitalerträgen zunächst mit diesen verrechnet.

Der Zinsüberschussanteil ZI bemisst sich in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals, welches auch evtl. geleistete Zuzahlungen berücksichtigt. Überschussberechtig

ist dabei ab dem Jahr 2011 das Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres.

Der Risikoüberschussanteil RI wird – in den Tarifwerken 1992 bis 2012 getrennt für Männer (RIM) und Frauen (RIF) – in Prozent des Beitrages für das Todesfall-Risiko angegeben und ist beim Tarifwerk 1992 auf 6 %, beim Tarifwerk 1994 auf 5 ‰ des unter Todesfall-Risiko stehenden Kapitals begrenzt.

Der Kostenüberschussanteil VK wird in Prozent des Tarifjahresbeitrages angegeben. Bei Versicherungen nach den Tarifwerken 2004 bis 2008 wird der Kostenüberschussanteil VK erstmals nach einer Wartezeit von drei Versicherungsjahren ausgeschüttet, bei den Tarifwerken ab 2010 nach einer Wartezeit von fünf Jahren.

Bei Versicherungen nach den Tarifwerken ab 2012 können den laufenden Überschussanteilen jährlich Kosten in Höhe von maximal 50 % der Überschusszuführung entnommen werden. Im Jahr 2013 beträgt die maximale Kostenentnahme 0 EUR.

Der jährliche Überschussanteil wird – nach Abzug des erforderlichen Betrages für eine evtl. vereinbarte Mehrleistung (vgl. Ziffer 3) – in der Regel zur Erhöhung der Versicherungsleistungen bei Tod und Ablauf (Bonus) verwendet. Der Bonus wird im Todes- (außer bei den Tarifen 3 und 3T) und Erlebensfall in voller Höhe gezahlt. Bei Rückkauf und bei den Tarifen 3 und 3T auch im Todes- bzw. Heiratsfall wird der Barwert des Bonus gewährt. Dieser Bonus ist ebenfalls überschussberechtig.

Es kann auch vereinbart werden, dass die jährlichen Überschussanteile verzinslich angesammelt werden. Bei verzinslicher Ansammlung der jährlichen Überschussanteile werden diese mit insgesamt 3,05 (3,40) % p. a. verzinst. Dieser Gesamtzins setzt sich dabei aus einem rechnungsmäßigen Zins und einem überrechnungsmäßigen Zins, dem Ansammlungsüberschussanteil, zusammen. Das verzinslich angesammelte Überschussguthaben wird für nicht vollendete Jahre höchstens mit dem Rechnungszins verzinst.

Bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen kann auch vereinbart werden, dass der jährliche Überschussanteil mit den Beiträgen des Folgejahres verrechnet wird (Barüberschussanteile).

Bei den Tarifwerken ab 2004 kann auch vereinbart werden, dass die jährlichen Überschussanteile in Fonds angelegt werden.

Überschussverteilung

Durch die Vereinbarung einer anfänglichen Todesfallmehrleistung (vgl. Ziffer 3) erhöht sich der Versicherungsschutz schon ab Versicherungsbeginn. Die hierfür jeweils zum Beginn eines Versicherungsjahres benötigten Beiträge werden zu Lasten der alljährlich am Ende des Versicherungsjahres zuzuteilenden Überschussanteile vorfinanziert und später (aufgezinst mit dem auch bei verzinslicher Ansammlung maßgeblichen Gesamtzinssatz von derzeit 3,05 % p. a.) mit diesen verrechnet. Verbleibt nach dieser Verrechnung ein positiver Saldo, so wird dieser entsprechend der getroffenen Vereinbarung weiterverwendet. Ein sich eventuell ergebender negativer Saldo wird solange fortgeschrieben (aufgezinst mit dem auch bei verzinslicher Ansammlung maßgeblichen Gesamtzinssatz von derzeit 3,05 % p. a.), bis er durch spätere verbleibende positive jährliche Überschussanteile vollständig getilgt ist.

Auch wenn keine anfängliche Todesfallmehrleistung vereinbart wurde, kann sich aufgrund der mit dem Abschluss des Vertrages verbundenen einmaligen Kosten ein negativer Saldo ergeben. Dieser negative Saldo wird solange fortgeschrieben (aufgezinst mit dem auch bei verzinslicher Ansammlung maßgeblichen Gesamtzinssatz von derzeit 3,05 % p. a.), bis er durch spätere verbleibende positive jährliche Überschussanteile vollständig getilgt ist. Ein verbleibender positiver Saldo (jährlicher Überschussanteil) wird entsprechend der getroffenen Vereinbarung verwendet.

Für die einzelnen Tarifarten/Tarifwerke gelten folgende Überschussanteilsätze:

Einzel-Kapitalversicherungen (ohne Vermögensbildungsversicherungen), Sammelversicherungen nach Einzel- und Sondertarifen

Tarifwerk	Rechnungszins in %	Überschussanteilsätze			
		ZI in %	RIM in %	RIF in %	VK in %
1992	3,50	0,00	60	60	0,6
1994	4,00	0,00	40	35	0,6
2000	3,25	0,00 (0,15)	40	35	0,6
2004, 2005	2,75	0,30 (0,65)	40	35	0,6
2007, 2008, 2010	2,25	0,80 (1,15)	40	35	0,6
2012	1,75	1,30 (1,65)	40	35	0,6
2013	1,75	1,30	40	40	0,6

Vermögensbildungsversicherungen

Tarifwerk	Rechnungszins in %	Überschussanteilsätze			
		ZI in %	RIM in %	RIF in %	VK in %
1992	3,50	0,00	-	-	-
1994	4,00	0,00	-	-	-
2000	3,25	0,00 (0,15)	-	-	-
2004, 2005	2,75	0,30 (0,65)	-	-	-
2007, 2008, 2010	2,25	0,80 (1,15)	-	-	-
2012	1,75	1,30 (1,65)	-	-	-
2013	1,75	1,30	-	-	-

Gruppen-Kapitalversicherungen nach Einzel- und Sondertarifen

Tarifwerk	Rechnungszins in %	Überschussanteilsätze			
		ZI in %	RIM in %	RIF in %	VK in %
1992	3,50	0,00	60	60	0,6
1994	4,00	0,00	40	35	0,0
2000	3,25	0,00 (0,15)	40	35	0,0
2004, 2005	2,75	0,30 (0,65)	40	35	0,0
2007, 2008, 2010	2,25	0,80 (1,15)	40	35	0,0
2012	1,75	1,30 (1,65)	40	35	0,0
2013	1,75	1,30	40	40	0,0

Für Versicherungen gegen Einmalbeitrag nach den Tarifwerken ab 1994 beträgt die laufende Gesamtverzinsung abweichend 2,8 %.

Bei Einzel-Kapitalversicherungen (ohne Vermögensbildungsversicherungen) mit einer Versicherungssumme von mindestens 50.000 EUR beträgt der Kostenüberschussanteilsatz (VK) 3,0 % des Tarifjahresbeitrages.

Bei 2NZ-Tarifen gelten um 0,3 %-Punkte reduzierte VK.

Bei Versicherungen auf verbundene Leben (Tarif 2v) ergibt sich der Risikoüberschussanteilsatz RI als Durchschnitt der für die versicherten Personen geltenden Sätze.

1.2 Schlussüberschussanteile (SÜA)

1.2.1 Höhe der Schlussüberschussanteile

Beitragspflichtige und planmäßig beitragsfreie Versicherungen erhalten am Ende eines jeden (bei Versicherungen mit Abrufphase während der Grundphase) vollendeten Versicherungsjahres eine nicht garantierte Anwartschaft auf Schlussüberschussanteile.

Die Schlussüberschussanteile setzen sich aus Zins-, Risiko- und Kosten-Schlussüberschussanteilen zusammen.

Für Leistungsfälle, die bis zum 31.12.2013 eintreten, gelten folgende Schlussüberschussätze:

Tarifwerk	Zins-SÜA in % des überschuss- berechtigten Deckungskapitals	Risiko-SÜA in % des Risiko- beitrags	Kosten-SÜA in % des Tarif- jahresbeitrags
1992	0,55 (0,60)	25,00	0,40
1994	0,00	7,50	0,40
2000	0,55 (0,60)	38,50	0,40
2004, 2005	0,55 (0,60)	38,50	0,65
2007, 2008, 2010	0,70 (0,60)	38,50	5,90
2012	0,90 (0,60)	38,50	5,90
2013	0,90	38,50	5,90

Überschussberechtigter ist dabei das mit dem Rechnungszins abgezinste Deckungskapital zum Ende des Versicherungsjahres.

Für Vermögensbildungsversicherungen werden keine Schlussüberschussanteile gewährt.

Dieser Schlussüberschussanteilsatz gilt bei Verwendung der laufenden Überschussanteile zur Erhöhung der Versicherungsleistung (Bonus) oder bei verzinslicher Ansammlung der laufenden Überschussanteile.

Versicherungen gegen Einmalbeitrag erhalten nur Zins-SÜA, aber keine Risiko- und Kosten-SÜA. Bei Versicherungen gegen Einmalbeitrag werden die genannten Sätze um 70 (60) % gekürzt.

Bei Verrechnung der laufenden Überschussanteile mit den Beiträgen (Barüberschussanteile) oder bei der Anlage der Überschussanteile in Fonds werden die genannten Schlussüberschussanteile um 30 % reduziert. Die zu ermittelnden Sätze werden dabei kaufmännisch auf zwei Nachkommastellen gerundet.

1.2.2 Fälligkeit der Schlussüberschussanteile

Die Schlussüberschussanteile werden beim ursprünglich vereinbarten Ablauf der Versicherung (bei Versicherungen mit Abrufphase am Ende der Grundphase) in voller Höhe fällig. Bei Tod, Heirat (nur beim Tarif 3T) und vorgezogenem Ablauf wird der ungekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gezahlt. Stirbt beim Tarif 3T das mitversicherte Kind, so werden Schlussüberschussanteile in der Höhe gewährt, wie sie bei Rückkauf anfallen würden.

Bei Rückkauf und Beitragsfreistellung des Vertrages wird ebenfalls der ungekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt, wenn zu diesem Zeitpunkt:

- der Versicherte (beim Tarif 2v der ältere der beiden Versicherten) das 65. Lebensjahr vollendet hat

oder

- das Deckungskapital für Hauptversicherung (einschl. evtl. geleisteter Zuzahlungen) und Bonus bzw. das Guthaben aus verzinslich angesammelten Überschussanteilen zusammen mit dem Barwert der Schlussüberschussanteile inkl. Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven die Versicherungssumme (beim Tarif 2tg die noch verbleibende Erlebensfallsumme) mindestens erreicht

oder

- der Versicherte (beim Tarif 2v der ältere der beiden Versicherten) das 60. Lebensjahr vollendet hat und der Aufhebungstermin frühestens fünf Jahre vor Vertragsablauf (bei Versicherungen mit Abrufphase frühestens fünf Jahre vor Ende der Grundphase) liegt.

Ist keine dieser Bedingungen erfüllt, so wird nach einer Aufschubzeit von einem (auf volle Jahre abgerundeten) Drittel der Vertragslaufzeit (bei Versicherungen mit Abrufphase von

Überschussverteilung

einem Drittel der Grundphase), spätestens aber nach zehn Versicherungsjahren bei Rückkauf und Beitragsfreistellung des Vertrages der gekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt.

1.2.3 Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven

Ein Teil der Schlussüberschussanteile wird in Form einer Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven gezahlt. Im Jahr 2013 beträgt die Sockelbeteiligung 90 (60) % der Schlussüberschussanteile.

1.3 Todesfallmehrleistung

Bei beitragspflichtigen Versicherungen nach den Tarifen 2, 2v und GS2 konnte bei Vertragsabschluss vor dem 01.01.2011 vereinbart werden, dass im Todesfall unter Einbeziehung der Leistungen aus den laufenden Überschussanteilen und den Schlussüberschussanteilen eine Todesfallmehrleistung in Prozent der Versicherungssumme (bei wachsenden Versicherungen der Anfangsversicherungssumme) gewährt wird. Bei Versicherungen mit Abrufphase ist die Vereinbarung einer Todesfallmehrleistung nur für die Dauer der Grundphase möglich. Die Todesfallmehrleistung muss mindestens 5 % betragen und darf – in Abhängigkeit von Geschlecht, Tarif, Dauer und Endalter – die entsprechenden Höchstsätze nicht überschreiten.

2 Fondsgebundene Lebens- und Rentenversicherungen

Zu Beginn eines jeden Versicherungsmonats werden per Direktgutschrift Risiko- und sonstige Überschussanteile zugeteilt, die das Fondsguthaben erhöhen.

2.1 Tarifwerke 2000 bis 2012

Der Risikoüberschussanteil wird – für Männer und Frauen getrennt – in Prozent des Beitrages für das Todesfall-Risiko angegeben und ist auf 5 ‰ des unter Todesfall-Risiko stehenden Kapitals begrenzt. Der sonstige Überschussanteil bemisst sich in Prozent des Beitrages.

Der Risikoüberschussanteil bei fondsgebundenen Lebensversicherungen und fondsgebundenen Rentenversicherungen mit Todesfallschutz beträgt für Männer 50 % und für Frauen 45 %, bei fondsgebundenen Rentenversicherungen ohne Todesfallschutz 0 %. Der Kostenüberschussanteil ist 0,6 (0,0) % bei allen fondsgebundenen Tarifen.

2.2 Tarifwerk 2013

Der Risikoüberschussanteil wird in Prozent des Beitrages für das Todesfall-Risiko angegeben und ist auf 5 ‰ des unter Todesfall-Risiko stehenden Kapitals begrenzt. Der sonstige Überschussanteil bemisst sich in Prozent des Beitrages.

Der Risikoüberschussanteil bei fondsgebundenen Lebensversicherungen und fondsgebundenen Rentenversicherungen mit Todesfallschutz beträgt 50 %, bei fondsgebundenen Rentenversicherungen ohne Todesfallschutz 0 %. Der Kostenüberschussanteil ist 0,6 (0,0) % bei allen fondsgebundenen Tarifen.

3 Indexgebundene Rentenversicherungen

Indexgebundene Rentenversicherungen erhalten keine Überschussanteile.

4 Risikoversicherungen

4.1 Risikoversicherungen ohne Restkredit-, Bausparisiko- und Saldenlebensversicherungen und ohne Risikoversicherungen mit Beitragsrückgewähr

Die Überschussanteile werden zum Ende eines jeden Versicherungsjahres per Direktgutschrift zugeteilt.

4.1.1 Tarifwerk 1992

Im Todesfall erhöht sich die fällige Leistung aus der Risikoversicherung um 100 %. Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

4.1.2 Tarifwerk 1994

Im Todesfall erhöht sich die fällige Leistung aus der Risikoversicherung bei Männern um 60 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 80 %) und bei Frauen um 40 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 60 %). Bei Versicherungen auf verbundene Leben ergibt sich der Erhöhungsprozentsatz als Durchschnitt der für die versicherten Personen geltenden Sätze. Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

4.1.3 Tarifwerke 2000 und 2004

Bei ab dem 01.01.2003 abgeschlossenen Risikoversicherungen mit einer Anfangsversicherungssumme unter 20.000 EUR

erhöht sich im Todesfall die fällige Todesfalleistung aus der Risikoversicherung bei Männern um 40 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 50 %) und bei Frauen um 30 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 40 %).

Für alle anderen Versicherungssummen erhöht sich die fällige Todesfalleistung aus der Risikoversicherung bei Männern um 80 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 100 %) und bei Frauen um 60 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 80 %).

Bei Versicherungen auf verbundene Leben ergibt sich der Erhöhungsprozentsatz als Durchschnitt der für die versicherten Personen geltenden Sätze.

Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

4.1.4 Tarifwerke 2005 bis 2013

Zu Vertragsabschluss kann entweder eine Todesfallmehrleistung oder – bei laufender Beitragszahlung – eine Sofortgewinnverrechnung vereinbart werden. Bei der Sofortgewinnverrechnung werden die Überschussanteile mit den fälligen Beiträgen verrechnet.

Für die Todesfallmehrleistung gelten in Abhängigkeit vom Tarifwerk folgende Sätze:

Tarifwerk 2005	Männer	Frauen
Versicherungssummen unter 20.000 EUR (alle Tarife außer Sammelversicherungen nach Sondertarif)	40 %	30 %
Versicherungssummen unter 20.000 EUR (Sammelversicherungen nach Sondertarif)	50 %	40 %
Versicherungssummen ab 20.000 EUR (alle Tarife außer Sammelversicherungen nach Sondertarif)	80 %	60 %
Versicherungssummen ab 20.000 EUR (Sammelversicherungen nach Sondertarif)	100 %	80 %

Tarifwerke 2007 bis 2012	Männer	Frauen
Versicherungssummen unter 20.000 EUR (alle Tarife außer Sammelversicherungen nach Sondertarif)	60 %	50 %
Versicherungssummen unter 20.000 EUR (Sammelversicherungen nach Sondertarif)	70 %	60 %
Versicherungssummen ab 20.000 EUR (alle Tarife außer Sammelversicherungen nach Sondertarif)	120 %	100 %
Versicherungssummen ab 20.000 EUR (Sammelversicherungen nach Sondertarif)	140 %	120 %

Überschussverteilung

Tarifwerk 2013

Versicherungssummen unter 20.000 EUR (alle Tarife außer Sammelversicherungen nach Sondertarif)	59 %
Versicherungssummen unter 20.000 EUR (Sammelversicherungen nach Sondertarif)	69 %
Versicherungssummen ab 20.000 EUR (alle Tarife außer Sammelversicherungen nach Sondertarif)	118 %
Versicherungssummen ab 20.000 EUR (Sammelversicherungen nach Sondertarif)	138 %

Bei Versicherungen auf verbundene Leben ergibt sich der Prozentsatz als Durchschnitt der für die versicherten Personen geltenden Sätze. Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

Für die Sofortgewinnverrechnung gelten in Abhängigkeit vom Tarifwerk folgende Sätze:

Tarifwerk 2005	Männer	Frauen
Versicherungssummen unter 20.000 EUR (alle Tarife außer Sammelversicherungen nach Sondertarif)	10 %	8 %
Versicherungssummen unter 20.000 EUR (Sammelversicherungen nach Sondertarif)	12 %	10 %
Versicherungssummen ab 20.000 EUR (alle Tarife außer Sammelversicherungen nach Sondertarif)	40 %	33 %
Versicherungssummen ab 20.000 EUR (Sammelversicherungen nach Sondertarif)	45 %	40 %

Tarifwerke 2007 bis 2012

Tarifwerke 2007 bis 2012	Männer	Frauen
Versicherungssummen unter 20.000 EUR (alle Tarife außer Sammelversicherungen nach Sondertarif)	35 %	30 %
Versicherungssummen unter 20.000 EUR (Sammelversicherungen nach Sondertarif)	40 %	35 %
Versicherungssummen ab 20.000 EUR (alle Tarife außer Sammelversicherungen nach Sondertarif)	65 %	60 %
Versicherungssummen ab 20.000 EUR (Sammelversicherungen nach Sondertarif)	70 %	65 %

Tarifwerk 2013

Versicherungssummen unter 20.000 EUR (alle Tarife außer Sammelversicherungen nach Sondertarif)	35 %
Versicherungssummen unter 20.000 EUR (Sammelversicherungen nach Sondertarif)	40 %
Versicherungssummen ab 20.000 EUR (alle Tarife außer Sammelversicherungen nach Sondertarif)	65 %
Versicherungssummen ab 20.000 EUR (Sammelversicherungen nach Sondertarif)	70 %

Bei Versicherungen auf verbundene Leben ergibt sich der Prozentsatz als Durchschnitt (kaufmännisch gerundet) der für die versicherten Personen geltenden Sätze. Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

4.2 Restkreditversicherungen

Die Überschussanteile werden zum Ende eines jeden Versicherungsjahres per Direktgutschrift zugeteilt.

4.2.1 Tarifwerke 2000 bis 2005

Im Todesfall erhöht sich die fällige Leistung aus der Restkreditversicherung bei Männern um 80 % und bei Frauen um 60 %. Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

4.2.2 Tarifwerke 2007 bis 2012

Im Todesfall erhöht sich die fällige Leistung aus der Restkreditversicherung bei Männern um 120 % und bei Frauen um 100 %. Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

4.2.3 Tarifwerk 2013

Im Todesfall erhöht sich die fällige Leistung aus der Restkreditversicherung um 118 %. Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

4.3 Bausparrisikoversicherungen

Ab Beginn des ersten Versicherungsjahres wird über die Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) eine Sofortgewinnverrechnung in Prozent des Beitrages gewährt und mit diesem verrechnet.

4.3.1 Tarifwerk 1998

Der Überschussanteilsatz hängt vom Geschlecht der versicherten Person ab; er beträgt für Männer 45 % und für Frauen 40 %. Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

4.3.2 Tarifwerk 2013

Der Überschussanteilsatz beträgt 45 %. Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

4.4 Saldenlebensversicherungen

Die Überschussanteile werden zum Ende eines jeden Versicherungsjahres per Direktgutschrift zugeteilt.

Die Überschussanteile werden mit den fälligen Beiträgen verrechnet (Sofortgewinnverrechnung). Der Überschussanteil beträgt 33 %. Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

4.5 Risikoversicherungen mit Beitragsrückgewähr

Im Todesfall erhöht sich die fällige Leistung um 100 % im Tarifwerk 2005, um 140 % in den Tarifwerken 2007 bis 2010 und um 110 % in den Tarifwerken ab 2012. Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

5 Rentenversicherungen

5.1 Rentenversicherungen (ohne Hinterbliebenen-Zusatzversicherungen und ohne Rentenversicherungen nach dem Altersvermögensgesetz)

Die im Folgenden genannten Überschussanteile stehen in voller Höhe bei Tod und Kapitalzahlung zur Verfügung.

In der Rentenphase werden die Überschussanteile zur Erhöhung der vereinbarten Grundrente verwendet, soweit sie nicht – bei den Tarifwerken 1992 bis 2004 – zur Finanzierung einer aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung erforderlichen Zusatzrückstellung benötigt werden.

5.1.1 Rentenversicherungen vor Rentenbeginn

Die Kapitalabfindung ist gleich dem Deckungskapital der Hauptversicherung bei Ablauf der vereinbarten Aufschubzeit. Bei Versicherungen mit Abrufphase ist die Kapitalabfindung gleich dem Deckungskapital der Hauptversicherung bei Ablauf der Grundphase bzw. gleich dem jeweils erreichten Deckungskapital der Hauptversicherung am Ende eines jeden Versicherungsjahres während der Ablaufphase.

5.1.1.1 Laufende Überschussanteile

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Überschussanteil ausgeschüttet, der sich aus Zins-, Risiko- und Kostenüberschussanteilen zusammensetzt. Dabei wird der Risiko- und Kostenüberschussanteil bei Vorliegen von negativen Kapitalerträgen zunächst mit diesen verrechnet. Der Zinsüberschussanteil ZI bemisst sich in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals. Überschussberechtigt ist dabei ab dem Jahr 2011 das Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres.

Überschussverteilung

Der Kosten- und Risikoüberschussanteil VK wird in Prozent der versicherten Jahresrente (VKR) und/oder in Prozent des Tarifjahresbeitrages (VKB) angegeben. Bei Versicherungen nach den Tarifwerken 2004 bis 2008 wird VK erstmals nach einer Wartezeit von drei Versicherungsjahren ausgeschüttet, bei den Tarifwerken ab 2010 nach einer Wartezeit von fünf Jahren.

Bei Versicherungen nach den Tarifwerken ab 2012 können den laufenden Überschussanteilen jährlich Kosten in Höhe von maximal 50 % der Überschusszuführung entnommen werden. Im Jahr 2013 beträgt die maximale Kostenentnahme 0 EUR.

Der zur Auffüllung einer aufgrund der erhöhten Lebenserwartung erforderlichen Zusatzrückstellung notwendige Betrag wird auf die jährlichen Überschussanteile angerechnet. Darüber hinaus werden die Überschussanteile verzinslich angesammelt. Der Auffüllbetrag wird bei Rückkauf, im Todesfall und bei Kapitalabfindung zusammen mit den verzinslich angesammelten Überschussanteilen ausgezahlt. Bei Eintritt in die Rentenzahlung erhöht er die Rente nicht.

Laufende Überschussanteile, die am 31.12.1995 (Tarifwerk 1992) bzw. am 31.12.2004 (Tarifwerke 1994, 2000 und 2004) bereits zugeteilt waren, werden nicht zur Bildung dieser Zusatzrückstellung verwendet.

Die jährlichen Überschussanteile werden verzinslich angesammelt und mit insgesamt 3,05 (3,40) % p. a. verzinst. Dieser Gesamtzins setzt sich dabei aus einem rechnungsmäßigen Zins und einem überrechnungsmäßigen Zins, dem Ansammlungsüberschussanteil, zusammen. Das verzinslich angesammelte Überschussguthaben wird für nicht vollendete Jahre höchstens mit dem Rechnungszins verzinst.

Bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen kann auch vereinbart werden, dass der jährliche Überschussanteil mit den Beiträgen des Folgejahres verrechnet wird (Barüberschussanteile).

Bei den Tarifwerken ab 2004 kann auch vereinbart werden, dass die jährlichen Überschussanteile in Fonds angelegt werden oder dass der jährliche Überschussanteil mit den Beiträgen des Folgejahres verrechnet wird.

Aufgrund der mit dem Abschluss des Vertrages verbundenen einmaligen Kosten kann sich ein negativer jährlicher Überschussanteil ergeben. Dieser negative Saldo wird solange fortgeschrieben (aufgezinst mit dem auch bei verzinslicher Ansammlung maßgeblichen Gesamtzinssatz von derzeit

3,05 % p. a.) und mit den alljährlich am Ende des Versicherungsjahres zuzuteilenden Überschussanteilen verrechnet, bis er durch spätere verbleibende positive jährliche Überschussanteile vollständig getilgt ist. Ein verbleibender positiver Saldo wird entsprechend der getroffenen Vereinbarung verwendet.

Es gelten folgende Überschussanteilsätze:

Einzelrentenversicherungen, Sammelrentenversicherungen nach Einzel- und Sondertarifen

Tarifwerk	Rechnungszins in %	Überschussanteilsätze		
		ZI in %	VKR in %	VKB in %
1992	3,50	0,00	-	0,6
1994	4,00	0,00	-	0,5
2000	3,25	0,00 (0,15)	-	0,5
2004–2005	2,75	0,30 (0,65)	-	0,5
2007–2010	2,25	0,80 (1,15)	-	0,5
2012	1,75	1,30 (1,65)	-	0,5
2013	1,75	1,30	-	0,5

Gruppenrentenversicherungen nach Einzeltarifen

Tarifwerk	Rechnungszins in %	Überschussanteilsätze		
		ZI in %	VKR in %	VKB in %
1992	3,50	0,00	-	0,6
1994	4,00	0,00	-	0,0
2000	3,25	0,00 (0,15)	-	0,0
2004–2005	2,75	0,30 (0,65)	-	0,0
2007–2010	2,25	0,80 (1,15)	-	0,0
2012	1,75	1,30 (1,65)	-	0,0
2013	1,75	1,30	-	0,0

Gruppenrentenversicherungen nach Sondertarifen

Tarifwerk	Rechnungszins in %	Überschussanteilsätze		
		ZI in %	VKR in %	VKB in %
2000	3,25	0,00 (0,15)	-	0,0
2004–2005	2,75	0,30 (0,65)	-	0,0
2007–2010	2,25	0,80 (1,15)	-	0,0
2012	1,75	1,30 (1,65)	-	0,0
2013	1,75	1,30	-	0,0

Bei Einzelrentenversicherungen mit einer versicherten Anfangsjahresrente von mindestens 3.000 EUR beträgt der Kostenüberschussanteilsatz (VKB) 3,0 % des Tarifjahresbeitrages.

Für Versicherungen gegen Einmalbeitrag nach den Tarifwerken ab 1994 beträgt die laufende Gesamtverzinsung abweichend maximal 2,8 %.

Für aufgeschobene Rentenversicherungen der 3. Schicht gegen Einmalbeitrag mit Kapitalwahlrecht gelten laufzeitabhängig folgende Gesamtzinssätze vorbehaltlich einer kapitalmarktbedingten Neufestsetzung:

a) nach dem 21.04.2010 und vor dem 10.11.2010 beantragte Versicherungen

Aufschubzeit	Gesamtzins
3 Jahre	2,40 %
4 Jahre	2,70 %
5 Jahre	2,80 % (3,00 %)
6 Jahre	2,80 % (3,10 %)
7 Jahre	2,80 % (3,20 %)
8 Jahre	2,80 % (3,30 %)
9 Jahre	2,80 % (3,40 %)
10 Jahre	2,80 % (3,50 %)
11 Jahre	2,80 % (3,60 %)

b) ab dem 10.11.2010 und vor dem 01.01.2012 beantragte Versicherungen

Aufschubzeit	Gesamtzins
3 Jahre	2,30 %
4 Jahre	2,40 %
5 Jahre	2,50 %
6 Jahre	2,60 %
7 Jahre	2,70 %
8 Jahre	2,80 %
9 Jahre	2,80 % (2,90 %)
10 Jahre	2,80 % (3,00 %)
11 Jahre	2,80 % (3,00 %)

c) ab dem 02.01.2012 beantragte Versicherungen

Aufschubzeit	Gesamtzins
3 Jahre	2,00 %
4 Jahre	2,10 %
5 Jahre	2,20 %
6 Jahre	2,30 %
7 Jahre	2,40 %
8 Jahre	2,50 %
9 Jahre	2,60 %
10 Jahre	2,70 %
11 Jahre	2,80 %

d) ab dem 21.12.2012 beantragte Versicherungen

Aufschubzeit	Gesamtzins
3 Jahre	1,75 %
4 Jahre	1,75 %
5 Jahre	1,75 %
6 Jahre	1,80 %
7 Jahre	1,90 %
8 Jahre	2,00 %
9 Jahre	2,10 %
10 Jahre	2,20 %
11 Jahre	2,30 %

5.1.1.2 Schlussüberschussanteile (SÜA)

5.1.1.2.1 Höhe der Schlussüberschussanteile

Beitragspflichtige und planmäßig beitragsfreie Versicherungen erhalten am Ende eines jeden (bei Versicherungen mit Abrufphase während der Grundphase) vollendeten Versicherungsjahres eine nicht garantierte Anwartschaft auf Schlussüberschussanteile.

Die Schlussüberschussanteile setzen sich aus Zins-, Risiko- und Kosten-Schlussüberschussanteilen zusammen. Für Leistungsfälle, die bis zum 31.12.2013 eintreten, gelten

Überschussverteilung

folgende Schlussüberschussanteilsätze:

Tarifwerk	Zins-SÜA in % des überschuss- berechtigten Deckungskapitals	Risiko-SÜA in % des Tarif- jahres- beitrags	Kosten-SÜA in % des Tarif- jahres- beitrags
1992	0,55 (0,60)	0,00	0,65
1994	0,00	0,00	0,65
2000	0,55 (0,60)	0,00	0,65
2004	0,55 (0,60)	0,00	0,65
2004B, 2005	0,55 (0,60)	2,50	0,65
2007, 2008, 2010	0,70 (0,60)	6,60	0,50
2012	0,90 (0,60)	6,60	0,50
2013	0,90	6,60	0,50

Überschussberechtigigt ist dabei das mit dem Rechnungszins abgezinste Deckungskapital zum Ende des Versicherungsjahres.

Davon abweichend gilt für die Sparkassen-DepotRente flex Folgendes: Beitragspflichtige Versicherungen erhalten für jedes vollendete Versicherungsjahr eine nicht garantierte Anwartschaft auf Schlussüberschussanteile in ‰ der Kapitalabfindung. Für Leistungsfälle, die bis zum 31.12.2013 eintreten, beträgt der Schlussüberschussanteil 18 ‰ im Tarifwerk 2010 und 22 ‰ in den Tarifwerken ab 2012. Bei gegenüber der Aufschubzeit abgekürzter Beitragszahlungsdauer wird der Schlussüberschussanteilsatz im Verhältnis n / t (n = Aufschubzeit, t = Versicherungsdauer) gestreckt, wobei das Ergebnis auf eine Nachkommastelle gerundet wird. Es erfolgt keine Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven.

Die genannten Schlussüberschussanteilsätze gelten bei Verwendung der laufenden Überschussanteile zur Erhöhung der Versicherungsleistung (Bonus) oder bei verzinslicher Ansammlung der laufenden Überschussanteile.

Versicherungen gegen Einmalbeitrag erhalten nur Zins-SÜA, aber keine Risiko- und Kosten-SÜA. Bei Versicherungen gegen Einmalbeitrag werden die genannten Sätze um 70 (60) % gekürzt.

Bei Verrechnung der laufenden Überschussanteile mit den Beiträgen (Barüberschussanteile) oder bei der Anlage der Überschussanteile in Fonds werden die Schlussüberschussanteile um 30 % gekürzt. Die zu ermittelnden Sätze werden dabei kaufmännisch auf zwei Nachkommastellen gerundet.

5.1.1.2.2 Fälligkeit der Schlussüberschussanteile

Die Schlussüberschussanteile werden bei Kapitalwahl am Ende der Aufschubzeit (bei Versicherungen mit Abrufphase am Ende der Grundphase) in voller Höhe fällig. Beim Rentenübergang der Tarifwerke 1992 bis 2004 werden die Schlussüberschussanteile vorrangig für die individuelle Finanzierung der zusätzlich erforderlichen Deckungsrückstellung verwendet; in den neueren Tarifwerken werden die Schlussüberschussanteile auch bei Rentenübergang in voller Höhe fällig. Bei Tod wird der ungekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt. Bei Rückkauf und Beitragsfreistellung des Vertrages sowie bei vorzeitigem Rentenbeginn wird ebenfalls der ungekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt, wenn zu diesem Zeitpunkt:

- der Versicherte das 65. Lebensjahr vollendet hat

oder

- das Deckungskapital für die Hauptversicherung (einschließlich einer eventuell eingeschlossenen Hinterbliebenen-Zusatzversicherung) und die verzinslich angesammelten Überschussanteile zusammen mit dem Barwert der Schlussüberschussanteile inkl. Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven die Kapitalabfindung mindestens erreicht

oder

- der Versicherte das 60. Lebensjahr vollendet hat und der Aufhebungstermin frühestens fünf Jahre vor Ablauf der Aufschubzeit (bei Versicherungen mit Abrufphase frühestens fünf Jahre vor Ende der Grundphase) liegt.

Ist keine dieser Bedingungen erfüllt, so wird nach Ablauf von einem (auf volle Jahre abgerundeten) Drittel der Aufschubzeit (bei Versicherungen mit Abrufphase von einem Drittel der Grundphase), spätestens aber nach zehn Versicherungsjahren bei Rückkauf und Beitragsfreistellung des Vertrages sowie bei vorzeitigem Rentenbeginn der gekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt.

5.1.1.2.3 Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven

Ein Teil der Schlussüberschussanteile wird in Form einer Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven gezahlt. Im Jahr 2013 beträgt die Sockelbeteiligung 90 (60) % der Schlussüberschussanteile.

5.1.2 Rentenversicherungen nach Rentenbeginn

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Überschussanteil ZR in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals ausgeschüttet. Überschussberechtig ist dabei ab dem Jahr 2011 das Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres.

ZR setzt sich aus Zins-, Risiko- und Kostenüberschussanteilen zusammen und wird dazu verwendet, die garantierten Rentenleistungen durch Zuwachsrenten – die ebenfalls überschussberechtig sind – aufzubessern und die ab Rentenbeginn fällig werdende Grundrente ggf. um eine Gewinnrente zu erhöhen. Auf diese Gewinnrente werden die erreichten Zuwachsrenten solange angerechnet, bis sich daraus noch höhere Rentenleistungen ergeben.

Sofern die Überschussanteile nicht ausreichen, um den Betrag der Gewinnrente zu finanzieren, wird ein negativer Saldo aus den Überschussanteilen und dem Gewinnrenten-Beitrag bis zur Tilgung mit dem maßgeblichen Gesamtzinssatz von derzeit 3,05 % p. a. fortgeschrieben. Die Tilgung erfolgt mit den am Ende des Versicherungsjahres zugeteilten Überschussanteilen.

In ZR ist ein Anteil von bis zu 0,5 %-Punkten für Schlussüberschussanteile und eine Beteiligung an den Bewertungsreserven enthalten.

Für die einzelnen Tarifwerke gelten folgende Überschussanteilsätze:

a) Zinsüberschussanteilsätze

Tarifwerk	ZR in % für Leibrenten	ZR in % für abgekürzte Leibrenten/Zeitrenten
1992	0,05 (0,35)	0,00 (0,35)
1994	0,00	0,00
2000	0,45 (0,80)	0,30 (0,80)
2004	0,95 (1,30)	0,70 (1,30)
2004B, 2005	1,05 (1,40)	0,70 (1,40)
2007–2008	1,75 (2,10)	1,20 (2,10)
2010	1,75 (2,10)	1,20 (2,10)
2012	2,25 (2,60)	1,60 (2,60)
2013	2,25	1,60

b) Gewinnrente

Es kann eine Gewinnrente vereinbart werden, wobei eine vertragsindividuelle Höchstgrenze nicht überschritten werden darf.

Wird bei Tod der hauptversicherten Person eine Hinterbliebenenrente fällig, so wird für die mitversicherte Person ein neuer Gewinnrenten-Prozentsatz ermittelt, der höher oder niedriger sein kann als der für die hauptversicherte Person zuletzt gültige Gewinnrenten-Prozentsatz.

5.2 Rentenversicherungen nach dem Altersvermögensgesetz

Die im Folgenden genannten Überschussanteile stehen in voller Höhe bei Tod und Kapitalzahlung zur Verfügung.

In der Rentenphase werden die Überschussanteile zur Erhöhung der vereinbarten Grundrente verwendet, soweit sie nicht zur Finanzierung einer aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung erforderlichen Zusatzrückstellung benötigt werden.

5.2.1 Rentenversicherungen vor Rentenbeginn

5.2.1.1 Laufende Überschussanteile

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Überschussanteil ausgeschüttet, der sich aus Zins-, Risiko- und Kostenüberschussanteilen zusammensetzt. Dabei wird der Risiko- und Kostenüberschussanteil bei Vorliegen von negativen Kapitalerträgen zunächst mit diesen verrechnet.

Überschussverteilung

Der Zinsüberschussanteil ZI bemisst sich in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals. Überschussberechtigter ist dabei ab dem Jahr 2011 das Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres.

Der Kostenüberschussanteil VK wird erstmals nach Ablauf von 10 Versicherungsjahren ausgeschüttet und in Prozent der bis dahin eingezahlten Beiträge angegeben.

Der zur Auffüllung einer aufgrund der erhöhten Lebenserwartung erforderlichen Zusatzrückstellung notwendige Betrag wird auf die jährlichen Überschussanteile angerechnet. Darüber hinaus werden die Überschussanteile verzinslich angesammelt. Der Auffüllbetrag wird bei Rückkauf, im Todesfall und bei Kapitalabfindung zusammen mit den verzinslich angesammelten Überschussanteilen ausgezahlt. Bei Eintritt in die Rentenzahlung erhöht er die Rente nicht.

Laufende Überschussanteile, die am 31.12.2004 bereits zugeteilt waren, werden nicht zur Bildung dieser Zusatzrückstellung verwendet.

Bei der Anlageform „verzinsliche Ansammlung“ werden die jährlichen Überschussanteile – vermindert um den vereinbarten Betrag – verzinslich angesammelt und mit insgesamt 3,05 (3,40) % p. a. verzinst. Dieser Gesamtzins setzt sich dabei aus einem rechnungsmäßigen Zins und einem überrechnungsmäßigen Zins, dem Ansammlungsüberschussanteil, zusammen.

Bei der Anlageform „Fondsansammlung“ werden die jährlichen Überschussanteile – vermindert um den vereinbarten Betrag – in einem Investmentfonds angelegt.

Es gelten folgende Überschussanteilsätze:

ZI beträgt für das Tarifwerk 2000 0,00 (0,15) %, für die Tarifwerke 2004, 2005 und 2006 0,30 (0,65) %, für die Tarifwerke 2007 bis 2010 0,80 (1,15) % und für die Tarifwerke ab 2012 1,30 (1,65); VK ist für alle Tarifwerke 0 %.

5.2.1.2 Schlussüberschussanteile

5.2.1.2.1 Höhe der Schlussüberschussanteile

Beitragspflichtige und planmäßig beitragsfreie Versicherungen erhalten am Ende eines jeden (bei Versicherungen mit Abrufphase während der Grundphase) vollendeten Versicherungsjahres eine nicht garantierte Anwartschaft auf Schlussüberschussanteile.

Die Schlussüberschussanteile setzen sich aus Zins-, Risiko- und Kosten-Schlussüberschussanteilen zusammen.

Für Leistungsfälle, die bis zum 31.12.2013 eintreten, gelten folgende Schlussüberschussanteilsätze:

Tarifwerk	Zins-SÜA in % des überschussberechtigten Deckungskapitals	Risiko-SÜA in % des Tarifjahresbeitrags	Kosten-SÜA in % des Tarifjahresbeitrags
2000	0,55	-	-
2004	0,55	-	-
2004B, 2005, 2006	0,55	-	-
2007, 2008, 2010	0,70 (0,55)	-	-
2012	0,90 (0,55)	-	-
2013	0,90	-	-

Überschussberechtigter ist dabei das mit dem Rechnungszins abgezinsten Deckungskapital zum Ende des Versicherungsjahres.

Die genannten Schlussüberschussanteilsätze gelten bei verzinslicher Ansammlung der laufenden Überschussanteile.

Bei Anlage der Überschussanteile in Fonds werden die Schlussüberschussanteile um 30 % gekürzt. Der zu ermittelnde Satz wird dabei kaufmännisch auf zwei Nachkommastellen gerundet.

5.2.1.2.2 Fälligkeit der Schlussüberschussanteile

Diese Schlussüberschussanteile werden bei Kapitalauszahlung am Ende der Aufschubzeit in voller Höhe fällig. Bei Rentenübergang werden die Schlussüberschussanteile in den Tarifwerken 2000 und 2004 vorrangig für die individuelle Finanzierung der zusätzlich erforderlichen Deckungsrückstellung verwendet; in den neueren Tarifwerken werden die Schlussüberschussanteile in voller Höhe fällig. Bei Tod wird der ungekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt. Bei Rückkauf und Beitragsfreistellung des Vertrages sowie bei vorzeitigem Rentenbeginn wird ebenfalls der ungekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt, wenn zu diesem Zeitpunkt:

- der Versicherte das 65. Lebensjahr vollendet hat

oder

- das Deckungskapital für die Hauptversicherung und die verzinslich angesammelten Überschussanteile zusammen mit dem Barwert der Schlussüberschussanteile inkl. Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven die Kapitalabfindung mindestens erreicht

oder

- der Versicherte das 60. Lebensjahr vollendet hat und der Aufhebungstermin frühestens fünf Jahre vor Ablauf der Aufschubzeit liegt.

Ist keine dieser Bedingungen erfüllt, so wird nach Ablauf von einem (auf volle Jahre abgerundeten) Drittel der Aufschubzeit, spätestens aber nach zehn Versicherungsjahren bei Rückkauf und Beitragsfreistellung des Vertrages sowie bei vorzeitigem Rentenbeginn der gekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt.

5.2.1.2.3 Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven

Ein Teil der Schlussüberschussanteile wird in Form einer Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven gezahlt. Im Jahr 2013 beträgt die Sockelbeteiligung 90 (60) % der Schlussüberschussanteile.

5.2.2 Rentenversicherungen nach Rentenbeginn

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Überschussanteil ZR in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals ausgeschüttet. Überschussberechtig ist dabei ab dem Jahr 2011 das Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres.

ZR setzt sich aus Zins-, Risiko- und Kostenüberschussanteilen zusammen und wird dazu verwendet, die garantierten Rentenleistungen durch Zuwachsrenten – die ebenfalls überschussberechtig sind – zu erhöhen.

In ZR ist ein Anteil von bis zu 0,5 %-Punkten für Schlussüberschussanteile und eine Beteiligung an den Bewertungsreserven enthalten.

Für die einzelnen Tarifwerke gelten folgende Überschussanteilsätze:

Tarifwerk	ZR in %
2000	0,45 (0,80)
2004	0,95 (1,30)
2004B, 2005	1,05 (1,40)
2007–2010	1,75 (2,10)
2012	2,25 (2,60)
2013	2,25

6 Berufsunfähigkeitsversicherungen

6.1 Versicherungen vor Eintritt der Berufsunfähigkeit (BU)

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Überschussanteil ausgeschüttet, der sich aus Zins- und Risikoüberschussanteilen zusammensetzt. Dabei wird der Risikoüberschussanteil per Direktgutschrift zugewiesen und bei Vorliegen von negativen Kapitalerträgen zunächst mit diesen verrechnet.

Der Zinsüberschussanteil ZI bemisst sich in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals. Überschussberechtig ist dabei ab dem Jahr 2011 das Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres. Er beträgt 0,00 (0,15) % beim Tarifwerk 2000 und 0,30 (0,65) % bei den Tarifwerken 2004 und 2005, 0,80 (1,15) % bei den Tarifwerken 2007 bis 2010 und 1,30 (1,65) % für die Tarifwerke ab 2012.

Überschussverteilung

Der Risikoüberschussanteil RI wird in Prozent des überschussberechtigten Risikobeitrages angegeben. Er beläuft sich bei den Tarifwerken 2000 und 2004 auf 25 %. Bei den Tarifwerken ab 2005 ist RI abhängig von der jeweiligen Berufsklasse:

Berufsklasse	RI
1	90
2	65
3	15
4	5
E	0
S	15

Die jährlichen Überschussanteile werden – nach Abzug des erforderlichen Betrages für eine evtl. vereinbarte Berufsunfähigkeitsmehrleistung (vgl. Ziffer 6.1.1) – verzinslich angesammelt und mit insgesamt 3,05 (3,40) % p. a. verzinst. Dieser Gesamtzins setzt sich dabei aus einem rechnungsmäßigen Zins und einem überrechnungsmäßigen Zins, dem Ansammlungsüberschussanteil, zusammen. Das verzinslich angesammelte Überschussguthaben wird für nicht vollendete Jahre höchstens mit dem Rechnungszins verzinst.

Bei Vorliegen gewisser Voraussetzungen kann ab Tarifwerk 2005 auch vereinbart werden, dass der jährliche Überschussanteil mit den fälligen Beiträgen verrechnet wird (Sofortgewinnverrechnung).

Bei den Tarifwerken ab 2007 kann auch vereinbart werden, dass die jährlichen Überschussanteile in Fonds angelegt werden.

Durch die Vereinbarung einer anfänglichen Berufsunfähigkeitsmehrleistung (BUML) erhöht sich der Versicherungsschutz schon ab Versicherungsbeginn (vgl. Ziffer 6.1.1). Die hierfür jeweils zum Beginn eines Versicherungsjahres benötigten Beiträge werden zu Lasten der alljährlich am Ende des Versicherungsjahres zuzuteilenden Überschussanteile vorfinanziert und später (aufgezinst mit dem auch bei verzinslicher Ansammlung maßgeblichen Gesamtzinssatz von derzeit 3,05 % p. a.) mit diesen verrechnet. Verbleibt nach dieser Verrechnung ein positiver Saldo, so wird dieser entsprechend der getroffenen Vereinbarung weiterverwendet. Ein sich eventuell ergebender negativer Saldo wird solange fortgeschrieben (aufgezinst mit dem auch bei verzinslicher Ansammlung maßgeblichen Gesamtzinssatz von derzeit 3,05 % p. a.), bis er durch spätere verbleibende positive jährliche Überschussanteile vollständig getilgt ist.

Auch wenn keine anfängliche BUML vereinbart wurde, kann sich aufgrund der mit dem Abschluss des Vertrages verbundenen einmaligen Kosten ein negativer Saldo ergeben. Dieser negative Saldo wird solange fortgeschrieben (aufgezinst mit dem auch bei verzinslicher Ansammlung maßgeblichen Gesamtzinssatz von derzeit 3,05 % p. a.), bis er durch spätere verbleibende positive jährliche Überschussanteile vollständig getilgt ist. Ein verbleibender positiver Saldo (jährlicher Überschussanteil) wird entsprechend der getroffenen Vereinbarung verwendet.

6.1.1 Berufsunfähigkeitsmehrleistung (BUML)

Bei Eintritt der Berufsunfähigkeit wird eine Berufsunfähigkeitsmehrleistung (BUML) in Prozent der tariflich vereinbarten Rente gezahlt. Die BUML beträgt bei den Tarifwerken 2000 und 2004 25 %.

Bei Versicherungen ab Tarifwerk 2005 gelten in Abhängigkeit von der Berufsklasse für die BUML folgende BUML-Sätze:

a) Tarifwerke 2005 bis 2012

Berufsklasse	BUML in %
1	100
2	65
3	15
4	5
E	0
S	15

b) Tarifwerk 2013

Berufsklasse	BUML in %
1	120
2	80
3	15
4	5
E	0
S	15

6.1.2 Sofortgewinnsätze

Bei Versicherungen mit laufender Beitragszahlung kann ab Tarifwerk 2005 auch vereinbart werden, dass die Überschussanteile mit den fälligen Beiträgen verrechnet werden (Sofortgewinnverrechnung).

Für die Sofortgewinnverrechnung gelten in Abhängigkeit von der Berufsklasse folgende Sofortgewinnsätze:

a) Tarifwerke 2005 bis 2012

Berufsklasse	Sofortgewinnsatz in %
1	50
2	40
3	12
4	4
E	0
S	12

b) Tarifwerk 2013

Berufsklasse	Sofortgewinnsatz in %
1	55
2	45
3	12
4	4
E	0
S	12

6.1.3 Fondsansammlung

Bei Versicherungen ab Tarifwerk 2007 kann auch vereinbart werden, dass die Überschussanteile in Fonds angelegt werden.

6.2 Versicherungen nach Eintritt der Berufsunfähigkeit (BU)

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Zinsüberschussanteil ZI in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals ausgeschüttet. Überschussberechtig ist dabei ab dem Jahr 2011 das Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres. Für die darüber hinaus eventuell noch bestehenden Anwartschaften auf BU-Leistungen wird jedoch der volle hierauf entfallende Überschussanteil gewährt.

Die jährlichen Zinsüberschussanteile für die Beitragsbefreiung werden zur weiteren Erhöhung der verzinslich angesammelten Überschussanteile verwendet.

Die jährlichen Zinsüberschussanteile für die Barrente werden für die Bildung einer zusätzlichen beitragsfreien BU-Rente (BU-Bonusrente) verwendet, die zusammen mit der tarifmäßig

versicherten Rente und einer evtl. vereinbarten BUML fällig wird. Die BU-Bonusrente sowie die evtl. vereinbarte BUML sind wiederum überschussberechtig.

Der unter Ziffer 6.1 aufgeführte Zinsüberschussanteil gilt in gleicher Höhe.

7 Zusatzversicherungen

7.1 Risiko-Zusatzversicherungen

Die Überschussanteile werden zum Ende eines jeden Versicherungsjahres per Direktgutschrift zugeteilt.

7.1.1 Tarifwerk 1994

Im Todesfall erhöht sich die fällige Leistung aus der Risiko-Zusatzversicherung bei Männern um 60 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 80 %) und bei Frauen um 40 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 60 %). Bei Versicherungen auf verbundene Leben ergibt sich der Erhöhungsprozentsatz als Durchschnitt der für die versicherten Personen geltenden Sätze. Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

7.1.2 Tarifwerke 2000, 2004 und 2005

Bei ab dem 01.01.2003 abgeschlossenen Risiko-Zusatzversicherungen mit einer Anfangsversicherungssumme unter 20.000 EUR erhöht sich im Todesfall die fällige Todesfallleistung aus der Risiko-Zusatzversicherung bei Männern um 40 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 50 %) und bei Frauen um 30 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 40 %).

Für alle anderen Versicherungssummen erhöht sich die fällige Todesfallleistung aus der Risiko-Zusatzversicherung bei Männern um 80 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 100 %) und bei Frauen um 60 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 80 %).

Bei Versicherungen auf verbundene Leben ergibt sich der Erhöhungsprozentsatz als Durchschnitt der für die versicherten Personen geltenden Sätze.

Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

Überschussverteilung

7.1.3 Tarifwerke 2007 bis 2012

Bei Risiko-Zusatzversicherungen mit einer Anfangsversicherungssumme unter 20.000 EUR erhöht sich im Todesfall die fällige Todesfallleistung aus der Risiko-Zusatzversicherung bei Männern um 60 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 70 %) und bei Frauen um 50 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 60 %).

Für alle anderen Versicherungssummen erhöht sich die fällige Todesfallleistung aus der Risiko-Zusatzversicherung bei Männern um 120 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 140 %) und bei Frauen um 100 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 120 %).

Davon abweichend erhöht sich beim Tarif ARg090004200 die fällige Todesfallleistung für Männer um 140 %, für Frauen um 120 %.

Bei Versicherungen auf verbundene Leben ergibt sich der Erhöhungsprozentsatz als Durchschnitt der für die versicherten Personen geltenden Sätze. Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

7.1.4 Tarifwerk 2013

Bei Risiko-Zusatzversicherungen mit einer Anfangsversicherungssumme unter 20.000 EUR erhöht sich im Todesfall die fällige Todesfallleistung aus der Risiko-Zusatzversicherung um 59 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 69 %).

Für alle anderen Versicherungssummen erhöht sich die fällige Todesfallleistung aus der Risiko-Zusatzversicherung um 118 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 138 %). Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

7.2 Unfall-Zusatzversicherungen (UZV)

Diese Zusatzversicherungen erhalten keine Überschussbeteiligung.

7.3 Hinterbliebenenrenten-Zusatzversicherungen

Die im Folgenden genannten Überschussanteile stehen in voller Höhe bei Tod und Kapitalzahlung zur Verfügung. Die Überschussanteile werden in der Rentenphase zur Erhöhung der vereinbarten Grundrente verwendet, soweit sie nicht zur Finanzierung einer aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung erforderlichen Zusatzrückstellung benötigt werden.

7.3.1 Hinterbliebenenrenten-Zusatzversicherungen vor Rentenbeginn

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Überschussanteil ZI in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals ausgeschüttet. Überschussberechtigt ist dabei ab dem Jahr 2011 das Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres. ZI setzt sich aus Zins-, Risiko- und Kostenüberschussanteilen zusammen. Dabei wird bei den Tarifwerken ab 1994 der Kostenüberschussanteil bei Vorliegen von negativen Kapitalerträgen zunächst mit diesen verrechnet.

Der jährliche Überschussanteil wird vor Rentenbeginn der Hauptversicherung verzinslich angesammelt und mit insgesamt 3,05 (3,40) % p. a. verzinnt. Dieser Gesamtzins setzt sich dabei aus einem rechnermäßigen Zins und einem überrechnermäßigen Zins, dem Ansammlungsüberschussanteil, zusammen. Das verzinslich angesammelte Überschussguthaben wird für nicht vollendete Jahre höchstens mit dem Rechnungszins verzinnt.

Bei den Tarifwerken ab 2004 kann auch vereinbart werden, dass die jährlichen Überschussanteile in Fonds angelegt werden.

Nach Rentenbeginn der Hauptversicherung werden die jährlichen Überschussanteile zur Erhöhung der versicherten Rentenleistungen (Zuwachsrente, die ebenfalls überschussberechtigt ist) verwendet.

Für die einzelnen Tarifwerke gelten folgende Überschussanteilsätze:

Tarifwerk	ZI
1992	0,00
1994	0,00
2000	0,00 (0,15)
2004–2005	0,30 (0,65)
2007–2010	0,80 (1,15)
2012	1,30 (1,65)
2013	1,30

7.3.2 Hinterbliebenenrenten-Zusatzversicherungen nach Rentenbeginn

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Überschussanteil ZR in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals ausgeschüttet. Überschussberechtigt ist dabei ab dem Jahr 2011 das Deckungskapital zu Beginn des

Versicherungsjahres. ZR setzt sich aus Zins-, Risiko- und Kostenüberschussanteilen zusammen und wird dazu verwendet, die garantierten Rentenleistungen durch Gewinnrenten – die ebenfalls überschussberechtig sind – aufzubessern.

Bei Vereinbarung einer Gewinnrente erhöht sich die Rentenzahlung ab Rentenzahlungsbeginn der Hinterbliebenenrenten-Zusatzversicherung (vgl. Buchstabe b). Die hierfür jeweils zu Beginn eines Versicherungsjahres benötigten Beiträge werden zu Lasten der alljährlich am Ende des Versicherungsjahres zuzuteilenden Überschüsse vorfinanziert und aufgezinnt (mit 3,05 (3,40) %) mit diesen verrechnet. Der danach verbleibende Teil der Überschüsse dient dem Aufbau einer Zuwachsrente, die auf die Gewinnrente angerechnet wird.

In ZR ist ein Anteil von bis zu 0,5 %-Punkten für Schlussüberschussanteile und eine Beteiligung an den Bewertungsreserven enthalten.

a) Für die einzelnen Tarifwerke gelten folgende Überschussanteilsätze:

Tarifwerk	ZR
1992	0,05 (0,35)
1994	0,00
2000	0,45 (0,80)
2004	0,95 (1,30)
2004B, 2005	1,05 (1,40)
2007–2010	1,75 (2,10)
2012	2,25 (2,60)
2013	2,25

b) Gewinnrente

Es kann ein individueller Gewinnrenten-Prozentsatz vereinbart werden, wobei eine vertragsindividuelle Höchstgrenze nicht überschritten werden darf.

7.4 Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung (BUZ)

7.4.1 Versicherungen vor Eintritt der Berufsunfähigkeit

7.4.1.1 Laufende Überschussanteile

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Überschussanteil ausgeschüttet, der sich aus Zins- und Risikoüberschussanteilen zusammensetzt. Dabei wird bei den Tarifwerken ab 1994 der Risikoüberschussanteil per

Direktgutschrift zugewiesen und bei Vorliegen von negativen Kapitalerträgen zunächst mit diesen verrechnet.

Der Zinsüberschussanteil ZI bemisst sich in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals. Überschussberechtig ist dabei ab dem Jahr 2011 das Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres.

Der Risikoüberschussanteil RI wird in Abhängigkeit vom erreichten Alter in Prozent des überschussberechtigten Risikobeitrages angegeben.

Die jährlichen Überschussanteile werden – nach Abzug des erforderlichen Betrages für eine evtl. vereinbarte Berufsunfähigkeitsmehrleistung (vgl. Ziffer 2) – verzinslich angesammelt und mit insgesamt 3,05 (3,40) % p. a. verzinst. Dieser Gesamtzins setzt sich dabei aus einem rechnermäßigen Zins und einem überrechnermäßigen Zins, dem Ansammlungsüberschussanteil, zusammen. Das verzinslich angesammelte Überschussguthaben wird für nicht vollendete Jahre höchstens mit dem Rechnungszins verzinst.

Bei den Tarifwerken ab 2004 kann auch vereinbart werden, dass die jährlichen Überschussanteile in Fonds angelegt werden.

Für die einzelnen Tarifwerke werden festgelegt:

a) Tarifwerk 1992

Erreichtes Alter	ZI	RI für Männer	RI für Frauen
von 15 bis 19	0,00	26	56
von 20 bis 24	0,00	26	56
von 25 bis 29	0,00	26	51
von 30 bis 34	0,00	26	46
von 35 bis 39	0,00	32	39
von 40 bis 43	0,00	27	33
von 44 bis 47	0,00	21	27
von 48 bis 50	0,00	15	21
von 51 bis 53	0,00	9	15
von 54 bis 56	0,00	3	8
von 57 bis 59	0,00	0	2
von 60 bis 65	0,00	0	1

Überschussverteilung

b) Tarifwerke 1993–2004

Tarifwerk	ZI	RI
1993	0,00	23
1994	0,00	23
2000	0,00 (0,15)	25
2004	0,30 (0,65)	25

c) Tarifwerk 2005

Berufsklasse	ZI	RI
1	0,30 (0,65)	90
2	0,30 (0,65)	65
3	0,30 (0,65)	15
4	0,30 (0,65)	5
E	0,30 (0,65)	0
S	0,30 (0,65)	15

d) Tarifwerke 2007 bis 2010

Berufsklasse	ZI	RI
1	0,80 (1,15)	90
2	0,80 (1,15)	65
3	0,80 (1,15)	15
4	0,80 (1,15)	5
E	0,80 (1,15)	0
S	0,80 (1,15)	15

e) Tarifwerk 2012 und 2013

Berufsklasse	ZI	RI
1	1,30 (1,65)	90
2	1,30 (1,65)	65
3	1,30 (1,65)	15
4	1,30 (1,65)	5
E	1,30 (1,65)	0
S	1,30 (1,65)	15

Bei Versicherungen der Schichten 1 und 2 im Sinne des AltEinkG erhöht sich RI jeweils um 5 %-Punkte.

Davon abweichend werden für die BUZ beim Tarif ARg090004200 keine Überschussanteile gewährt.

7.4.1.2 Berufsunfähigkeitsmehrleistung (BUML)

Ist eine Barrente mitversichert, so kann bei Abschluss vereinbart werden, dass bei Eintritt der Berufsunfähigkeit eine Berufsunfähigkeitsmehrleistung (BUML) in Prozent der tariflich vereinbarten Rente gezahlt wird.

Die BUML beträgt bei dem Tarifwerk 1992 einheitlich 30 %. Bei den Tarifwerken 1993, 1994, 2000 und 2004 kann die BUML vertragsindividuell bis zu 25 % betragen; bei den Tarifwerken 2005 bis 2012 gelten in Abhängigkeit von der Berufsklasse für die BUML folgende Höchstgrenzen:

Berufsklasse	max. BUML in %
1	100
2	65
3	15
4	5
E	0
S	15

Im Tarifwerk 2013 gelten in Abhängigkeit von der Berufsklasse für die BUML folgende Höchstgrenzen:

Berufsklasse	max. BUML in %
1	120
2	80
3	15
4	5
E	0
S	15

Bei Versicherungen der Schichten 1 und 2 im Sinne des AltEinkG erhöht sich der angegebene maximale BUML-Satz jeweils um 5 %-Punkte.

7.4.1.3 Sofortgewinnsätze

Bei Vorliegen von bestimmten Voraussetzungen kann ab Tarifwerk 2005 auch vereinbart werden, dass die Überschussanteile mit den fälligen Beiträgen verrechnet werden (Sofortgewinnverrechnung).

Für die Sofortgewinnverrechnung gelten in Abhängigkeit von der Berufsklasse folgende Sofortgewinnsätze:

a) Tarifwerke 2005 bis 2012

Berufsklasse	Sofortgewinnsatz in %
1	50
2	40
3	12
4	4
E	0
S	12

b) Tarifwerk 2013

Berufsklasse	Sofortgewinnsatz in %
1	55
2	45
3	12
4	4
E	0
S	12

7.4.2 Versicherungen nach Eintritt der Berufsunfähigkeit

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Zinsüberschussanteil ZI in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals ausgeschüttet. Überschussberechtig ist dabei ab dem Jahr 2011 das Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres. Für die darüber hinaus eventuell noch bestehenden Anwartschaften auf BUZ-Leistungen wird der volle hierauf entfallende Überschussanteil gewährt.

Die jährlichen Zinsüberschussanteile für die Beitragsbefreiung werden zur weiteren Erhöhung der verzinslich angesammelten Überschussanteile verwendet.

Die jährlichen Zinsüberschussanteile für die Barrente werden für die Bildung einer zusätzlichen beitragsfreien BUZ-Rente (BUZ-Bonusrente) verwendet, die zusammen mit der tarifmäßig versicherten Rente und einer evtl. vereinbarten BUML fällig wird. Die BUZ-Bonusrente sowie die evtl. vereinbarte BUML sind wiederum überschussberechtigt.

Für die einzelnen Tarifwerke gelten die unter Ziffer 7.4.1.1 aufgeführten Zinsüberschussanteile in gleicher Höhe.

Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG

Aufsichtsrat	75
Vorstand	75
Lagebericht	76
Versicherungszweige und -arten	87
Gewinnverwendungsvorschlag	88
Bilanz	90
Gewinn- und Verlustrechnung	94
Anhang	96
Bestätigungsvermerk	107
Bericht des Aufsichtsrats	108

Aufsichtsrat	Joachim Hoof	Vorsitzender des Vorstands der Ostsächsischen Sparkasse Dresden, Dresden Vorsitzender
	Friedrich Schubring-Giese	Vorsitzender des Vorstands der Versicherungskammer Bayern i.R., München stv. Vorsitzender
	Renate Bohot	Vorsitzende des Vorstands der Kreissparkasse Bautzen, Bautzen
	Christof Ebert	Vertreter der Arbeitnehmer, Dresden
	Helmar Mielich	Vertreter der Arbeitnehmer, Dresden
	Kay Rakowski	Vertreter der Arbeitnehmer, Dresden
	Arthur Scholz	Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Vogtland, Plauen (bis 31.12.2012)
	Dr. Michael Völter	Mitglied des Vorstands der SV Sparkassenversicherung, Stuttgart
Dr. Klaus Zehner	Mitglied des Vorstands der SV Sparkassenversicherung, Stuttgart	
Vorstand	Gerhard Müller	Vorsitzender
	Hans-Jürgen Büdenbender	
	Friedrich Scholl	

Lagebericht

Überblick

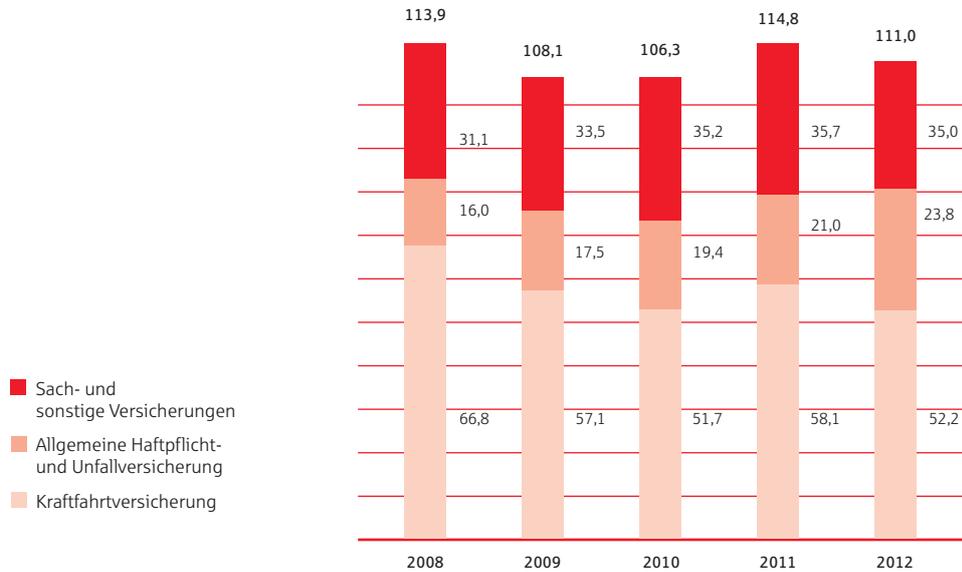
Mit einem sehr positiven Gesamtergebnis konnte im Geschäftsjahr 2012 die erfolgreiche Entwicklung der Vorjahre fortgesetzt werden. Im Privatkundengeschäft wurden sowohl bestands- als auch beitragsseitig deutliche Zuwachsraten erzielt. Das gewerbliche Geschäft stand im Zeichen ertragsorientierter Bestandsbereinigungen.

Alle von der Gesellschaft betriebenen Versicherungszweige und -arten sind auf Seite 87 aufgeführt.

Beiträge

Die Beitragseinnahmen im Privatkundengeschäft konnten um 5,5 % gesteigert werden. Im gewerblichen Geschäft war ein sanierungsbedingter Rückgang um 10,4 % zu verzeichnen. Damit verringerten sich im selbst abgeschlossenen Geschäft insgesamt die Beitragseinnahmen um 3,3 % auf 111,0 (114,8) Mio. EUR. Das in Rückdeckung übernommene Geschäft lag mit Beitragseinnahmen in Höhe von 4,3 (4,4) Mio. EUR auf Vorjahresniveau. Für das Gesamtgeschäft ergab sich ein Rückgang um 3,3 % auf 115,2 (119,2) Mio. EUR.

Beitragseinnahmen des selbst abgeschlossen Geschäfts in Mio. EUR



Versicherungsbestand

Im Privatkundengeschäft zeigte der Bestand an Versicherungsverträgen eine anhaltend positive Entwicklung. Ertragsstärkende Maßnahmen im gewerblichen Geschäft bewirkten, dass sich der Gesamt-Versicherungsbestand geringfügig um 0,3 % auf 624 516 (626 094) Verträge verringerte.

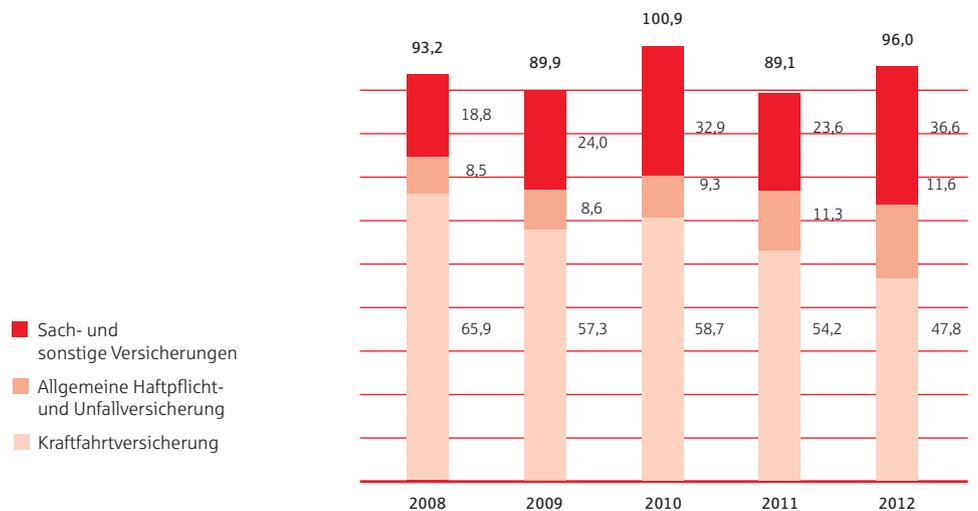
Kosten

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb betragen im Berichtszeitraum brutto 27,1 (32,5) Mio. EUR und für eigene Rechnung 14,2 (19,0) Mio. EUR. Nach abschließender Gewinnabrechnung eines beendeten aktiven Rückversicherungsverhältnisses im Vorjahr ging die Kostenquote brutto auf 23,5 (27,1) % und für eigene Rechnung auf 19,6 (25,7) % zurück. Im selbst abgeschlossenen Geschäft lag die Kostenquote brutto wie im Vorjahr bei 22,9 % und für eigene Rechnung bei 18,4 (18,6) %.

Versicherungsleistungen

Aufgrund einer Kumulation von Feuergroßschäden sind die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle des Geschäftsjahres gegenüber dem Vorjahr um 6,8 Mio. EUR auf 97,9 Mio. EUR gestiegen. Das entspricht einer Schadenquote von 84,7 (76,1) %. Im selbst abgeschlossenen Geschäft betrug die Schadenquote bei einem Aufwand für Geschäftsjahres-Versicherungsfälle von 96,0 (89,1) Mio. EUR 86,4 (77,1) %. Im übernommenen Geschäft entstand ein Aufwand für Versicherungsleistungen des Geschäftsjahres von 1,9 (2,0) Mio. EUR. Die Schadenquote lag bei 42,5 (49,4) %.

Versicherungsleistungen des selbst abgeschlossenen Geschäfts in Mio. EUR



Verlauf des selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäfts

Das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung wies vor Schwankungs- und Drohverlustrückstellung einen Ertrag von 2,2 (2,7) Mio. EUR auf. Der Schwankungsrückstellung und ähnlichen Rückstellungen wurden 1,4 (0,5) Mio. EUR entnommen. Die Drohverlustrückstellung wurde um 0,3 Mio. EUR erhöht.

Unfallversicherung

Mit dem erfolgreichen Vertrieb der Existenzversicherung konnte in der Unfallversicherung ein überdurchschnittliches Wachstum erzielt werden. Der Bestand an Versicherungsverträgen erhöhte sich um 7,1 % auf 83 986. Die Beitragseinnahmen wuchsen um 17,9 % auf 11,5 Mio. EUR an. Die Schadenquote lag bei 56,1 (57,5) %. Nach Zuführung von 0,3 (Entnahme von 0,2) Mio. EUR zur Schwankungsrückstellung und Bildung einer Drohverlustrückstellung in Höhe von 0,3 (-) Mio. EUR schloss das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung mit einem Ertrag von 2,0 (2,1) Mio. EUR.

Lagebericht

Haftpflichtversicherung

In der Allgemeinen Haftpflichtversicherung einschließlich Luftfahrt-Haftpflicht wuchs der Bestand um 4,0 % auf 120 524 Verträge an. Die Beitragseinnahmen stiegen auf 12,3 (11,2) Mio. EUR. Die Schadenquote sank auf 42,6 (52,0) %. Der Schwankungsrückstellung mussten wegen Überschreitens des Sollbetrages 1,1 Mio. EUR entnommen werden. Das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung wies nach Verringerung der Schwankungsrückstellung um 1,1 (Erhöhung um 0,2) Mio. EUR einen Ertrag von 3,5 (0,5) Mio. EUR auf.

Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung

Nach deutlichen Beitragssteigerungen im gewerblichen Kfz-Geschäft im Vorjahr zur Kompensation sanierungsbedingter Kündigungen ist im Geschäftsjahr erwartungsgemäß ein Rückgang der Beitragseinnahmen eingetreten. Mit Beiträgen in Höhe von 32,5 (37,8) Mio. EUR belief sich der Rückgang auf 13,9 %. Auf der Bestandsseite wirkte sich diese Entwicklung mit einem Rückgang um 10,3 % auf 104 370 (116 307) Verträge aus. Mit 94,5 (94,3) % blieb die Schadenquote nahezu konstant. Nach Erhöhung der Schwankungsrückstellung um 0,9 (-) Mio. EUR und der Drohverlustrückstellung um 0,2 (0,4) Mio. EUR ergab sich im versicherungstechnischen Ergebnis für eigene Rechnung ein Verlust von 2,2 (2,2) Mio. EUR.

Sonstige Kraftfahrtversicherungen

Entsprechend der Entwicklung in der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung war auch in der Fahrzeugvoll- und Teilverversicherung ein Rückgang an Verträgen und Beitragsvolumen zu verzeichnen. Der Bestand an Versicherungsverträgen verringerte sich um 6,0 % auf 72 616 (77 220) Verträge. Die Beitragseinnahmen lagen mit 19,6 (20,3) Mio. EUR um 3,6 % unter denen des Vorjahres. Die Schadenquote verbesserte sich weiter auf 87,1 (91,4) %. Nach Erhöhung der Schwankungsrückstellung um 0,4 (-) Mio. EUR und Verringerung der Drohverlustrückstellung um 0,3 (-) Mio. EUR wies das versicherungstechnische Netto-Ergebnis einen Verlust von 0,1 (0,8) Mio. EUR auf.

Feuerversicherung

In der Feuerversicherung konnte ein leichter Ausbau des Bestandes um 0,5 % auf 11 854 (11 793) Verträge erzielt werden. Die Beitragseinnahmen blieben mit 6,3 (6,6) Mio. EUR um

4,8 % unter dem Vorjahresniveau. Eine Kumulierung großer Brandschäden verursachte den Anstieg der Schadenquote auf 223,5 (73,5) %. Nach der dadurch erfolgten Verringerung der Schwankungsrückstellung um 1,1 (Erhöhung um 0,2) Mio. EUR ergab sich für das versicherungstechnische Nettoergebnis ein Verlust von 0,9 (Ertrag 0,6) Mio. EUR.

Verbundene Wohngebäudeversicherung

Der Bestand in der Verbundenen Wohngebäudeversicherung stieg um 5,1 % auf 33 507 (31 868) Verträge. Die Beitragseinnahmen erreichten mit 11,6 (10,5) Mio. EUR eine Steigerung um 10,7 %. Extreme Witterungsverhältnisse bewirkten im Geschäftsjahr einen Anstieg der Schadenquote auf 85,5 (69,0) %. Nach Erhöhung der Drohverlustrückstellung um 0,1 Mio. EUR und Verringerung der Schwankungsrückstellung um 0,3 (Erhöhung um 0,5) Mio. EUR ergab sich ein versicherungstechnischer Verlust für eigene Rechnung von 1,1 (0,0) Mio. EUR.

Extended Coverage-Versicherung

Sanierungsmaßnahmen in der Versicherung zusätzlicher Gefahren zur Feuer- bzw. Feuer-Betriebsunterbrechungs-Versicherung (Extended Coverage) führten in Verbindung mit der Neuordnung von Beteiligungsquoten zu einem Beitragsrückgang um 32,7 % auf 4,2 (6,3) Mio. EUR. Der Bestand an Versicherungsverträgen blieb mit 3 447 (3 464) Verträgen nahezu konstant. Wie in der Feuerversicherung beeinflussten auch hier mehrere Großschäden, vor allem im landwirtschaftlichen Bereich, die Schadenquote negativ. Sie lag bei 148,9 %. Die Schwankungsrückstellung wurde um 0,5 (0,6) Mio. EUR entlastet. Für eigene Rechnung ergab sich im versicherungstechnischen Ergebnis ein Verlust von 0,7 (1,0) Mio. EUR.

Sonstige Versicherungszweige

Der weitere Ausbau des Privatkundengeschäfts bewirkte in den sonstigen Versicherungszweigen eine positive Entwicklung. Der Bestand wuchs um 1,6 % auf 194 212 (191 116) Verträge. Die gebuchten Bruttobeiträge beliefen sich auf 13,0 (12,3) Mio. EUR. Davon entfielen auf die übrige Sachversicherung 11,0 Mio. EUR und auf sonstige Versicherungen 2,0 Mio. EUR. Bei einem Brutto-Schadenaufwand des Geschäftsjahres von 5,7 (5,6) Mio. EUR betrug die Schadenquote 44,7 (46,0) %. Das versicherungstechnische Ergebnis wies einen Ertrag von 2,8 (4,0) Mio. EUR auf. Dabei blieb die Schwankungsrückstellung

unverändert, nachdem sie im Vorjahr infolge Überschreitens des Sollbetrages um 0,6 Mio. EUR verringert wurde.

In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft

Das in Rückdeckung übernommene Geschäft ergibt sich im Wesentlichen aus Retrozessionsverträgen mit der Deutschen Rückversicherung AG, Düsseldorf. Darüber hinaus wurde in geringem Umfang indirektes Geschäft bei der Pharma-

Rückversicherungs-Gemeinschaft sowie im Rahmen der Beteiligung der Gesellschaft an der Extremus Versicherungs-AG gezeichnet. Die Beitragseinnahmen betrugen im Geschäftsjahr 4,3 (4,4) Mio. EUR. Die Schadenquote verringerte sich auf 42,5 (49,4) %. Der Schwankungsrückstellung wurden 0,1 Mio. EUR entnommen. Das versicherungstechnische Ergebnis betrug 1,0 (1,0) Mio. EUR.

Kapitalanlagen

	31.12.2012		31.12.2011		Veränderung Mio. EUR
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	
Anteile an verbundenen Unternehmen	0,1	0,1	0,1	0,1	-
Beteiligungen	2,0	1,6	2,0	1,5	-
Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	5,0	4,2	4,7	3,7	0,3
Festverzinsliche Wertpapiere	38,3	31,9	43,4	33,9	-5,1
Namensschuldverschreibungen	28,2	23,5	28,3	22,1	-0,1
Schuldscheinforderungen und Darlehen	42,0	34,9	32,5	25,4	9,5
übrige Ausleihungen	2,0	1,7	2,0	1,6	-
Einlagen bei Kreditinstituten	2,5	2,1	15,0	11,7	-12,5
	120,1	100,0	128,0	100,0	-7,9

Kapitalanlagebestand

Der Bestand an Kapitalanlagen ist gegenüber dem Vorjahr um 6,2 % auf 120,1 Mio. EUR gesunken. Die Veränderung setzt sich im Wesentlichen aus Zugängen in Höhe von 22,3 Mio. EUR und Abgängen in Höhe von 30,5 Mio. EUR zusammen. Es erfolgten außerplanmäßige Zuschreibungen auf Investmentanteile in Höhe von 0,2 Mio. EUR.

Bruttoneuanlagen

Die Bruttoneuanlagen beliefen sich auf 22,3 Mio. EUR, was einer Neuanlagequote von 17,4 % des Kapitalanlagebestandes entspricht. Der größte Teil der Bruttoneuanlage floss dabei mit 19,8 Mio. EUR in Schuldscheindarlehen und Inhaberschuldverschreibungen.

Ergebnis aus Kapitalanlagen

Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen stieg um 0,7 Mio. EUR auf 3,6 Mio. EUR. Dadurch ergab sich eine Erhöhung der Nettoverzinsung von 2,4 % im Vorjahr auf 2,9 % im Berichtsjahr. Die Steigerung des Nettoergebnisses ist hauptsächlich auf ein Ausbleiben von Abschreibungen sowie auf eine Zuschreibung von 0,2 Mio. EUR zurückzuführen. Es entstanden 116 TEUR Gewinne aus dem Abgang hauptsächlich von Inhaberschuldverschreibungen sowie 287 TEUR Abgangverluste bei Inhaberschuldverschreibungen. Die laufende Durchschnittsverzinsung – berechnet nach der vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft empfohlenen Methode – lag bei 2,8 %.

Lagebericht

Jahresergebnis

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Jahresüberschuss von 4,3 Mio. EUR. Nach Hinzurechnung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr und Einstellung in die gesetzliche Rücklage ergibt sich ein Bilanzgewinn von 4,3 Mio. EUR, über dessen Verwendung die Hauptversammlung beschließt. Der Gewinnverwendungsvorschlag ist auf Seite 88 aufgeführt.

Verbundene Unternehmen

Die Gesellschaft ist entsprechend den §§ 15 ff. AktG mit der S.V. Holding AG, Dresden, die 100 % des Aktienkapitals besitzt, sowie der Beteiligungsgesellschaft der Sparkassen des Freistaates Sachsen mbH, Berlin, die ihrerseits 51 % der Anteile der S.V. Holding AG hält, verbunden. Die restlichen 49 % des Aktienkapitals besitzt die BSÖ Beteiligungsgesellschaft mbH, München. Diese wiederum wird von der Bayern-Versicherung Lebensversicherung Aktiengesellschaft, München, und der SV Sparkassenversicherung Lebensversicherung AG, Stuttgart, gehalten.

Weiter ist sie mit der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG, Dresden, deren Aktienkapital sich zu 99,84 % im Besitz der S.V. Holding AG und zu 0,16 % im Besitz der Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG, Dresden, befindet, nach den §§ 15 ff. AktG verbunden.

Im Rahmen einer Funktionsausgliederung wurden vor allem die Funktionen Vertrieb, Rechnungswesen, Betriebsorganisation, Allgemeine Verwaltung und Vermögensanlagen der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG übertragen. Die Vermittlung von Versicherungen erfolgt im Wesentlichen durch die Außendienstorganisation der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG.

Nach den Vorschriften des § 312 AktG erstellte der Vorstand einen Bericht über die Beziehungen der Gesellschaft zu verbundenen Unternehmen. Dieser schließt mit der Erklärung:

„Die Gesellschaft erhielt bei jedem im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung. Dieser Beurteilung liegen die Umstände zu Grunde, die uns im Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bekannt waren. Berichtspflichtige Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse der mit der Gesellschaft verbundenen Unternehmen wurden weder getroffen noch unterlassen.“

Risiken und Chancen der zukünftigen Entwicklung

Allgemeine Einschätzung

Insbesondere für Versicherungsunternehmen als Risikoträger besitzt der Umgang mit Risiken einen hohen Stellenwert. Dies gilt sowohl für Risiken aus den Bereichen Versicherungstechnik und Kapitalanlage als auch für alle anderen Risiken der strategischen und operativen Unternehmensführung. Das Risikomanagementsystem der Sparkassen-Versicherung Sachsen trägt insofern wesentlich zum langfristigen Unternehmenserfolg bei und dient zur Vermeidung von negativen Auswirkungen der Risikoexposition auf die Wirtschafts-, Finanz- und Ertragslage.

Das ursprünglich aufgrund des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementierte Risikomanagementsystem wird seit der Veröffentlichung des BaFin Rundschreibens 3/2009 „Aufsichtsrechtliche Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk [VA])“ kontinuierlich hin zu Solvency II weiterentwickelt. Die Vorschriften der Solvency II-Rahmenrichtlinie (Ebene 1), aus Durchführungsbestimmungen der EU-Kommission (Ebene 2) sowie Leitlinien von EIOPA (Ebene 3) und insbesondere die ausstehende nationale Umsetzung im Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) werden weitere spürbare Auswirkungen auf die Gestaltung des Risikomanagementsystems haben. Ungeachtet dessen verfügt das Unternehmen bereits heute über ein umfangreiches Kontroll-, Berichts- und Meldewesen.

Die Aufgaben und Verantwortlichkeiten aller handelnden Personen sind eindeutig in einer Verantwortungsmatrix definiert. Die Verantwortung für den Aufbau von Risikopositionen und deren Überwachung/ Kontrolle sind strikt getrennt und werden zusätzlich durch flankierende Maßnahmen abgesichert. Die Vorgaben zur allgemeinen sowie strategischen Risikohandhabung und -steuerung sind in einer Risikostrategie dokumentiert und werden einmal jährlich kritisch analysiert (Strategieaudit). Grundsätzlich verfolgt die Sparkassen-Versicherung Sachsen einen primär dezentral ausgerichteten Risikomanagementansatz, bei dem die Risikoidentifikation und -bewertung sowie die Umsetzung von Maßnahmen zur Risikobegrenzung überwiegend den operativen Funktionseinheiten obliegt. Ergänzend dazu erfolgt die unternehmensweite Aggregation der Risiken zentral durch die unabhängige Risikocontrollingfunktion (URCF). Die URCF wird durch das Zentrale Risikomanagement bzw. das Risikocontrolling wahrgenommen. Das Zentrale Risikomanagement verantwortet darüber hinaus die Weiterentwicklung des unternehmensweiten Risikomanagementsystems, die Steuerung und Koordination des gesamten Risikomanagementprozesses

(Risikokontrollprozess, vierteljährliche Risikoinventuren) sowie die interne und externe Risikoberichterstattung. Weiterhin fördert das Zentrale Risikomanagement die Risikokultur in der Sparkassen-Versicherung Sachsen.

Das oberste Berichts- und Entscheidungsgremium im Zusammenhang mit dem Risikomanagementsystem bzw. der Risikosituation der Sparkassen-Versicherung Sachsen ist das Risikokomitee. Die Entscheidungskompetenz liegt dabei ausschließlich bei den Mitgliedern des Vorstandes und ist nicht delegierbar. Die sonstigen Mitglieder sind so zusammengestellt, dass alle wesentlichen Funktionen unter Solvency II abgebildet werden und der Gesamtvorstand alle Risikomanagementfragen durch Beratung und Entscheidungsvorbereitung mit Verantwortlichen der höchsten Führungsebene diskutieren kann. Im Rahmen der Sitzungen des Risikokomitees erfolgt gegenüber dem Gesamtvorstand turnusmäßig die Berichterstattung zum Risikomanagementprozess, zum Risikocontrollingmodell, zu Kapitalanlagen und zum Kapitalanlagerisikomanagement gemäß dem BaFin Rundschreiben 4/2011. Bei der Festlegung von Methoden und Prozessen zur Risikobewertung und -überwachung (Risikocontrollingmodell) wird das Risikokomitee operativ vom Steuerungskreis Komposit unterstützt. Der Steuerungskreis ist u.a. für den Aufbau, die Pflege sowie die Anpassung an Unternehmensspezifika zuständig. Dieses Gremium besitzt diesbezüglich aber keine Entscheidungskompetenz, sondern spricht ausschließlich Empfehlungen an das Risikokomitee aus.

Der Zusammenhang zwischen den finanziellen Ressourcen und der aktuellen Risikosituation wird monatlich mehrdimensional hinsichtlich einer bilanzwirtschaftlichen, einer betriebswirtschaftlichen und einer aufsichtsrechtlichen Perspektive herausgearbeitet. Für die Ableitung der Risikoegebnisse werden drei Szenarien (Plan-, Risiko-, Extrem-Szenario) zugrunde gelegt. Das vollumfängliche Gesamtbild der jeweils aktuellen Risikosituation liefert der jährliche Risikobericht gemäß § 64a Abs. 1 Satz 4 Nr. 3 Buchstabe d VAG. Eine Ausfertigung dieses Berichts wird der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) gemäß § 55c VAG vorgelegt. Ergänzende Analysen und Informationen erhält der Gesamtvorstand in deutlich höherer Frequenz im Risikokomitee bzw. in einer Vorstandssitzung. Ein zentraler Bericht an den Gesamtvorstand ist u.a. der Monatsbericht aus dem Unternehmenscontrolling. Auf Basis der vorgenannten Berichte unterrichtet der Gesamtvorstand den Aufsichtsrat vierteljährlich über das Risikoportfolio und im Rahmen der Aufsichtsratssitzungen über den aktuellen Stand des Risikomanagementsystems.

Weitere wichtige Bestandteile des Risikomanagementsystems der Sparkassen-Versicherung Sachsen sind das Interne Kontrollsystem (IKS), die Compliance-Organisation und das Business Continuity Managementsystem (BCM). Die Einhaltung aller einschlägigen gesetzlichen und sonstigen Vorschriften (z.B. interne Vereinbarungen, Arbeitsanweisungen und Richtlinien) wird durch einen Compliance-Beauftragten koordiniert. Der Compliance-Beauftragte ist Mitglied des Risikokomitees. Eine Compliance Richtlinie regelt diesbezüglich verbindliche Verhaltensgrundsätze für die Mitarbeiter. Das etablierte BCM besteht u.a. aus einem Notfallstab, einer Notfallbeauftragten sowie einem standardisierten Alarmierungsvorgehen. BCM Pläne stellen sicher, dass die notwendigen Ressourcen für die kritischsten Geschäftsprozesse (Mitarbeiter, Räumlichkeiten, Externe Dienstleister, IT-Anwendungen, Dokumente) zeitgerecht zur Verfügung stehen.

Die evolutionäre Weiterentwicklung des bestehenden Risikomanagementsystems ist auch in 2013 und den Folgejahren auf die Erfüllung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen fokussiert. Vor diesem Hintergrund hat die Sparkassen-Versicherung Sachsen in den letzten Jahren zahlreiche Aktivitäten unternommen. Gemäß MaRisk (VA) wurden u.a. Prozesse implementiert, um die Risiken neuer Kapitalmarkt-, Versicherungs- und Rückversicherungsprodukte vorab auf ihre Auswirkung auf das Gesamtrisikoprofil zu untersuchen. Die unternehmensspezifischen Untersuchungsdesigns sind getrennt nach Kapitalmarkt-, Versicherungs- und Rückversicherungsprodukten definiert. Insgesamt hat die BaFin dem Unternehmen im Juli 2012 einen guten Umsetzungsstand bezüglich MaRisk (VA) bescheinigt.

In 2013 liegt der Hauptfokus der Aktivitäten auf der praktischen Erprobung des implementierten Risikocontrollingmodells und des daraus abgeleiteten Limitsystems. Ziel ist es, neben den aufsichtsrechtlich geforderten Risikobegrenzungen auch ein System vorzuhalten, das bei strategischen Fragestellungen wichtige Entscheidungshilfen geben kann. Darauf aufbauend richtet die Sparkassen-Versicherung Sachsen das Management der Kapitalanlagen anhand einer Strategischen Asset Allokation (SAA) konsequent an der Risikotragfähigkeit des Unternehmens aus. Zur fristgerechten Implementierung des operativen Betriebs zur Solvabilitätsberechnung im Standardansatz gemäß Säule I von Solvency II und zur Offenlegung gemäß Säule III von Solvency II wird die Standardsoftware SOLVARA von der Steria Mummert ISS GmbH im Rahmen eines Einführungsprojektes im Einklang mit der Entwicklung von Solvency II implementiert. Im Zusammenhang mit dem Own Risk and Solvency Assessment (ORSA) gemäß Solvency II wird die bisherige Unternehmensplanung zur unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung hinsichtlich Sol-

Lagebericht

ency II bezogener Kennzahlen erweitert. Um darüber hinaus bestmöglich auf die quantitativen Anforderungen der Zukunft vorbereitet zu sein, nimmt die Sparkassen-Versicherung Sachsen an den quantitativen Auswirkungsstudien zu Solvency II teil. Über Arbeitsgruppen, Erfahrungsaustausche mit den Aktionärsversicherern und Informationsveranstaltungen (GDV, BaFin, sonstige Anbieter) stellt die Sparkassen-Versicherung Sachsen zudem laufend einen Know-how-Aufbau und eine Orientierung an Best Practice Lösungen sicher.

Das Risikomanagementsystem der Sparkassen-Versicherung Sachsen wird turnusmäßig durch interne und externe Stellen überprüft. Die Aufgabe der Internen Revision ist es dabei, durch systematische und zielgerichtete Prüfungsleistungen zu bewerten, ob die Tätigkeiten des Risikomanagements ordnungsgemäß erfolgen. Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung hat der Wirtschaftsprüfer das Risikofrüherkennungssystem nach § 91 Abs. 2 AktG geprüft. Sowohl bei der jährlichen Prüfung der Internen Revision als auch bei der Jahresabschlussprüfung durch den Wirtschaftsprüfer gab es keine wesentlichen Beanstandungen.

Der unternehmensinterne Risikobegriff bezieht sich nicht nur auf die Nichterreichung explizit formulierter Ziele, sondern auch darauf, dass sich implizit ergebende Chancen nicht realisiert werden können. Die Sparkassen-Versicherung Sachsen betrachtet demnach sowohl Risiken als auch Chancen. Zur besseren Einschätzung der Chancen verweisen wir an dieser Stelle auf die nachfolgenden Ausführungen im Ausblick sowie den Prognosebericht. Bis auf die weiterhin unsichere Entwicklung auf den Kapitalmärkten sind aus heutiger Sicht keine Entwicklungen erkennbar, aus denen sich eine nachhaltige Beeinträchtigung der Wirtschafts-, Finanz- und Ertragslage ableiten lässt. Die jeweiligen Risiken sind bekannt und werden bewusst gesteuert. Die Risikosituation der Kapitalanlagen ist maßgeblich von der der Kapitalmarktsituation geprägt. Investitionen in höchste Qualitäten versetzen die Sparkassen-Versicherung Sachsen in die Lage, den aufsichtsrechtlichen Anforderungen jederzeit nachkommen zu können. Somit sieht sich die Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG (SAS) in der Lage, alle Verpflichtungen aus den bestehenden Verträgen dauerhaft zu erfüllen.

Den Empfehlungen des Deutschen Standardisierungsrates zur Risikoberichterstattung von Versicherungsunternehmen (DRS 5-20) folgend, stellt sich die Risikosituation der Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG im Detail wie folgt dar:

Versicherungstechnische Risiken

Die Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG betreibt die Sparten Kraftfahrt-, Sach-, Haftpflicht- und Unfallversicherung. Unser Portefeuille ist in den einzelnen Versicherungssparten ausgewogen, wobei der Schwerpunkt in der Kraftfahrtversicherung liegt. Es gibt klare Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten für die Bearbeitung von Versicherungsverträgen. Die versicherungstechnische Risikosituation eines Schaden- und Unfallversicherers ist wesentlich geprägt durch das Prämienrisiko, das Reserverisiko und das Rückversicherungsrisiko.

a) Prämienrisiko

Das Prämienrisiko besteht darin, dass die kalkulierten Prämien für die Schadenbelastung und Kosten nicht ausreichend sind.

Um das Prämienrisiko beherrschbar zu gestalten, basiert die Kalkulation unserer Produkte auf einer breiten Basis ausgewählter Rechnungsgrundlagen und mathematisch-statistischer Verfahren. Es werden u. a. Daten des Verbandes öffentlicher Versicherer (VöV) sowie des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV) zur Kalkulation herangezogen.

Zur Risikosteuerung des Portefeuilles gibt es in allen Sparten Annahme- und Zeichnungsrichtlinien. Ein Fachcontrolling analysiert und bewertet kontinuierlich die Schaden- sowie auch die produktspezifischen Beitrags- und Kostenentwicklungen. Aus den Erkenntnissen und der Abschätzung der künftigen Entwicklung werden Maßnahmen sowie ggf. ein Re-Underwritingprogramm abgeleitet. Für die Sparten der Feuerversicherung erfolgt hieraus in 2013 eine tiefer gehende Portefeuilleanalyse und Portefeuilleumstrukturierung für 2014. Darüber hinaus sind in nahezu allen Verträgen Beitragsanpassungsmöglichkeiten bei geänderter Risikosituation vorgesehen.

Nach dem BGH-Urteil vom 27.10.2010 zum Gesamtschuldnerausgleich bei Gespannen besteht eine Doppelversicherung zwischen ziehendem Fahrzeug und Anhänger. Bislang wurde der Schaden bei Fahrzeugen mit Anhängern weitgehend der Zugmaschine zugerechnet. Nunmehr erfolgt eine hälftige Teilung. Verbände und weitere Interessenvertretungen arbeiten an einer gesetzlichen Lösung zur Wiederherstellung des alten Zustandes, die spätestens ab 2013 gelten sollte. Derzeit ist seitens des Gesetzgebers der Zeitplan zur Umsetzung offen. Für die noch nicht der Verjährung unterliegenden Jahre wird die Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG, wie auch die Markt-

teilnehmer, weiter Regresse aus Doppelversicherung prüfen und anmelden.

Aufgrund eines am 01.03.2011 ergangenen EuGH-Urteils zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen bei der Bestimmung von Versicherungsprämien hat die Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG termingerecht in 2012 Unisex-Tarife eingeführt. Die Übertragung dieser für Europa geltenden Vorschrift in deutsches Recht ist per 01. März 2013 mit Verabschiedung des SEPA-Begleitgesetzes durch den Deutschen Bundesrat erfolgt, sodass alle in Deutschland tätigen Versicherer ausschließlich Unisex-Tarife anbieten können.

b) Reserverisiko

Das Reserverisiko besteht darin, dass insbesondere im Long-Tail-Geschäft die Auszahlungen für eingetretene Schäden die dafür gebildeten Rückstellungen übersteigen.

Die versicherungstechnischen Einzelschadenrückstellungen für bekannte Schäden bemessen wir kaufmännisch auskömmlich durch eine bestmögliche Einschätzung aller Umstände (z. B. medizinische und wirtschaftliche Entwicklung). Bei großen Personenschäden werden zudem Rehaexperten hinzugezogen. Bei Veränderung des Sachverhaltes werden Anpassungen vorgenommen. Darüber hinaus bilden wir zusätzliche Rückstellungen für statistisch zu erwartende, aber am Bilanzstichtag noch unbekanntes Schäden auf Basis aktueller Methoden.

Die Rückstellungen werden durch systematische Analysen mit Hilfe mathematisch-statistischer Methoden bewertet und überwacht. Abwicklungsergebnisse werden laufend kontrolliert. Die hieraus gewonnenen Erkenntnisse werden umgesetzt.

Zusätzlich werden nach den handelsrechtlichen Berechnungsvorgaben Schwankungsrückstellungen sowie Drohverlustrückstellungen gebildet.

c) Rückversicherungsrisiko

Das Rückversicherungsrisiko besteht in der Fehleinschätzung unserer Exposure und dem Ausfall von Rückversicherern.

Mit einer sicherheitsorientierten Rückversicherungsstrategie begrenzen wir bei den versicherungstechnischen Risiken sowohl die maximale Schadenbelastung aus Kumulereignissen wie auch Schwankungen aus größeren Einzelschäden.

Ein wesentliches Risiko - insbesondere als regionaler Versicherer - ist das Zufalls- und Konzentrationsrisiko aus Elemen-

tarschadenereignissen. Naturkatastrophen der vergangenen Jahre deuten darauf hin, dass die Eintrittswahrscheinlichkeit und die Intensität solcher Schadenereignisse weiterhin zunehmen werden. Um das Risiko der Fehleinschätzung zu minimieren, führen wir regelmäßig zusammen mit verschiedenen Rückversicherungspartnern Analysen und Bewertungen unseres Elementarschadenexposure durch.

Um auch bei Großschäden, Kumulereignissen und im Long-Tail-Geschäft das Risiko von Forderungsausfällen bei den Rückversicherern zu begrenzen, beobachten wir fortlaufend deren Bonität und die aktuellen Ratings. Zusätzlich diversifizieren wir unser Elementarschadenrückversicherungsprogramm auf mehrere Rückversicherer und platzieren einen Großteil der sonstigen Rückversicherung bei den gruppeninternen Rückversicherern.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Am Bilanzstichtag bestanden gegenüber Versicherungsnehmern und Rückversicherungsgesellschaften geringe Forderungen mit mehr als 90 Tage zurückliegendem Fälligkeitszeitpunkt. Zur Abdeckung des allgemeinen Ausfallrisikos wurden entsprechende Wertberichtigungen gebildet. Die Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft werden als nicht bestandsgefährdend eingestuft.

Risiken aus Kapitalanlagen

Im Bereich der Kapitalanlagen können Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken auftreten.

a) Marktrisiken

Marktrisiken können durch ungünstige Entwicklungen bei Zinsen oder Kursen von Wertpapieren entstehen. Um ein mögliches Risikovolumen ermitteln zu können, analysieren wir in regelmäßigen Abständen verschiedene Szenarien.

Zur Überprüfung der Marktrisiken sind Stresstests entsprechend R01/2004 in der von der BaFin für 2011 vorgegebenen Form durchgeführt worden. Die Stresstests wurden bestanden. Es besteht deshalb nach heutigen Erkenntnissen keine Gefährdung der Garantien aus den eingegangenen Verpflichtungen durch das Kapitalmarktrisiko. Eine laufende Überprüfung und Aktualisierung der Risikoeinschätzung ist sichergestellt.

Lagebericht

b) Kreditrisiken

Kreditrisiken können eintreten, wenn ein Schuldner insolvent wird. Um das Kreditrisiko zu minimieren, erfolgen die Investitionen breit gestreut und vornehmlich nur in fundamental erstklassigen Werten. Die Kapitalanlagen sind überwiegend in Anlagen des besseren Investmentgrade-Bereichs investiert. Nachfolgende Tabelle gibt die Aufteilung der Kapitalanlagen des Gesamtbestandes nach Rating wieder.

Rating	Mio. EUR	in %
AAA	49,7	41,4
AA	18,1	15,1
A	19,6	16,3
BBB	21,7	18,1
High Yields	4,0	3,3
ohne Rating	7,0	5,8
Summe	120,1	100,0

Die Anlagen ohne Rating umfassen die strategischen Beteiligungen und die Publikumsfonds.

Von der Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG werden Nachrangpapiere im Kapitalanlagebestand gehalten. Wir gehen derzeit davon aus, dass keine Nachträge ausfallen werden.

Staatsanleihen der Peripherie-Staaten hält die Gesellschaft lediglich im Umfang von 2,0 Mio. EUR.

Land	Buchwert Mio. EUR	Zeitwert Mio. EUR	Anteil am Gesamtbestand in %
Portugal	1,0	0,9	0,8
Italien	1,0	1,0	0,8
Summe	2,0	1,9	1,6

Die Politiker Europas bringen ihren Willen zum Erhalt der Eurozone entschlossen zum Ausdruck. Um im zukünftigen Umfeld zwischen den wirtschaftlichen Großmächten USA, China und generell der Emerging Markets bestehen zu können, ist ein enger politischer und wirtschaftlicher Verbund unverzichtbar. Erste Anzeichen von Genesung sind bei Irland und Portugal zu erkennen. Griechenland und Zypern werden wohl auf Jahre Empfänger von Transferleistungen bleiben. In Spanien scheinen die ergriffenen Maßnahmen erste Erfolge

zu zeigen. Italien ist historisch eine starke Wirtschaftsnation mit breiter Basis. Dennoch sorgt die politische Komponente in beiden Ländern immer wieder für große Unruhe und Verunsicherung an den Kapitalmärkten.

Vor diesem Hintergrund hat die Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG die Bestände in Wertpapieren der Peripherie-Staaten reduziert. Die Staatsanleihen der Hellenischen Republik wurden Anfang des Jahres vollständig veräußert. Die vorhandenen Risikopositionen stufen wir als beherrschbar ein. Für den verbleibenden Teil der Anleihen besteht aus unserer Sicht keine Gefahr einer dauernden Wertminderung.

Auch wenn die Anzeichen für eine langsame Rückkehr der Kapitalmärkte zur Normalität aufgrund der weltwirtschaftlichen Entwicklung wachsen, zeugen einige Rückschläge nach wie vor von der vorhandenen Unsicherheit auf Seiten der Investoren. Die Risikoprämien befinden sich trotz der jüngsten Einengungen noch immer auf einem Niveau deutlich oberhalb des Niveaus vor Ausbruch der Krise. Das Zinsniveau ist anhaltend niedrig. Die erwartete moderate Erholung der Märkte wird von den meisten Marktteilnehmern als volatiler Trend prognostiziert. Starke Zinsanstiege werden als unwahrscheinlicher als eine längere Phase japanischer Verhältnisse angesehen.

c) Liquiditätsrisiken

Zur Vermeidung von Liquiditätsrisiken wird die Fälligkeitsstruktur der Kapitalanlagen nach den Bedürfnissen der Passivseite ausgerichtet, wobei die Wahrung der strukturellen Liquidität der nächsten Jahre von besonderem Gewicht ist. Die kurzfristige Liquidität wird mittels einer Liquiditätsplanung gesteuert, die alle prognostizierten Zahlungsströme des laufenden Jahres erfasst. Um unerwarteten Liquiditätsanforderungen – auch in erheblichem Ausmaß – begegnen zu können, ist stets ein Teil der Kapitalanlagen in hochliquiden Anlagen investiert, die jederzeit schnell und ohne größere Kursrisiken veräußert werden können.

Operationale Risiken

Operationale Risiken können im Zusammenhang mit unzulänglichen oder fehlgeschlagenen internen Prozessen auftreten. Insbesondere können solche Risiken aus mitarbeiter- und systembedingten oder aber externen Vorfälle entstehen. Unter operationalen Risiken fassen wir z.B. die Störung beziehungsweise den Ausfall des Verwaltungsgebäudes, von technischen Systemen bzw. der Informationstechnik (siehe BCM) wie auch dolose Handlungen (siehe Compliance Richtlinie) und Bearbeitungsfehler zusammen. Das operationale Risiko umfasst

auch Rechtsrisiken, jedoch nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken. Die gesetzgeberischen Aktivitäten sowie die aktuelle Rechtsprechung werden laufend beobachtet und stellen eine zeitnahe Reaktion auf unternehmensspezifische Veränderungen und die unmittelbare Anwendung sicher.

Das wesentliche Instrument der Sparkassen-Versicherung Sachsen zur Begrenzung der operationalen Risiken ist das Interne Kontrollsystem (IKS). Durch Funktionstrennungen in den Arbeitsabläufen, Abstimmungs- und Plausibilitätsprüfungen sowie hierarchisch abgestufte Vollmachten und Berechtigungen wird sichergestellt, dass mögliche Risiken im Rahmen der operativen Tätigkeiten der Funktionseinheiten vermieden bzw. auf ein akzeptables Maß reduziert werden. Die Führungskräfte der Sparkassen-Versicherung Sachsen sind gehalten, neben der Beschreibung der risikobehafteten Geschäftsprozesse und der dazugehörigen Kontrollmaßnahmen auch die Auswirkung auf Wirtschaftlichkeit, Daten und Compliance zu bewerten. Die Nettorisiken nach Wirkung der Kontrollmaßnahmen sind zu überwachen und ab einem definierten Schadenerwartungswert ist das Zentrale Risikomanagement zu informieren. Die Wirksamkeit und Funktionsfähigkeit des Internen Kontrollsystems wird planmäßig und fortlaufend durch die Interne Revision überwacht. Durch zusätzliche Sensibilisierungsmaßnahmen konnte in 2012 eine ausreichende Berücksichtigung der Kontrollen bei bereichsübergreifenden Prozessen einschließlich der Kontrollen an den Schnittstellen sowie eine effiziente Vollständigkeitsprüfung erreicht werden. Mit der Implementierung eines IKS Tools wird die Steuerung und Dokumentation des Internen Kontrollsystems in 2013 eine zusätzliche Weiterentwicklung erfahren.

Die Sparkassen-Versicherung Sachsen misst der Informationssicherheit größte Bedeutung bei. Daher existieren für die Sicherheit und Stabilität der IT-Systeme umfassende Zugangskontrollen und Schutzvorkehrungen, die die Anforderungen nach dem BSI-Grundschutz abdecken. Im Focus stehen die Maßnahmen für schutzbedürftige Daten durch den Einsatz von entsprechenden Technologien der technischen Infrastruktur, Notfall- und Vorsorgepläne sowie organisatorische und personelle Maßnahmen. Auch das gemeinsame Rechenzentrum – Gesellschaft für angewandte Versicherungs-Informatik mbH (GaVI) – hat zahlreiche organisatorische und technische Maßnahmen ergriffen, um den Sicherheitsanforderungen im Betrieb der IT-Systeme gerecht zu werden und den Ausfall der Technik zu vermeiden. Das sind vor allem:

- Investitionen in die Gebäudeinfrastruktur zur Verbesserung von Brandschutz, Klimatisierung und Energieversorgung
- Räumliche Trennung von Produktions- und Back-up-Systemen in Rechenzentren mit 10 km Abstand

- Regelmäßige Überwachung der Sicherheitseinrichtungen und kontinuierliche Sicherheits- und Qualitätsprüfungen
- Vorhalten von Notfallregelungen und regelmäßige Notfall-Übungen

Die Sparkassen-Versicherung Sachsen verwendet die IT-Anwendungslandschaft der SV Sparkassenversicherung Holding AG, Stuttgart. In gemeinsamen Gremien werden die strategische Weiterentwicklung der Systeme und die Beauftragung des gemeinsamen IT-Dienstleisters – SV Informatik GmbH (SVI) – abgestimmt. Damit und durch konsequente Projektsteuerung sowie durch Überprüfung der Projektfortschritte werden finanzielle, technische und fachliche Störungen weitestgehend vermieden. Die zu erbringenden Dienstleistungen der SVI sind vertraglich vereinbart. Bis Ende 2014 soll das gemeinsame Rechenzentrum GaVI entflochten werden, so dass die heutigen Gesellschafter SV Sparkassenversicherung, Provinzial NordWest und Versicherungskammer Bayern eigene Rechenzentren-Lösungen realisieren. Die Federführung für alle Aktivitäten, die im Zusammenhang mit der Entflechtung für die Sparkassen-Versicherung Sachsen geregelt werden müssen (Funktionsaufteilung und -übergabe, technische Entflechtung, neue Vertragsbeziehungen) übernimmt die SVI als Generalauftragnehmer der Sparkassen-Versicherung Sachsen. In regelmäßigen Kundengesprächen werden der aktuelle Status sowie eventuelle Risiken besprochen und überwacht. Derzeit bestehen keine nennenswerten Risiken.

Zusammenfassende Darstellung der Risikoabfrage

Für die Sparkassen-Versicherung Sachsen sind keine Entwicklungen erkennbar, die die Finanzlage wesentlich beeinträchtigen können. Zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Geschäftsberichtes sind keine Risiken bekannt, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden.

Vorgänge nach dem Bilanzstichtag

Sonstige Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Ablauf des Berichtsjahres nicht ergeben.

Ausblick

Die Schaden- und Unfallversicherung dürfte auch 2013 von der wirtschaftlichen Erholung im Unternehmenssektor profitieren, auch wenn sich diese Ende 2012 wieder etwas eingetrübt hat. Auch das stabile Konsumverhalten der privaten Haushalte könnte Impulse bieten.

Lagebericht

Geprägt wird die Beitragsentwicklung in der Schaden- und Unfallversicherung in 2013 so weiterhin vor allem durch die Preiskomponente und hier vor allem durch Beitragsanpassungen in der Kraftfahrtversicherung in Neugeschäft und Bestand sowie Beitragsanpassungsklauseln in einer Reihe weiterer Sparten und Zweige des Privatkundengeschäfts. Insgesamt ergibt sich damit lt. Schätzungen des GDV ein Beitragswachstum von 2,5 %.

Der strategische Fokus der Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG liegt für die Jahre 2013/2014 im weiteren Ausbau des Privatkundengeschäfts. Die konsequente Weiterentwicklung der Produktkonzepte sowie Kampagnen zur Absicherung von Elementarschäden werden unsere Position im Privatkundengeschäft weiter stärken.

In der Kraftfahrtversicherung kann insbesondere durch weitere Bestandsanpassungen und Einzelsanierungen im Gewerbesegment für 2013/2014 von Beitragssteigerungen ausgegangen werden.

Insgesamt erwartet die Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG daher in der Schaden- und Unfallversicherung für das selbst abgeschlossene Geschäft in den nächsten zwei Jahren eine über der Marktentwicklung liegende Steigerung der Beitragseinnahmen.

Auf der Schadenseite gehen wir davon aus, dass die bereits eingeleiteten ertragsverbessernden Maßnahmen in der Kfz-Versicherung in den nächsten beiden Jahren weiter positive Wirkung zeigen. Die ertragsorientierten Bestandsbereinigungen im gewerblichen Sachgeschäft sowie die Veränderung der Bestandszusammensetzung hin zu einem höheren Anteil Privatgeschäft werden die Schadenentwicklung positiv beeinflussen.

Unter Berücksichtigung einer unverändert moderaten Kostenentwicklung erwarten wir somit für 2013 und 2014 eine weiter verbesserte combined ratio f.e.R. für das Gesamtgeschäft, die unter dem Marktdurchschnitt liegen wird. Im Kfz-Geschäft werden sich die Quoten durch die eingeleiteten Maßnahmen auf der Beitragsseite wie auch auf der Schadenseite bis Ende 2014 weiter verbessern. In nahezu allen anderen Sparten gehen wir in den nächsten zwei Jahren von einer ähnlich positiven Entwicklung wie in den Vorjahren aus. Insgesamt werden die Erträge des Unternehmens durch die Maßnahmen weiter gestärkt werden.

Aufgrund der derzeitigen Niedrigzinsphase gehen wir davon aus, dass sowohl die laufende Durchschnittsverzinsung als auch die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen bis 2014

auf einem ähnlichen Niveau wie 2012 liegen wird. Da die Kapitalanlagen insgesamt eine eher untergeordnete Rolle spielen, erwarten wir für die nächsten beiden Jahre daraus keine bedeutenden Auswirkungen.

Diese Aussagen stehen allerdings unter dem Vorbehalt, dass die Geschäftsentwicklung in den nächsten zwei Jahren nicht von nachteiligen rechtlichen oder steuerlichen Neuregelungen sowie außergewöhnlichen Naturereignissen beeinflusst wird.

Versicherungszweige und -arten

Lebensversicherung¹

Unfallversicherung

Haftpflichtversicherung

Kraftfahrtversicherung

Feuerversicherung

Einbruchdiebstahl- und Raub-Versicherung

Leitungswasser-Versicherung

Glasversicherung

Sturmversicherung

Verbundene Hausratversicherung

Verbundene Wohngebäudeversicherung

Technische Versicherungen¹

Transportversicherung¹

Kredit- und Kautionsversicherung¹

Extended Coverage-Versicherung

Betriebsunterbrechungsversicherung

Beistandsleistungsversicherung

Luft- und Raumfahrzeug-Haftpflichtversicherung

Sonstige Schadenversicherung

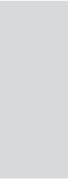
¹ Diese Versicherungszweige werden nur im übernommenen Geschäft betrieben.

Jahresüberschuss und Gewinnverwendungsvorschlag

	EUR
Jahresüberschuss	4 300 295,69
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	34 062,65
Einstellung in die gesetzliche Rücklage	1 449,74
Bilanzgewinn	4 332 908,60

Der Hauptversammlung wird folgende Gewinnverwendung vorgeschlagen:

Ausschüttung einer Dividende	2 157 000,00
Einstellung in andere Gewinnrücklagen	2 100 000,00
Vortrag auf neue Rechnung	75 908,60



Bilanz zum 31. Dezember 2012

Aktiva

	EUR	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
A. Kapitalanlagen					
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		51 129,20			51
2. Beteiligungen		1 963 384,64			1 963
			2 014 513,84		2 014
II. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		5 007 687,76			4 773
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		38 339 954,33			43 425
3. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	28 237 932,00				28 271
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	41 950 557,50				32 548
c) übrige Ausleihungen	2 000 000,00	72 188 489,50			2 000
4. Einlagen bei Kreditinstituten		2 500 000,00			15 000
			118 036 131,59		126 017
III. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft			795 357,83		558
				120 846 003,26	128 589
B. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer			6 493 127,29		9 465
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft davon Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: EUR 2 853 474,54 (-)			4 017 225,56		2 206
III. Sonstige Forderungen davon verbundene Unternehmen: EUR 1 910 534,88 (1 093 387,57)			2 152 643,89		1 168
				12 662 996,74	12 839

	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
C. Sonstige Vermögensgegenstände			
I. Sachanlagen und Vorräte	37 990,95		70
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	2 194 434,09		1 455
		2 232 425,04	1 525
D. Rechnungsabgrenzungsposten			
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	1 569 502,97		1 749
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	-		2
		1 569 502,97	1 751
		137 310 928,01	144 704

Bilanz zum 31. Dezember 2012

Passiva

	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital		6 150 000,00		6 136
II. Kapitalrücklage		13 578 194,68		13 578
III. Gewinnrücklagen				
1. gesetzliche Rücklage		1 449,74		-
2. andere Gewinnrücklagen		7 775 240,13		6 775
IV. Bilanzgewinn davon Gewinnvortrag: EUR 34 062,65 (272 434,71)		4 332 908,60		3 191
			31 837 793,15	29 680
B. Nachrangige Verbindlichkeiten			4 000 000,00	4 000
C. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	11 030 938,06			11 322
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	2 714 444,64	8 316 493,42		2 695
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	100 436 792,35			98 152
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	52 547 647,97	47 889 144,38		51 657
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	883 750,00			963
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	265 095,00	618 655,00		289
IV. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		28 044 808,00		29 534
V. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	5 703 898,46			4 746
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	84 700,00	5 619 198,46		80
			90 488 299,26	89 996
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		1 452 367,00		1 291
II. Steuerrückstellungen		-		1 967
III. Sonstige Rückstellungen		1 308 086,00		2 199
			2 760 453,00	5 457

	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		2 303 651,06	2 062
F. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern	232 605,56		226
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft	2 266 581,33		9 004
III. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern: EUR 2 781 330,54 (3 361 831,43) verbundene Unternehmen: EUR 78 234,97 (174 401,61)	3 421 544,65		4 279
		5 920 731,54	13 509
		137 310 928,01	144 704

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten C. II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung der §§ 341 f und § 341 g HGB sowie der auf Grund des § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist.

Dresden, den 14. März 2013

Der Verantwortliche Aktuar
Karsten Domke

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

Gesamtes Versicherungsgeschäft

	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	115 248 583,28			119 170
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	43 127 766,32			44 945
		72 120 816,96		74 225
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	291 141,35			499
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	- 19 671,62			695
		310 812,97		- 196
			72 431 629,93	74 029
2. Technischer Zinsertrag für eigene Rechnung			- 29 583,65	- 22
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			283 388,55	283
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	87 475 462,07			89 415
bb) Anteil der Rückversicherer	35 293 718,25			35 392
		52 181 743,82		54 023
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	2 284 613,34			-3 857
bb) Anteil der Rückversicherer	890 446,54			-5 441
		1 394 166,80		1 584
			53 575 910,62	55 607
5. Veränderung der sonstigen versicherungs- technischen Netto-Rückstellungen			953 262,38	- 474
6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung für eigene Rechnung			544 966,99	608
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		27 105 901,31		32 468
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		12 900 835,16		13 459
			14 205 066,15	19 009
8. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			610 425,29	759
9. Zwischensumme			2 795 803,40	-1 219

	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
10. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen			1 489 221,00	5 361
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			4 285 024,40	4 142
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen	134 353,45			128
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	3 532 917,01			3 911
c) Erträge aus Zuschreibungen	234 490,40			-
d) Gewinne aus Abgang von Kapitalanlagen	115 992,47			15
		4 017 753,33		4 054
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	138 571,70			174
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	-			961
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	287 292,08			13
		425 863,78		1 148
		3 591 889,55		2 906
3. Technischer Zinsertrag		- 46 816,19		- 65
			3 545 073,36	2 841
4. Sonstige Erträge		1 401 992,59		494
5. Sonstige Aufwendungen		2 549 085,18		2 324
			-1 147 092,59	-1 830
6. Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit			6 683 005,17	5 153
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		2 376 492,86		2 224
8. Sonstige Steuern davon Organschaftsumlage: EUR 3 141,74 (7 322,35)		6 216,62		10
			2 382 709,48	2 234
9. Jahresüberschuss			4 300 295,69	2 919
10. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			34 062,65	272
11. Einstellung in Gewinnrücklagen in die gesetzliche Rücklage			1 449,74	-
12. Bilanzgewinn			4 332 908,60	3 191

Anhang

Grundlagen der Rechnungslegung

Der Jahresabschluss und der Lagebericht wurden entsprechend den Vorschriften des HGB, des AktG, des VAG und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) in der zum 31.12.2012 geltenden Fassung aufgestellt.

Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ermittlungsmethoden

Aktiva

Anteile an verbundenen Unternehmen sowie Beteiligungen sind mit den Anschaffungskosten aktiviert. Die Ermittlung des Zeitwertes erfolgte in zwei Fällen durch Anwendung der Equity-Methode. Für eine Beteiligung fand ein externes Wertgutachten Verwendung. Bei den übrigen Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen wurde der Zeitwert mit den Anschaffungskosten angesetzt. Investmentanteile und Inhaberschuldverschreibungen sind mit den um Abschreibungen verminderten Anschaffungskosten aktiviert. Ihr Zeitwert wurde mit den zum Abschlussstichtag ermittelten Wertpapierkursen angesetzt. Am Bilanzstichtag erfolgte die Bewertung der im Umlaufvermögen befindlichen Wertpapiere nach dem strengen Niederstwertprinzip. Die im Anlagevermögen befindlichen Wertpapiere wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen, übrige Ausleihungen sowie Einlagen bei Kreditinstituten sind ebenfalls mit den um Abschreibungen verminderten Anschaffungskosten ausgewiesen. Die Zeitwerte wurden durch die Barwertmethode bestimmt und gegebenenfalls um bonitätsabhängige Spreads angepasst. Im Zuge der Gesetzesänderung des § 341c HGB wurde im Geschäftsjahr 2011 von Nennwertbilanzierung auf Bilanzierung zu fortgeführten Anschaffungskosten umgestellt. Bei allen Rentenpapieren wurden Agio- und Disagiobeträge durch Amortisationen mit der Effektivzinsmethode auf die Laufzeit verteilt. Bei den auf fremde Währung lautenden Wertpapieren und Anteilen wurden alle Geschäftsvorgänge in der Originalwährung erfasst und zum jeweiligen Tageskurs (Devisenkassamittelkurs) in Euro umgerechnet. Zum Bilanzstichtag wurden die Forderungen und Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von einem Jahr oder weniger mit dem Devisenkassakurs umgerechnet. Die Gewinne und Verluste aus der Umrechnung werden gemäß § 256a HGB erfolgswirksam erfasst.

Wegen des allgemeinen Zahlungsausfallrisikos wurden die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer pauschal wertberichtigt.

Die Bewertung der Betriebs- und Geschäftsausstattung erfolgte zu den Anschaffungskosten, vermindert um steuerlich zulässige Abschreibungen.

Passiva

Die Beitragsüberträge beim selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft wurden nach der taggenauen Berechnungsmethode ermittelt. Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Geschäft wurden entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen berechnet. Die nicht übertragsfähigen Einnahmeteile wurden nach dem BMF-Erlass vom 30.04.1974 abgesetzt.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurde für jeden gemeldeten Schaden entsprechend der Sachlage laut Schadenmeldung geschätzt und mit fortschreitender Schadenermittlung jeweils den neuesten Erkenntnissen angepasst. Für Spätschäden wurde nach aktuariellen Methoden eine angemessene Rückstellung gebildet. Den bei der Abwicklung der offenen Schäden noch zu erwartenden Schadenregulierungsaufwendungen wurde durch Rückstellungen nach dem BMF-Erlass vom 02.02.1973 Rechnung getragen. Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Geschäft wurden entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen ermittelt.

Der in der Rentendeckungsrückstellung enthaltene technische Zinsertrag umfasst die Zinszuführung zur Rentendeckungsrückstellung und wurde gemäß § 38 RechVersV dem versicherungstechnischen Bereich zugeordnet. Die Rückversichereranteile wurden entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen ermittelt.

Die Rückstellung für erfolgsunabhängige und erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung wurde nach dem voraussichtlichen Bedarf gebildet und um den entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen ermittelten Anteil für das in Rückdeckung gegebene Geschäft vermindert.

Die Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen wurden nach § 29 und § 30 Abs. 1 RechVersV und den in der Anlage zu dieser Verordnung enthaltenen Vorschriften gebildet. Für in Rückdeckung übernommene Versicherungen von Terrorrisiken wurde nach § 30 Abs. 2a RechVersV eine Terrorrisikenrückstellung gebildet.

Grundlage für die Bemessung der Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften bildeten die nach dem Bilanzstichtag zu erwartenden Schäden und Kosten, die in einigen Versicherungszweigen durch die Beiträge voraussichtlich nicht gedeckt werden können.

In der Höhe der voraussichtlich zurück zugewährenden Beiträge wegen Fortfalls oder der Verminderung des technischen Risikos wurde eine Stornorückstellung gebildet. Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Geschäft wurden gemäß den vertraglichen Vereinbarungen ermittelt.

Bei Pensionsrückstellungen erfolgte die Bewertung der Vorsorgeverpflichtungen nach § 253 Abs. 1 und 2 HGB mit dem Teilwertverfahren bzw. der PUC-Methode und der Deferred Compensation mit dem Anwartschaftsbarwertverfahren unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck und einem Zinssatz von 5,05 %. Bei gehaltsabhängigen Pensionszusagen wurde eine erwartete Gehaltssteigerung von 3,0 % sowie eine Rentendynamik von 1,5 % zugrunde gelegt.

Die Rückstellung für zu erwartende Verpflichtungen aus Altersteilzeitvereinbarungen wurde unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck auf der Grundlage des IDW – RS HFA 3 für geregelte Fälle mit einem Zinssatz von 3,81 % und für unregelte Fälle von 4,1 % sowie einem Entgeltrend von 2,0 % p.a. gebildet. Die durchschnittliche Restlaufzeit der Verpflichtungen des Bestandes von zwei Jahren wurde berücksichtigt. Die Altersteilzeitrückstellung wurde mit Vermögensgegenständen, die ausschließlich der Erfüllung dieser Schuld dienen und dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind, gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet. Die entsprechenden Wertpapiere wurden gemäß § 253 Absatz 1 HGB mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet.

Die Bewertung des Verpflichtungsumfangs für Dienstjubiläen wurde im Rahmen des § 253 Abs. 1 und 2 HGB mit der PUC-Methode unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck und einem Zinssatz von 5,05 % vorgenommen. Es wurde eine Fluktuation von 5,3 %, eine erwartete Gehaltssteigerung von 2,0 % und eine Regelaltersgrenze von 67 Jahren zugrunde gelegt.

Die sonstigen Rückstellungen wurden nach dem voraussichtlichen Bedarf gebildet.

Die Verbindlichkeiten wurden mit ihren Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Das in Rückdeckung übernommene Geschäft wurde periodengerecht, sofern noch keine Abrechnungen vorlagen auf der Grundlage von Schätzungen, bilanziert.

Latente Steuern werden nicht ausgewiesen, da der bestehende Aktivüberhang unter Ausnutzung des Wahlrechts des § 274 HGB bilanziell nicht angesetzt wird. Die aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus der steuerlichen Nichtanerkennung der bestehenden Drohverlustrückstellung sowie Unterschieden zwischen handelsrechtlicher und steuerlicher Bewertung der Schaden- und Pensionsrückstellungen.

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Gesellschaft ist Mitglied im „Verein Verkehrsofferhilfe e.V.“ und im Verein “Deutsches Büro Grüne Karte e.V.". Daraus resultiert die Verpflichtung, die zur Durchführung des Vereinszwecks erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Haftung bemisst sich nach dem Anteil an der Beitragseinnahme, die die Mitgliedsunternehmen aus dem selbst abgeschlossenen Geschäft in der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung jeweils im Geschäftsjahr erzielten.

Als Mitglied des Solidaritätspools der öffentlichen Versicherer zur Deckung von Terrorismusschäden haftet die Gesellschaft im Rahmen ihrer quotenmäßigen Beteiligung.

Gegenüber einem Unternehmen bestehen Verpflichtungen aus nicht eingezahltem Stammkapital in Höhe von 511 TEUR.

Nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte

Die Gesellschaft least selbst genutzte Teile des Verwaltungsgebäudes An der Flutrinne 12 in Dresden zur Durchführung des laufenden Geschäftsbetriebes. Aus diesem Vertrag werden keine Risiken erwartet.

Anhang

Entwicklung der Aktivposten A I bis II im Geschäftsjahr 2012

	Bilanzwerte Vorjahr TEUR	Zugänge TEUR	Umbuchungen TEUR
A I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	51	-	-
2. Beteiligungen	1 963	-	-
3. Summe A I.	2 014	-	-
A II. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	4 773	-	-
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	43 425	5 317	-
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	28 271	-	-
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	32 549	14 503	-
c) übrige Ausleihungen	2 000	-	-
4. Einlagen bei Kreditinstituten	15 000	2 500	-
5. Summe A II.	126 018	22 320	-
Insgesamt	128 032	22 320	-

Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr
TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
-	-	-	51
-	-	-	1 963
-	-	-	2 014
-	235	-	5 008
10 402	-	-	38 340
33	-	-	28 238
5 101	-	-	41 951
-	-	-	2 000
15 000	-	-	2 500
30 536	235	-	118 037
30 536	235	-	120 051

Anhang

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Anteilsbesitz zum 31.12.2012	Anteil in %
Sparkassen-Versicherung Sachsen, Lebensversicherung AG, Dresden	0,16
Consal Beteiligungsgesellschaft AG, München	0,39
Deutsche Rückversicherung Aktiengesellschaft, Düsseldorf und Berlin	0,85
ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG, Düsseldorf	0,50
S Direkt-Marketing GmbH & Co. KG, Halle/Saale	0,73
GDV Dienstleistungs-GmbH & Co. KG, Hamburg	0,12

Zeitwerte der Kapitalanlagen

	fortgeführte Anschaffungskosten TEUR	Zeitwert TEUR	Bewertungs- differenz TEUR
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	51	51	-
2. Beteiligungen	1 963	4 565	2 602
II. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	5 008	5 525	517
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	38 340	38 863	523
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	28 238	29 817	1 579
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	41 951	44 329	2 378
c) übrige Ausleihungen	2 000	2 054	54
4. Einlagen bei Kreditinstituten	2 500	2 500	-
Insgesamt	120 051	127 704	7 653

Der Zeitwert der zu Anschaffungskosten ausgewiesenen Kapitalanlagen betrug 127 704 TEUR (saldierte Reserven: 7 653 TEUR). In den Reserven der zu Anschaffungskosten ausgewiesenen Kapitalanlagen sind Bewertungsreserven von festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von 6 572 TEUR enthalten. Diese resultieren hauptsächlich aus dem Zinsrückgang und der Spreadeinengung an den Kapitalmärkten. Zusätzlich enthält der Saldo Bewertungsreserven bei Investmentfondsanteilen. Die positive Kursentwicklung der zugrunde liegenden Indizes trug mit 517 TEUR zur Erhöhung der Bewertungsreserven bei. Außerdem weisen die Beteiligungen

Bewertungsreserven von 2 602 TEUR aus. Reduziert werden die Reserven durch Lasten in Höhe von 2 037 TEUR.

Die Lasten der zu Anschaffungskosten ausgewiesenen Kapitalanlagen bestehen in Form von nicht vorgenommenen Abschreibungen und teilen sich wie folgt auf:

	Buchwert TEUR	nicht vorgenommene Abschreibungen TEUR
Andere festverzinsliche Wertpapiere	12 938	1 266
Sonstige Ausleihungen	9 000	771
Insgesamt	21 938	2 037

Bei den anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie den sonstigen Ausleihungen wird von einer Bedienung des Nominalwerts zur Fälligkeit ausgegangen, da 88 TEUR der nicht vorgenommenen Abschreibungen auf Staats- und Kommunalanleihen entfallen. Weitere 243 TEUR entfallen auf Pfandbriefe. 376 TEUR der nicht vorgenommenen Abschreibungen bestehen bei Kreditinstituten mit einem Mindestrating von A-. Weitere 692 TEUR stehen auf Wertpapiere der S-Finanzgruppe, welche durch die Institutssicherung zusätzliche Sicherheiten bietet. Hinzu kommen 11 TEUR stille Lasten auf ein Papier, welches öffentlich garantiert ist (Träger ist ein Bundesland)

sowie 627 TEUR bei einem der größten Finanzinstitute Italiens, wo aufgrund der Größe des Instituts mit einer Rückzahlung der Anleihe gerechnet wird.

Währungsreserven

Zum Bilanzstichtag befanden sich mit Buchwert 2 306 TEUR Öffentliche Pfandbriefe in dänischen Kronen im Bestand. Darauf bestanden stille Lasten aus Fremdwährungen in Höhe von 7 TEUR.

Nicht zum Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente

Bilanzposition	Struktur	Buchwert TEUR	Zeitwert TEUR
A.II.2	Floater mit Kündigungsrecht	998	1 002
A.II.3b	Floater mit Kündigungsrecht	450	473

Staatsanleihen in Peripherie-Staaten

	Buchwert TEUR	Zeitwert TEUR
Portugal	1 000	913
Italien	1 001	1 047
Insgesamt	2 001	1 960

Gezeichnetes Kapital

In der ordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft am 30. Mai 2012 wurden die bisherigen auf den Namen lautenden Nennbetragsaktien in auf den Namen lautende Stückaktien

umgestellt. Das gezeichnete Kapital wurde von DM auf Euro umgestellt und um 14 497,43 EUR durch Ausgabe von 30 auf den Namen lautende Stückaktien erhöht. Nunmehr be-

Anhang

trägt das gezeichnete Kapital 6 150 TEUR. Es ist eingeteilt in 12 030 auf den Namen lautende Stückaktien. Diese sind in voller Höhe eingezahlt. Das Aktienkapital hält mit 100 % die S.V. Holding AG, Dresden. Die Mitteilung nach § 20 AktG ist der Gesellschaft ordnungsgemäß zugegangen.

Gesetzliche Rücklage

Zur Sicherstellung der Anforderungen von § 150 (2) AktG wurde nach der Erhöhung des gezeichneten Kapitals um

14 497,43 EUR im Geschäftsjahr eine gesetzliche Rücklage in Höhe von 1 449,74 EUR gebildet.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Die S.V. Holding AG, Dresden, hat der Gesellschaft im Jahr 2006 zur Stärkung der Kapitalausstattung ein Nachrangdarlehen in Höhe von 4 000 TEUR mit einer Laufzeit von 10 Jahren gewährt.

Rückstellungen für Altersteilzeit

	TEUR
Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände	78
Beizulegender Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände	78
Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden	302
Gebildete Rückstellungen für Altersteilzeit	224

Sonstige Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren existieren nicht.

Versicherungstechnische Positionen

Gesamtgeschäft

	2012 EUR	2011 EUR
gebuchte Bruttobeiträge	115 248 583,28	119 170 432,57
verdiente Bruttobeiträge	115 539 724,63	119 669 113,01
verdiente Nettobeiträge	72 431 629,93	74 029 019,56
Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	89 760 075,41	85 558 060,87
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	27 105 901,31	32 467 696,35
Rückversicherungssaldo	5 976 905,25	-2 229 755,66
versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	4 285 024,40	4 142 136,76
versicherungstechnische Bruttorekstellungen	146 100 186,87	144 717 423,50
davon		
- Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	100 436 792,35	98 152 179,01
- Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	28 044 808,00	29 534 029,00
Anzahl selbst abgeschlossener mindestens einjähriger Versicherungsverträge	624 516	626 094

Von den Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb entfallen 12 707 TEUR auf Abschlussaufwendungen und 14 399 TEUR auf Verwaltungsaufwendungen.

träge für eigene Rechnung. Sie haben sich überwiegend in den Versicherungszweigen Kraftfahrt, Unfall und Haftpflicht ergeben.

Die Abwicklungsgewinne brutto betragen 7,0 (4,7) % der verdienten Bruttobeiträge, die Abwicklungsgewinne für eigene Rechnung betragen 10,7 (8,7) % der verdienten Bei-

Die versicherungstechnischen Brutto-Rückstellungen beinhalten eine Rückstellung für drohende Verluste in Höhe von 4 600 TEUR.

Gesamtes selbst abgeschlossenes Geschäft

	2012 EUR	2011 EUR
gebuchte Bruttobeiträge	110 963 692,91	114 768 966,11
verdiente Bruttobeiträge	111 060 958,10	115 561 226,26
verdiente Nettobeiträge	67 952 863,40	69 921 132,81
Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	87 899 392,71	83 628 388,85
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	25 436 319,82	26 445 825,38
Rückversicherungssaldo	5 976 905,25	-2 229 755,66
versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	3 310 857,51	3 196 050,52
versicherungstechnische Bruttorekstellungen	141 957 143,53	140 295 309,18
davon		
- Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	100 273 342,64	98 007 221,48
- Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	25 274 909,00	26 660 443,00
Anzahl selbst abgeschlossener mindestens einjähriger Versicherungsverträge	624 516	626 094

Kraftfahrzeug-Haftpflicht

	2012 EUR	2011 EUR
gebuchte Bruttobeiträge	32 533 904,55	37 783 187,83
verdiente Bruttobeiträge	32 554 225,12	37 773 746,01
verdiente Nettobeiträge	19 601 676,93	22 138 339,15
Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	28 268 842,57	33 046 837,41
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	4 871 728,82	5 531 184,06
Rückversicherungssaldo	-254 226,56	-990 478,89
versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	-2 151 633,66	-2 221 475,24
versicherungstechnische Bruttorekstellungen	60 916 554,94	64 070 255,51
davon		
- Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	56 689 699,00	61 042 678,00
- Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	939 000,00	-
Anzahl selbst abgeschlossener mindestens einjähriger Versicherungsverträge	104 370	116 307

Anhang

Sonstige Kraftfahrt

	2012 EUR	2011 EUR
gebuchte Bruttobeiträge	19 598 508,23	20 332 282,14
verdiente Bruttobeiträge	19 600 547,00	20 320 590,77
verdiente Nettobeiträge	13 172 815,13	13 717 139,77
Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	16 229 843,85	17 847 607,87
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	3 357 768,57	3 917 956,65
Rückversicherungssaldo	78 401,38	666 612,61
versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	-106 032,72	-827 877,22
versicherungstechnische Bruttoreückstellungen	6 356 628,42	6 572 547,13
davon		
- Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	3 936 739,00	3 929 113,00
- Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	1 189 000,00	827 000,00
Anzahl selbst abgeschlossener mindestens einjähriger Versicherungsverträge	72 616	77 220

Haftpflicht

	2012 EUR	2011 EUR
gebuchte Bruttobeiträge	12 255 894,39	11 223 636,89
verdiente Bruttobeiträge	12 258 869,25	11 135 606,78
verdiente Nettobeiträge	7 277 347,52	6 583 057,99
Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	3 961 529,72	5 393 303,82
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	4 474 711,01	4 319 127,54
Rückversicherungssaldo	-1 474 662,48	-706 956,41
versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	3 448 319,55	505 295,36
versicherungstechnische Bruttoreückstellungen	15 499 939,52	16 395 315,89
davon		
- Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	8 650 228,00	8 452 810,00
- Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	4 527 909,00	5 603 443,00
Anzahl selbst abgeschlossener mindestens einjähriger Versicherungsverträge	120 524	115 921

Verbundene Wohngebäude

	2012 EUR	2011 EUR
gebuchte Bruttobeiträge	11 610 989,90	10 489 843,87
verdiente Bruttobeiträge	11 403 216,12	10 360 646,32
verdiente Nettobeiträge	6 565 026,75	5 812 817,50
Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	9 262 960,76	6 832 712,60
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	3 037 113,11	2 530 587,18
Rückversicherungssaldo	-208 948,77	-684 918,29
versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	-1 100 030,34	19 312,91
versicherungstechnische Bruttorekstellungen	12 515 238,92	12 193 769,58
davon		
- Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	4 056 797,00	3 786 742,00
- Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	5 337 000,00	5 584 000,00
Anzahl selbst abgeschlossener mindestens einjähriger Versicherungsverträge	33 507	31 868

In Rückdeckung übernommenes Geschäft

	2012 EUR	2011 EUR
gebuchte Bruttobeiträge	4 284 890,37	4 401 466,46
verdiente Bruttobeiträge	4 478,766,53	4 107 886,75
verdiente Nettobeiträge	4 478 766,53	4 107 886,75
Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	1 860 682,70	1 929 672,02
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	1 669 581,49	6 021 870,97
Rückversicherungssaldo	-	-
versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	974 166,89	946 086,24
versicherungstechnische Bruttorekstellungen	4 143 043,34	4 422 114,32
davon		
- Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	163 449,71	144 957,53
- Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	2 769 899,00	2 873 586,00

Anhang

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	2012 TEUR	2011 TEUR
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	14 951	15 658
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	-	-
3. Löhne und Gehälter	5 962	6 210
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	1 088	1 104
5. Aufwendungen für Altersversorgung	74	47
6. Aufwendungen insgesamt	22 075	23 019

Sonstige Angaben

Im Laufe des Geschäftsjahres waren durchschnittlich 141 Innendienst-Mitarbeiter angestellt.

Der Vorstand hat seine Bezüge von der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG, Dresden, erhalten. Es erfolgte eine Dienstleistungsverrechnung.

Die Aufsichtsratsvergütungen betragen 75 TEUR.

Aufsichtsrat und Vorstand sind auf Seite 75 aufgeführt.

Der Jahresabschluss der Gesellschaft wird in den Konzernabschluss der Sachsen-Finanzgruppe, Leipzig, einbezogen. Dieser wird im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Für das Geschäftsjahr wurden vom Abschlussprüfer 70 TEUR für Abschlussprüfungsleistungen und 4 TEUR für Steuerberatungsleistungen berechnet. Übrige Leistungen gemäß § 285 Nr. 17 b) und d) HGB wurden nicht in Anspruch genommen.

Dresden, den 19. April 2013

Sparkassen-Versicherung Sachsen
Allgemeine Versicherung AG

Gerhard Müller Hans-Jürgen Bündenbender Friedrich Scholl

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft, Dresden, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und

rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt ein insgesamt zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Stuttgart, den 22. April 2013

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Roland Oppermann
Wirtschaftsprüfer

Rüdiger Hildebrandt
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung der Gesellschaft ständig überwacht und sich über deren Lage und Entwicklung durch mündliche und schriftliche Berichte des Vorstands unterrichten lassen.

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012 sind durch die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, geprüft und mit den ordnungsgemäß geführten Büchern, den gesetzlichen Vorschriften und der Satzung in Übereinstimmung befunden worden. Der Aufsichtsrat hat von dem Prüfungsbericht, aufgrund dessen der Abschluss mit dem gesetzlichen Bestätigungsvermerk versehen wurde, Kenntnis genommen und erhebt keine Einwendungen.

Der Aufsichtsrat billigt den Jahresabschluss und den Lagebericht des Vorstands. Er ist mit dem Vorschlag des Vorstands über die Verwendung des Bilanzgewinns einverstanden und empfiehlt der Hauptversammlung, entsprechend zu beschließen.

Der Jahresabschluss ist hiermit festgestellt.

Dresden, den 28. Mai 2013

Dem Aufsichtsrat hat der Bericht des Vorstands über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen nach § 312 AktG vorgelegen. Beanstandungen haben sich nicht ergeben.

Die KPMG AG hat diesen Bericht ebenfalls geprüft und folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

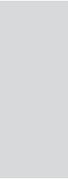
„Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Aufsichtsrat hat zu dem Ergebnis der Prüfung der KPMG AG keine Anmerkungen und erhebt keine Einwendungen gegen die im Lagebericht des Vorstands enthaltene Schlusserklärung.

Der Aufsichtsrat

Joachim Hoof
Vorsitzender



**Beiräte, Bezirksdirektionen
Gruppe öffentlicher Versicherer**

Beiräte	112
Bezirksdirektionen	114
Gruppe öffentlicher Versicherer	115

Sparkassenbeirat

Marian Peter Badura	stv. Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Chemnitz
Martin Bücher	Mitglied des Vorstands der Sparkasse Leipzig
Andreas Fohrmann	Mitglied des Vorstands der Sachsen Bank (bis 29.02.2012)
Frank Hensel	Mitglied des Vorstands der Sparkasse Oberlausitz-Niederschlesien
Gerald Iltgen	Mitglied des Vorstands der Kreissparkasse Bautzen
Uwe Krahl	Mitglied des Vorstands der Kreissparkasse Döbeln
Andrea Kriebel	Mitglied des Vorstands der Sparkasse Meißen
Wolfgang Kuhs	Mitglied des Vorstands der Sparkasse Vogtland
Heiko Lachmann	Mitglied des Vorstands der Ostsächsischen Sparkasse Dresden
Paul Joachim Lemmermeyer	Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Zwickau (bis 31.05.2012)
Roland Manz	stv. Vorsitzender des Vorstands der Erzgebirgssparkasse
Heidrun Naumann	Vorsitzende des Vorstands der Sparkasse Muldental
Prof. Harald Pfab	Vorsitzender des Vorstands der Sachsen Bank (ab 01.09.2012)
H.-Ferdinand Schramm	Mitglied des Vorstands der Sparkasse Mittelsachsen
Wolfgang Zender	Verbandsgeschäftsführer des Ostdeutschen Sparkassenverbandes

Kommunalbeirat

Michael Czupalla	Landrat des Landkreises Nordsachsen Vorsitzender des Verbandsvorstands und Präsident des Ostdeutschen Sparkassenverbands
Michael Geisler	Landrat des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
Dr. Gerhard Gey	Landrat des Landkreises Leipzig
Michael Jacobs	Bürgermeister der Stadt Heidenau
Dr. Fritz Jaeckel	Staatssekretär des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft
Burkhard Jung	Oberbürgermeister der Stadt Leipzig
Bettina Kudla	Mitglied des Deutschen Bundestages Abgeordnete des Wahlkreises der CDU Leipzig
Bernd Lange	Landrat des Landkreises Görlitz
Dr. Tassilo Lenk	Landrat des Vogtlandkreises, Präsident Sächsischer Landkreistag e.V.
Barbara Ludwig	Oberbürgermeisterin der Stadt Chemnitz
Eva-Maria Möbius	Oberbürgermeisterin der Stadt Oelsnitz/Vogtland (bis 30.01.2012)
Helma Orosz	Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Dresden
Friedrich Schlosser	Oberbürgermeister der Stadt Flöha
Volker Uhlig	Landrat des Landkreises Mittelsachsen
Dr. Michael Wilhelm	Staatssekretär des Sächsischen Staatsministeriums des Innern
Thomas Wittig	2. Vizepräsident des Sächsischen Städte- und Gemeindetages und Oberbürgermeister der Stadt Marienberg (ab 01.03.2012)

Bezirksdirektionen

Bezirksdirektion Chemnitz
Uferstraße 48
09126 Chemnitz
Tel. 0371 53914-0
Fax 0371 53914-13
E-mail bd-chemnitz@sv-sachsen.de

Bezirksdirektion Dresden
Wasastraße 8
01219 Dresden
Tel. 0351 41747-0
Fax 0351 41747-20
E-mail bd-dresden@sv-sachsen.de

Bezirksdirektion Leipzig
Markt 7
04109 Leipzig
Tel. 0341 90473-0
Fax 0341 90473-23
E-mail bd-leipzig@sv-sachsen.de

Gruppe öffentlicher Versicherer

Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband (BGV)

Badische Allgemeine Versicherung AG, Karlsruhe, Mannheim

Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband, Karlsruhe

BGV-Versicherung AG, Karlsruhe

Badische Rechtsschutzversicherung AG, Karlsruhe

Öffentliche Versicherung Braunschweig

Öffentliche Sachversicherung Braunschweig, Braunschweig

Öffentliche Lebensversicherung Braunschweig, Braunschweig

Öffentliche Versicherungen Oldenburg

Oldenburgische Landesbrandkasse, Oldenburg

Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg, Oldenburg

ÖSA – Öffentliche Versicherungen Sachsen-Anhalt

ÖSA – Öffentliche Feuerversicherung Sachsen-Anhalt, Magdeburg

ÖSA – Öffentliche Lebensversicherung Sachsen-Anhalt, Magdeburg

ÖVB Öffentliche Versicherung Bremen

Ostfriesische Landschaftliche Brandkasse, Aurich

Provinzial NordWest Versicherungsgruppe

Provinzial NordWest Holding AG, Münster

Westfälische Provinzial Versicherung AG, Münster

Provinzial NordWest Lebensversicherung AG, Münster

Provinzial NordWest Lebensversicherung AG, Kiel

Provinzial Nord Brandkasse AG, Kiel

Hamburger Feuerkasse Versicherungs-AG, Hamburg

Provinzial Rheinland Konzern

Provinzial Rheinland Holding, Anstalt des öffentlichen Rechts, Düsseldorf

Provinzial Rheinland Versicherung AG, Düsseldorf

Provinzial Rheinland Lebensversicherung AG, Düsseldorf

Lippische Landes-Brandversicherungsanstalt, Detmold

Lippische Pensionsfonds AG, Detmold

Sparkassen Direktversicherung AG, Düsseldorf

ProTect Versicherung AG, Düsseldorf

Gruppe öffentlicher Versicherer

Sparkassen-Versicherung Sachsen

Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG, Dresden

Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG, Dresden

SparkassenVersicherung Konzern

SV SparkassenVersicherung Holding AG, Stuttgart

SV SparkassenVersicherung Gebäudeversicherung AG, Stuttgart

SV SparkassenVersicherung Lebensversicherung AG, Stuttgart

Konzern Versicherungskammer Bayern

Versicherungskammer Bayern, Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts, München

Bayerische Landesbrandversicherung Aktiengesellschaft, München

Bayerischer Versicherungsverband Versicherungsaktiengesellschaft, München

Bayern-Versicherung Lebensversicherung Aktiengesellschaft, München

Bayerische Beamtenkrankenkasse Aktiengesellschaft, München

Versicherungskammer Bayern Konzern-Rückversicherung AG, München

SAARLAND Feuerversicherung AG, Saarbrücken

SAARLAND Lebensversicherung AG, Saarbrücken

Feuersozietät Berlin Brandenburg Versicherung AG, Berlin

Öffentliche Lebensversicherung Berlin Brandenburg AG, Berlin, Potsdam

VGH Versicherungen

Landschaftliche Brandkasse Hannover, Hannover

Provinzial Lebensversicherung Hannover, Hannover

Provinzial Krankenversicherung Hannover AG, Hannover

Provinzial Pensionskasse Hannover AG, Hannover

Gemeinsame Versicherungs- und Dienstleistungsunternehmen

Consal Beteiligungsgesellschaft AG

Bayerische Beamtenkrankenkasse Aktiengesellschaft

Union Krankenversicherung Aktiengesellschaft

Union Reiseversicherung Aktiengesellschaft

Deutsche Rückversicherung Aktiengesellschaft Düsseldorf und Berlin

DR Swiss Deutsche Rückversicherung Schweiz AG

GaVI Gesellschaft für angewandte Versicherungs-Informatik mbH

Institut für Schadenverhütung und Schadenforschung der öffentlichen Versicherer e. V. (IFS)

IFS Umwelt und Sicherheit GmbH

ÖBAV Servicegesellschaft für betriebliche Altersversorgung öffentlicher Versicherer mbH

ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG

Deutsche Assistance Versicherung AG

Deutsche Assistance Service GmbH

D.R.S. Deutsche Rechtsanwalt Service GmbH

Mehrwert Service GmbH

OEV Online Dienste GmbH

Reha Assist Deutschland GmbH

Sparkassen PensionsManagement GmbH

Heubeck AG

Sparkassen Pensionsfonds AG

Sparkassen Pensionskasse AG

SV Informatik GmbH

Impressum

Herausgeber

Sparkassen-Versicherung Sachsen
An der Flutrinne 12
01139 Dresden
Telefon: 0351 4235-0
Telefax: 0351 4235-555
E-Mail: e-mail@sv-sachsen.de
Internet: www.sv-sachsen.de

Verantwortlich/Redaktion

Sparkassen-Versicherung Sachsen
Bereich Rechnungswesen
Bereich Marketing

Konzept/Layout

Sparkassen-Versicherung Sachsen
Bereich Marketing

Druck

WDS Pertermann GmbH, Dresden

Gedruckt auf

umweltfreundlichem Papier
(Galaxi Keramik)

Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG
Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG
An der Flutrinne 12 · 01139 Dresden
Telefon: 0351 4235-0 · Telefax: 0351 4235-555
E-Mail: e-mail@sv-sachsen.de · www.sv-sachsen.de

